

Dokumentation

5. Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongreß

"Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts"

veranstaltet von

der Landesgruppe Baden-Württemberg

im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

und

der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

Landesbereich V

23. bis 24. Oktober 1998

in Karlsruhe

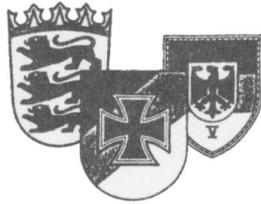
Schirmherrschaft:

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Erwin Teufel

Inhalt

Vorwort		S. 1
Begrüßung	Landesvorsitzender VdRBw, OTL d.R. Peter Eitze	S. 3
Grußworte	Schirmherr Ministerpräsident Erwin Teufel	S. 9
	Außenminister Dr. Klaus Kinkel	S.11
	Regierungsvizepräsident Karlsruhe, Dr. Hans Scheurer	S.13
	Oberbürgermeister Karlsruhe, Heinz Fenrich	S.15
	Befehlshaber Wehrbereich V, Brigadegeneral Karl-Heinz Lather	S.17
Aktualisiertes Programm des Kongresses		S.19
Einführungsvortrag	Landesvorsitzender GfW, O a.D.d.R. Nikolaus Schmeja	S.20a
Vorträge	Generalmajor a.D. Manfred Eisele	S.21
	Generalmajor Walter Jertz	S.29
	General Hartmut Bagger	S.63
Kurzvorträge	Botschaftsrat Vakur Erkul	S.83
	Colonel (R) Dr. Stephen T. Cochrane	S.89
	Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyj	S.95
Resolution		S.101
Presseartikel		S. 103
Teilnehmer der Veranstaltung		S.109



Vorwort

Die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V., Landesbereich Baden-Württemberg, veranstalteten vom 23. bis 24. Oktober 1998 ihren 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß im Queens-Hotel in Karlsruhe. Für das Thema des Kongresses

„Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts“

konnten hervorragende und sachkundige Referenten gewonnen werden. Die Schirmherrschaft hatte der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, übernommen.

Nahezu 200 Teilnehmer, darunter zahlreiche prominente Gäste aus dem öffentlichen Leben und Vertreter befreundeter Organisationen aus dem Ausland, bezeugten, wie groß das Interesse und der Bedarf an Information und Diskussion zu Fragen der Richtung der Sicherheitspolitik und der Zukunft der Streitkräfte ist. Das Zeitalter der Globalisierung ist eine Zeit des weltweiten Umbruchs in dem neue Risiken neue Antworten und ein verändertes Instrumentarium zur Bewältigung der Krisen erfordern. Antworten in diesem veränderten Umfeld zu suchen, war der Kern der Zielsetzung des Kongresses in Karlsruhe.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution sprachen sich die Kongreßteilnehmer gegen eine weitere Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte und gegen eine Aussetzung der Wehrpflicht aus. Sie forderten zudem die Beteiligung des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr in der Wehrstrukturkommission.

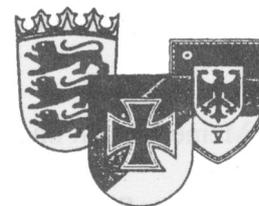
Um die Ergebnisse der Tagung über den Teilnehmerkreis hinaus bekanntzumachen, wird diese Dokumentation vorgelegt.

Wir danken der Bereichsgeschäftsstelle V im VdRBw e.V. für die gelungene Vorbereitung des Kongresses und die Erstellung dieser Dokumentation.

Peter Eitze
Oberstleutnant und
Landesvorsitzender VdRBw

Nikolaus Schmeja
Oberst a.D.d.R.
Landesvorsitzender GfW

**VERBAND DER RESERVISTEN
DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR E.V.**
Landesgruppe Baden-Württemberg



Landesvorsitzender
OTL d. R. Peter Eitze
Burgunderweg 6
78464 Konstanz

Tel.: d. (0 75 31) 280-20 44
Fax: d. (0 75 79) 280-22 40

Tel.: p. (0 75 31) 6 51 60
Fax: p. (0 75 31) 6 51 20

**5. Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongress
des
Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg
und der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Sektion Baden-Württemberg
in Karlsruhe vom 23. bis 24. Oktober 1998**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kameradinnen und Kameraden !

Im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, eröffne ich den

**5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen
Kongress im Queens-Hotel in Karlsruhe.**

Er ist dem Thema

**„Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des
21. Jahrhunderts“**

gewidmet.

Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts und zugleich eines neuen Jahrtausends. Die Veranstalter waren übereinstimmend der Meinung, daß bereits jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, über dieses wichtige und aktuelle Thema zu sprechen. Wir haben dabei gehofft, Ihr geschätztes Interesse an sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen für unseren Kongreß zu gewinnen. Sie haben mit ca. 200 Teilnehmern unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihr so zahlreiches Kommen und hoffen, daß die Tagungsstätte nicht zu sehr an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stößt.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der bereits zum dritten Male die Schirmherrschaft über diesen Kongreß übernommen hat.

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie, daß wir unserer Freude über Ihr Kommen dadurch Ausdruck verleihen, daß ich einige Persönlichkeiten unter Ihnen namentlich nenne :

Ich begrüße den **Regierungsvizepräsidenten** des Regierungsbezirkes Karlsruhe, Herrn **Dr. Hans Scheurer**. Herr Dr. Scheurer ich freue mich außerordentlich über Ihre Anwesenheit und danke Ihnen herzlich, daß Sie die Grußworte des Herrn Ministerpräsidenten und der Frau Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle überbringen. Sie sind bei unserem Kongreß kein Unbekannter. Sie besuchten bereits unseren 2. Kongreß in Gaggenau 1995.

Stellvertretend für die anwesenden Vertreter der Stadt und der umliegenden Gemeinden begrüße ich den **Oberbürgermeister** der Stadt Karlsruhe, Herrn **Heinz Fenrich**. Wir freuen uns ganz besonders, daß Sie unseren Kongreß besuchen und ein Grußwort überbringen werden. Wir sind sehr gerne in das badische Karlsruhe gekommen, da die letzten beiden Kongresse im württembergischen Teil unseres „Ländles“ stattgefunden haben.

Ich heiße besonders herzlich die bereits anwesenden Referenten willkommen.

Ich begrüße Herrn **Generalmajor a.D. Manfred Eisele**, vormals General for Planning and Support at the UN. Herr General sie sind erstmals Gast unseres Kongresses und wir erwarten Ihren Vortrag mit großem Interesse.

Ich begrüße Herrn **Generalmajor Walter Jertz**, Kommandeur der 1. Luftwaffendivision und Autor des erst jüngst erschienenen Buches „Im Dienste des Friedens - Tornados über Bosnien“ und kein Unbekannter bei unseren Kongressen. General Jertz wird uns nicht nur durch einen Vortrag erfreuen. Er hat uns bereits in der Vorbereitungsphase dieses Kongresses tatkräftig unterstützt. Ich danke ihm schon an dieser Stelle ganz herzlich.

Ich begrüße Herrn **Oberst i.G. Anatolj Puschkarsky**, Verteidigungsattache der Ukraine und **Botschaftsrat Vakur Erkul** von der Türkischen Botschaft. Beide Referenten sind erstmals unter uns. Wir erwarten auch Ihre Referate mit großer Spannung.

Ich begrüße mit **Oberst d. R. Dr. Stephen Cochrane** einen guten Freund der baden-württembergischen Reservisten und weiteren Referenten dieses Kongresses. Ich danke ihm an dieser Stelle besonders herzlich, daß er sich spontan als Referent zur Verfügung gestellt hat, um das Thema aus der Sicht unserer amerikanischen Freunde zu beleuchten.

Aus den Reihen des diplomatischen und konsularischen Korps begrüße ich den stellvertretenden Verteidigungsattache der Tschechischen Republik, **Major i.G. Milan Vana** und den Konsul der Republik Liberia, unseren Kameraden **Oberstleutnant d.R. Dr. Hellmuth Dettinger**.

Stellvertretend für alle anwesenden Angehörigen der Behörden, Schulen und Einrichtungen im Lande heiße ich Herrn **Ministerialdirigenten im Staatsministerium und Oberst d. R. Dr. Manfred Walz** sehr herzlich willkommen. Er ist als Reservist an der Schaltstelle der Macht und versteht es, bei unserem Ministerpräsidenten stets ein gutes Wort für uns Reservisten einzulegen.

Stellvertretend für die hier anwesenden Angehörigen der mit uns verbündeten und befreundeten Streitkräfte begrüße ich ganz herzlich :

Aus **Kroatien** :

Herrn **Generalmajor Velibor Kikerec**,

den Präsidenten der Kroatischen Offiziersgesellschaft,
und

Herrn **Brigadegeneral Prof. Dr. Tomo Jantol**,

Lehrstuhlinhaber an der Universität Zagreb und seit diesem Jahr Präsident der Gäminger Initiative,

Aus **Slowenien** :

Oberst Bojan Potocnik

den Präsidenten der Slowenischen Offiziersgesellschaft

Herr Oberst, ich freue mich ganz besonders, daß Sie die weite Reise von Ljubljana nach Karlsruhe auf sich genommen haben. Ihre

Anwesenheit ist ein weiterer Schritt zu einer konstanten Zusammenarbeit zwischen Ihrer Offiziersgesellschaft und der Landesgruppe Baden-Württemberg.

Aus **Österreich** :

Oberst Veit Loacker,

den Präsidenten der Offiziersgesellschaft Vorarlberg.

Aus **Frankreich** :

Oberstleutnant Jean-Francois Peltier

den Beauftragten für die französischen Reservisten.

Ich begrüße, stellvertretend für alle aktiven Soldaten und zivilen Mitarbeiter des Wehrbereiches V, den Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. PzDiv, Herrn **Brigadegeneral Karl-Heinz Lather**, und den stellvertretenden Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der Wehrbereichstruppen, Herrn **Oberst i. G. Hans-Dieter Möhring**, sehr herzlich. Herr General Lather, ich freue mich nicht nur über Ihre Anwesenheit, sondern auch darüber, daß Sie heute ein Grußwort überbringen und die Gelegenheit nutzen werden, zu unseren zahlreich erschienen Reservisten zu sprechen. Ihr Grußwort liegt uns besonders am Herzen, da wir Reservisten im ersten Halbjahr 1999, aufgrund Ihrer Verwendung in Bosnien-Herzegowina, auf Sie verzichten müssen. Herrn Oberst Möhring bin ich besonders dankbar, daß er sein Kommen zu unserem Frühjahrskongreß im März 1999 bereits zugesagt hat.

Aus Forschung und Wirtschaft begrüße ich

Prof. Dr. Hartwig Steusloss, Direktor des Fraunhofer Institutes, und

Direktor Stephan Spier von der HypoVereinsbank.

Die mit uns befreundeten Verbände sind ebenfalls zahlreich vertreten. An ihrer Spitze begrüße ich herzlich den Landesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Soldaten, **Oberstleutnant d.R. Karl Mohr**, und **Major Raimund Steinbeck**, welcher in Vertretung des Landesvorsitzenden Süd des Deutschen Bundeswehrverbandes zu uns gekommen ist.

Ich begrüße die hier anwesenden Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich, die an der Spitze durch unseren Kameraden **Oberst a.D. d. R. Nikolaus Schmeja**, den Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg vertreten sind.

In ihren Reihen begrüße ich besonders herzlich den Ehrenlandesvorsitzenden der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg, unseren Kameraden **Ministerialrat a.D. und Oberst d.R. Dr. Rudolf Wandel**. Er hat im letzten Jahr sein Amt als Vorsitzender des Landesbereiches Baden-Württemberg der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik an seinen Nachfolger Nikolaus Schmeja abgegeben. Dr. Wandel hat diesen Kongreß von Anfang an entscheidend mitgeprägt und zu einer ständigen Einrichtung werden lassen. Es war für mich eine große Freude seit 1995 diesen Kongreß gemeinsam mit ihm gestalten und leiten zu dürfen. Die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr hat seine Leistung anlässlich der Landesdelegiertenversammlung am 20./21. März 1998 mit Verleihung der Ehrennadel in Gold gewürdigt.

Dr. Wandel war auch der verteidigungspolitische Beauftragte unserer Landesgruppe Baden-Württemberg. Er hat den 5. Kongreß in dieser Eigenschaft noch gemeinsam mit Nikolaus Schmeja und mir vorbereitet. An seine Stelle ist nun **Oberstleutnant d. R. Dr. Johannes Leclerque** getreten, den ich Ihnen hiermit vorstellen darf. Er ist im Hauptberuf Redakteur bei den Badischen Neuesten Nachrichten und ein hervorragender Kenner der Materie.

Ich bin davon überzeugt, daß wir diesen Kongreß auch in Zukunft mit Erfolg durchführen werden. Ich freue mich auf eine kameradschaftlich geprägte und sachkundige Zusammenarbeit mit Oberst Nikolaus Schmeja und Dr. Johannes Leclerque.

Als weitere Gäste erwarten wir morgen u. a. Herrn Generalkonsul **Gürsu Okurer**, vom Generalkonsulat der Türkei, Herrn **Willi Burger**, Inspekteur der Polizei in Baden-Württemberg und Herrn **Generalmajor a. D. Georg Bernhard**, zuletzt stellvertretender Befehlshaber des Heeresführungskommandos in Koblenz.

Ich begrüße die Vertreter der Medien und freue mich auf eine gute und interessante Berichterstattung.

Nicht zuletzt begrüße ich von ganzem Herzen meine Reservistenkameraden, die von außerhalb und aus ganz Baden-Württemberg, vom Taubertal bis zum Bodensee, von Rheintal bis zur Ostalb, unserer Einladung in so großer Anzahl gefolgt sind. Als besondere Repräsentanten nenne ich Herrn **Generalmajor a. D. Ekkehard Richter**, Vorsitzender des Beirates Freiwillige Reservistenarbeit und unseren Vizepräsidenten, **Oberstleutnant d.R. und Sendeleiter des ZDF, Michael Sauer**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren !

Europa wächst immer enger zusammen und die Globalisierung in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Verkehr und Kommunikation hat neue Beziehungen und Abhängigkeiten geschaffen. Sicherheit ist neu zu definieren. Der Auftrag der Streitkräfte und die Formen ihres Einsatzes haben sich verändert. Krisenmanagement wird komplexer, denn es muß nicht nur alle politischen und militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange einbeziehen. Anlaß genug, über die Interessen und den militärischen Beitrag Deutschlands zu diskutieren. Wir wollen mit diesem Kongreß nicht nur die deutschen, sondern auch die Interessen und die Sicht unserer Verbündeten zur Sprache bringen. Es ist für uns von großem Interesse zu erfahren, wie unser Verbündeter USA, als größte Macht der Welt und jenseits des

Atlantik zu Hause, und unser Verbündeter Türkei an der Schnittstelle zwischen Orient und Okzident, zwischen Islam und Christentum über Sicherheitsfragen im nächsten Jahrhundert denken. Darüber hinaus werden wir mit großem Interesse die Sichtweise eines Landes hören, das zwischen Rußland und NATO angesiedelt ist und dem eine wichtige geographische und politische Bedeutung zukommt, nämlich der Ukraine. Gerne hätten wir auch unsere französischen Freunde zu Wort kommen lassen, es hat sich jedoch, trotz anfänglicher Zusage, bis zuletzt kein Referent finden lassen.

Ich bin mir sicher, daß die namhaften und höchst sachkundigen Referenten, die wir für diesen Kongreß gewinnen konnten, unser Thema - trotz der vielen Übereinstimmungen - von sehr unterschiedlichen Standpunkten aus beleuchten werden.

Wir werden, wie bereits im letzten Jahr, auch dieses Mal eine Dokumentation erstellen, die alle gehaltenen Vorträge enthält. Sie wird allen Parteien, den betroffenen Ministerien, der Bundeswehr, den Verbänden und allen interessierten Bürgern zugehen.

Wir haben zudem den Entwurf einer Resolution vorbereitet, der Ihnen vorgelegt wird und der morgen verabschiedet werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es gibt, wie so oft, eine gute und eine schlechte Nachricht. Auch ein noch so gewissenhaft und langfristig vorbereiteter Kongreß bleibt hiervon nicht verschont. Ich muß Ihnen zu unserem großen Bedauern mitteilen, daß Bundesaußenminister Dr. Kinkel überraschend abgesagt hat.

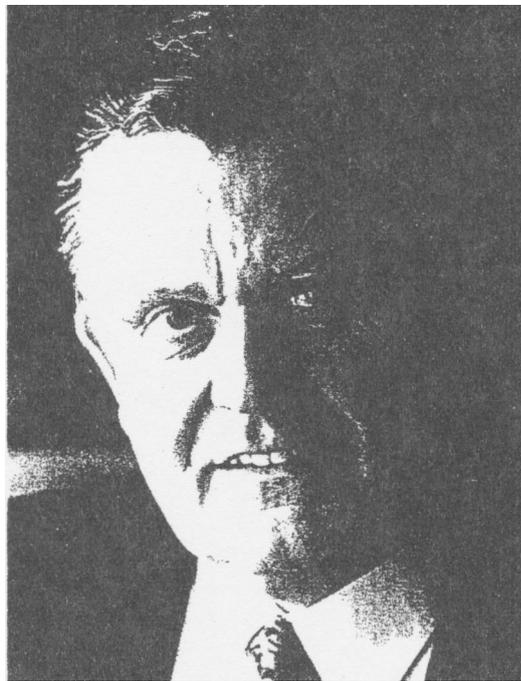
Er weilt heute, gemeinsam mit Frau Bundestagspräsidentin Süßmuth, in Spanien und nimmt an der Verleihung des Prinz von Asturien-Preises teil. Er hat uns mitgeteilt, daß diese Preisverleihung „außerordentlich hochrangig wahrgenommen werde und aus spanischer Sicht eine der Nobelpreisverleihung gleichkommende Veranstaltung sei“. Diese Veranstaltung habe sich nun um 3 Stunden verschoben, so daß er nicht mehr rechtzeitig in Karlsruhe eintreffen könne. Er stehe auch nicht morgen zur Verfügung, da er am EU-Treffen in Österreich teilnehmen müsse.

Wir haben diese Entscheidung erst kurzfristig mitgeteilt bekommen und sind General Eisele außerordentlich dankbar, daß er bereit ist, seinen Vortrag bereits heute Abend zu halten. Es ist den Bemühungen von Oberst Schmeja zu verdanken, daß wir Ihnen einen -wie ich meine- angemessenen Ersatz für Außenminister Dr. Kinkel anbieten können. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, wird morgen zu dem von Dr. Kinkel vorgesehenen Thema zu uns sprechen.

Das Auswärtige Amt hat uns vorgestern ein sehr ausführliches Grußwort des Außenministers zukommen lassen. Die Verlesung würde den Rahmen dieser Begrüßung sprengen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werde ich es deshalb später, vor Beginn des ersten Vortrages, verlesen.

Meine Damen und Herren,

wir können uns auf hochinteressante Vorträge, neue Erkenntnisse und konstruktive Diskussionen freuen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Grußwort des Ministerpräsidenten Erwin Teufel

Seit wir nach 1945 eine Demokratie und einen Rechtsstaat in unserem Land gegründet haben, orientieren wir uns hin zu den freiheitlichen Demokratien des Westens. Wir haben die ausgestreckte Hand unserer Nachbarn, der ehemaligen Kriegsgegner von gestern, ergriffen. Wir haben Versöhnungsbereitschaft gezeigt und Verteidigungsbereitschaft dazu.

Wir haben es nicht allein den Vereinigten Staaten und unseren westlichen Nachbarn überlassen, die Bundesrepublik Deutschland zu schützen, sondern wir haben dazu einen eigenen Verteidigungsbeitrag geleistet, der vom frei gewählten Deutschen Parlament mit großer Mehrheit entschieden worden ist und von den demokratisch gewählten Abgeordneten und Regierungsmitgliedern getragen wird.

Dieser Politik der Kooperation mit unseren Nachbarn und Freunden verdanken wir die längste Friedensperiode in der jüngeren Geschichte Deutschlands. Dazu hat die Bundeswehr einen entscheidenden Beitrag geleistet als Armee unserer Demokratie.

Die Hauptaufgabe der Bundeswehr ist es, auch in Zukunft das eigene Land und die Bündnispartner zu verteidigen. Darüber hinaus gewinnen nationale und internationale humanitäre Friedenseinsätze immer mehr an Bedeutung.

Der Dienst der Kooperation und des Friedens der Bundeswehr ist unverzichtbar für unseren demokratischen Staat, auch in Zukunft.

In diesem Zusammenhang steht auch der in diesem Jahr stattfindende 5. Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongreß in Karlsruhe. Er ist in diesem Jahr dem Thema „Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts“ gewidmet. Der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. ist es erneut gelungen, gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik eine facettenreiche, interessante Veranstaltung zu organisieren.

Als Schirmherr wünsche ich dem Kongreß einen erfolgreichen Verlauf sowie allen Teilnehmern aufschlußreiche und interessante Gespräche.

Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel
anlässlich des
5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses des
Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. - LV Baden-Württemberg -
und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik - Landesbereich V -

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Schicksal der Völker entscheidet sich in der Außenpolitik! Die Entwicklungen der letzten Wochen unterstreichen einmal mehr diese erstrangige Bedeutung. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Einsatz deutscher Soldaten in NATO-geführten Lufoperationen in der Kosovo-Krise zeigt es uns ganz deutlich: Gemeinsam mit unseren Verbündeten tragen wir auch außerhalb Deutschlands und des NATO-Gebiets Verantwortung für Sicherheit und Frieden. Das klare Votum der Abstimmung zeigt auch, mit welcher breiten Zustimmung die Bundeswehr heute ihre Aufgabe im Bündnis wahrnehmen kann. Das war nicht immer so! Heute gibt es den Soldaten in ihren Einsätzen die notwendige Sicherheit. Insofern ist die Entscheidung des Bundestages vom 16. Oktober auch Ausdruck eines unübersehbaren außen- und sicherheitspolitischen Reifeprozesses in Deutschland.

Die Krise im Kosovo ist aber auch in anderer Hinsicht exemplarisch. Die Herausforderung für die Sicherheitspolitik des kommenden Jahrhunderts lautet: Bewältigung innerstaatlicher Spannungen. Wir müssen uns vor allem in Europa auf Regeln einigen, die es uns erlauben, solche innerstaatlichen Konflikte zu kontrollieren und zu entschärfen - genauso wie es der internationalen Gemeinschaft zumindest teilweise gelungen ist, mit dem System der Vereinten Nationen ein Instrument für die Regelung von zwischenstaatlichen Krisen zu entwickeln.

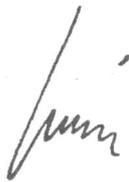
Auch in einem solchen Regelwerk, ob unter der Ägide der OSZE oder einer anderen internationalen Organisation, wird aber der NATO eine besondere Aufgabe zukommen. Die NATO bleibt der Eckpfeiler für das Sicherheitssystem in Europa. Drei Gründe sind dafür entscheidend: (1) Das Bündnis trägt maßgeblich zu einem politisch, militärisch, wirtschaftlich und sozial stabilen Gesamteuropa bei. (2) Die NATO verkörpert den transatlantischen Sicherheitsverbund und das US-Engagement in Europa. (3) Die NATO ist und bleibt die beste Versicherung gegen die Re-Nationalisierung der Verteidigungspolitik. Darin liegt auch die Logik für die Öffnung des Bündnisses und den bevorstehenden Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns.

Die Kultur der Transparenz und des Vertrauens, die die NATO zwischen ihren Mitgliedern entwickelt hat, wird über den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, über den NATO-

Rußland-Rat und über die NATO-Ukraine-Kommission auf ganz Mittel- und Osteuropa projiziert. Soldaten der Bundeswehr und der Streitkräfte der Allianz üben heute wie selbstverständlich mit ihren Kameraden aus den Partnerländern. In Bosnien ist deren Einbeziehung in die NATO-geführte Friedensmission seit Jahren praktizierte Stabilitätspolitik.

Ihr 5. Internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongreß weist in das nächste Jahrhundert. Die Sicherheitsinteressen Deutschlands bleiben auch im 21. Jahrhundert mit denen unserer Verbündeten eng verknüpft. Europa ist viel zu klein geworden für eine Sicherheitspolitik, die an den nationalen Grenzen halt macht. Aber auch die Einbeziehung Rußlands, der Ukraine und anderer Staaten in Mittel- und Osteuropa wird für ein erfolgreiches Krisen-Management unverzichtbar sein - ebenso wie unsere Verbündeten in der NATO, die nicht EU-Mitglieder sind, einen entscheidenden Beitrag für das Bündnis leisten. Das gilt für die Türkei genauso wie für Norwegen und Island und unsere beiden Partner jenseits des Atlantik. Alle Partner aber sind Mitglied der OSZE, die wir jetzt stärken, indem wir ihr im Kosovo eine große und verantwortungsvolle Mission übertragen - nicht in Konkurrenz, sondern komplementär zum Bündnis.

Ihr Kongreß spiegelt diese bewährte Einbindung von Verbündeten und Partnern wider und weist zugleich neue Wege. Das Bündnis selbst und die euro-atlantischen Institutionen sind flexible Instrumente für aktuelle und künftige Krisen, aber sie müssen fortlaufend weiterentwickelt werden. Künftige Krisensituationen sind nicht einfach nur Kopien der Vergangenheit, sie haben neue Elemente und Faktoren, die neue Ansätze und Lösungen verlangen. Die nächste Krise kommt sicher - das Nachdenken darüber, wie wir mit ihr umgehen können und sollen, ist auf allen Ebenen notwendig. Ich bin sicher, daß dieser Kongreß dazu seinen konzeptionellen Beitrag leisten wird und wünsche Ihnen allen einen erfolgreichen Verlauf!

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Müller', written in a cursive style.

Grußwort des Vizepräsidenten des Regierungsbezirks Karlsruhe, Dr. Hans Scheurer

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe die Ehre, im Namen von Herrn Ministerpräsident Erwin Teufel die Teilnehmer des 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses hier in Karlsruhe begrüßen zu dürfen. Ich wende mich dabei besonders auch an die Referenten und Besucher, die aus dem befreundeten Ausland zu uns gekommen sind. Seien Sie in Baden-Württemberg herzlich willkommen!

Wie Sie wissen, hat Ministerpräsident Erwin Teufel die Schirmherrschaft für diesen Kongreß übernommen. Mit dieser Geste möchte die Landesregierung ihre starke Verbundenheit mit der Bundeswehr, den Soldaten und dem Verband der Reservisten zum Ausdruck bringen.

Das zu Ende gehende Jahr hat mancherlei Anlaß geboten, an Ereignisse im Jahr 1948 und damit an die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland zurückzudenken. Damals beriefen die Befehlshaber der drei westlichen Besatzungsmächte die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder nach Frankfurt ein und beauftragten sie in den sogenannten Frankfurter Dokumenten, für Westdeutschland eine föderative Verfassung mit einer „angemessenen Zentralinstanz“ erarbeiten zu lassen. Etwa gleichzeitig legte die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung. 1948 war aber auch das Jahr der Berliner Blockade und zunehmender Ost-West-Spannungen - Ereignisse, die es notwendig machten, deutsche Streitkräfte im Rahmen eines westlichen Verteidigungsbündnisses zu schaffen. Seither haben wir die längste Friedensperiode in der jüngeren Geschichte Deutschlands. Dazu hat die Bundeswehr einen entscheidenden Beitrag geleistet als Armee unserer Demokratie.

Der vor uns liegende Kongreß hat die Zukunft im Visier. Es geht um die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts. Jeder von uns weiß, daß wir in einer Zeit großer Veränderungen leben; neue Situationen werfen Fragen auf:

- Am unmittelbarsten berührt uns, daß nächste Woche eine neue Bundesregierung mit neuen parlamentarischen Mehrheiten ihr Amt antritt. Nach der Koalitionsvereinbarung betrachtet die neue Bundesregierung „das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung. Die Bundeswehr dient - so heißt es in der Koalitionsvereinbarung weiter - der Stabilität und dem Frieden in Europa. Als fest in das Atlantische Bündnis integrierte Armee ist sie im Sinne von Risikovorsorge weiterhin zur Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen“. Diese Formulierungen verheißen Kontinuität. Die heutigen Presseberichte über Diskussionen zur künftigen Truppenstärke der Bundeswehr machen allerdings deutlich, daß der große Koalitionspartner hier noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen!
- Zu den nahe bevorstehenden Veränderungen gehört auch, daß wir in weniger als einem Vierteljahr den EURO als die gemeinsame europäische Währung haben werden. Diese radikale Neuerung stellt die Mitgliedstaaten der europäischen Union vor die Notwendigkeit, klar zu definieren, wo das europäische Interesse liegt - im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der zivilpilitärischen Zusammenarbeit pflegt das Regierungspräsidium Karlsruhe - für das ich ebenfalls hier stehe - gute Kontakte zum Verteidigungsbezirkskommando 52 in Karlsruhe, das künftig für den gesamten badischen Landesteil verantwortlich sein wird. Gemeinsame Themen der letzten Monate waren zum Beispiel die Aktualisierung der Planungen für den Objektschutz und die militärische Übung „Pegasus“. In einer unserer monatlichen Abteilungsleiter-Runden hatten wir Herrn Oberst Heer zu Gast, der uns über seinen Einsatz in Bosnien-Herzegowina berichtete. Gleichzeitig informierte die Beauftragte unseres Hauses für die Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge aus ihrer Arbeit.

Gerade an diesem Punkt wird die wechselseitige Abhängigkeit von Bundeswehr und ziviler Verwaltung besonders deutlich. Der stabilisierende Friedensbeitrag der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina ist die Grundvoraussetzung dafür, daß die über 17.000 in Baden-Württemberg noch lebenden bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge in ihr Land zurückgeführt werden können.

Weil dieser Kongreß eine internationale Veranstaltung ist, sei noch auf eine Besonderheit des Regierungsbezirks Karlsruhe hingewiesen: Nirgendwo im Bundesgebiet dürfte es eine so starke Präsenz von Führungseinrichtungen der befreundeten Streitkräfte geben:

So befinden sich drei der insgesamt fünf US-Hauptquartiere in Deutschland in Heidelberg und Mannheim:

- US-Army Europe USAREUR in Heidelberg
- 5. US Korps Heidelberg und
- 5. Fernmeldekommando Mannheim

Daneben gibt es in Baden-Baden z.Zt. noch das Oberkommando der französischen Streitkräfte in Deutschland. Seine Auflösung im kommenden Jahr bedauern wir als einen spürbaren Verlust an Internationalität und Kontakt zu Frankreich. Es wird aber daran gearbeitet, diesen Verlust auf geeignete Weise irgendwie zu kompensieren.

Ihrem Kongreß wünsche ich einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!



Regierungsvizepräsident Dr. Hans Scheurer, Landesvorsitzender Peter Eitze

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe, Heinz Fenrich

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß heiße ich Sie in Karlsruhe herzlich willkommen. Die Stadt freut sich, Gastgeberin dieser Begegnung zu sein. Karlsruhe ist mit seinen 283 Jahren eine junge und wahrhaft europäische Stadt. Sie hat wegen ihrer Grenznahe im Verlauf ihrer Geschichte oft gelitten, sich zugleich aber seit jeher den geistigen und gesellschaftlichen Strömungen des Kontinents weit geöffnet. Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit, Teil der sprichwörtlichen badischen Liberalität, gehören zu ihren charakteristischen Eigenschaften. Von ihr gingen wichtige Impulse zur Aussöhnung und schließlich zur Freundschaft mit unseren französischen Nachbarn aus.

Bekannt ist Karlsruhe durch den Sitz der hohen Gerichte, aber: die Stadt hat inzwischen eine Wandlung durchgemacht, von der sogenannten Beamtenstadt hin zur Stadt der Forschung und Technologie. So ist die Stadt heute Mittelpunkt der Technologieregion mit einer lebendigen Kultur und mit viel Lebensqualität. Ich hoffe, Sie werden sie während Ihres Aufenthaltes etwas näher kennenlernen können.

Karlsruhe ist seit jeher Garnisonsstadt und damit Heimat von Soldaten. Die Tradition als Militärstandort reicht weiter zurück als die Stadtgründung selbst. Erstmals schrieb man im Jahr 1604 von Streitkräften im Raum des heutigen Karlsruhe.

Mit der Stadtgründung und damit der Verlegung der Residenz wurden auch die Haustruppen verlegt. Karlsruhe wuchs im 18. Jahrhundert mehr und mehr in die Rolle der Hauptstadt. Die Besetzung durch französische Revolutionstruppen 1796 brachte keine Zerstörung, aber die Einsicht, daß man sich mit der europäischen Macht jenseits des Rheins besser arrangieren sollte. Die Anlehnung an Napoleon bedeuteten die Standeserhöhungen zum Kurfürsten, dann zum Großherzog und reichen Ländergewinn. Der Preis waren umfangreiche Truppengestellungen, für die ab 1803 drei Kasernen gebaut wurden.

Weitere Kasernenbauten folgten nach der 48er Revolution. Diesmal außerhalb der Innenstadt. Karlsruhe wurde Hauptquartier des königlich-preussischen XIV. Armeekorps.



(v.l.n.r.)

Oberbürgermeister Heinz Fenrich, Landesvorsitzender Peter Eitze, Regierungsvizepräsident Dr. Hans Scheurer

Die militärische Geschichte während der zwei Weltkriege ist dann für den Laien fast undurchschaubar. Stationierung, Mobilmachung, Entmilitarisierung folgten in kurzen Abständen.

Elf Jahre nach Kriegsende wurde Karlsruhe mit der Aufstellung der Bundeswehr wieder zu einer Stadt mit Soldaten. Die Bundeswehrführung entschied 1956, Karlsruhe zum bedeutenden Standort auszubauen, in dem die Luftwaffengruppe Süd sowie weitere Dienststellen und Verbände insbesondere der Luftwaffe, aber auch des Heeres und der territorialen Verteidigung stationiert wurden.

In den letzten Jahren hat die Garnisonsstadt Karlsruhe wieder einen gravierenden Umbruch erlebt. Die französischen Streitkräfte sind abgezogen, danach die amerikanischen. Teils mit Wehmut, denn die Freundschaft, die sich im Laufe der Jahre entwickelte, war ungetrübt, aber auch mit Freude über die Rückgabe wertvoller und dringend notwendiger Wohn- und Entwicklungsflächen.

Und dies alles infolge friedlicher Refomprozesse im Osten Europas. Dankbar vermerken wir, daß dazu unsere Bundeswehr beigetragen hat. Sie war im Bündnis mit den Alliierten Garant für den Frieden in Europa. Nun ist auch sie „Opfer“ ihrer guten Arbeit geworden. Die Umstrukturierung der Streitkräfte macht auch vor ihr nicht halt. Damit verbunden waren und sind noch immer zahlreiche persönliche Belastungen.

Umso mehr braucht die Bundeswehr unsere gesellschaftliche Solidarität. Indem wir uns heute zu unserer Bundeswehr bekennen, können wir den Dank zurückerstatten für vier Jahrzehnte friedenssichernde Arbeit, für Hilfestellungen, wann immer wir sie benötigten.

Und über allem steht das gute Einvernehmen mit der Zivilbevölkerung. Mehr noch, es ist ein familiäres Miteinander, das in der Zusammenarbeit zwischen Militär und zivilen Stellen in unserer Stadt vorgelebt wird.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist in Karlsruhe zuhause, Soldaten sind gern gesehen. Herzlich begrüße ich Sie in unserer Stadt und wünsche Ihrem Kongreß viel Erfolg. Ihnen und allen Teilnehmern wünsche ich aufschlußreiche Gespräche und - wie schon gesagt - einen angenehmen Aufenthalt in Karlsruhe.

Grußwort des Befehlshabers im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision, Brigadegeneral Karl-Heinz Lather



Meine Damen und Herren,

das Programm dieses 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses zeigt dem Betrachter sehr deutlich die Dimensionen Europas im 21. Jahrhundert. Wie dieses Gebäude Europa im 21. Jahrhundert exakt aussehen wird, vermag allerdings niemand zu sagen.

Jedoch ebenso wie das vereinte Deutschland mehr als die Summe aus Ost und West und mehr als nur ein größeres Westdeutschland ist, wird das Europa des 21. Jahrhunderts mehr als die Summe der Einzelstaaten sein.

Deutschlands sicherheitspolitisches Hauptinteresse als eine europäische Mittelmacht und als hochentwickelter Industriestaat mit weltweiten Verflechtungen wird es auch im nächsten Jahrhundert sein, in unserem nahen und weiteren Umfeld Stabilität zu schaffen und zu erhalten.

Stabilität gewinnen wir dabei nicht mehr durch das Gleichgewicht militärischer Potentiale oder durch eine „balance-of-power“-Politik. Echte Stabilität erreichen wir nur dadurch, daß wir politischer Ausgewogenheit, der Wahrung humaner Werte und demokratischen Strukturen regionenübergreifende Geltung verschaffen.

Die Alternative zum Export von Stabilität hieße Import von Instabilität. Deutschland verfolgt diese Zielsetzung „Stabilität“ im Rahmen multilateraler Institutionen. Wer heute von Europas Sicherheit und Stabilität spricht, der spricht von der NATO, der EU, der WEU und der OSZE. Diese Institutionen europäischer Sicherheit haben sich mit ihren jeweils unterschiedlichen Aufgabenbereichen bewährt. Sie sind unsere Plattformen für Dialog, Kooperation und Krisenbewältigung, aber auch zum Einbringen nationaler Interessen.

Sicherheitspolitiker sprechen hier gerne von der Nutzung der komplementären Vorteile dieser Institutionen. Eine für Politiker, Diplomaten und Militärs gleichermaßen schwierige wie herausfordernde Aufgabe.

Die Konflikte im früheren Jugoslawien, in Albanien oder im Kaukasus sind traurige Belege dafür, daß der sicherheitspolitische Umbruch in Europa nicht nur zu mehr Stabilität und Sicherheit geführt hat, sondern in ganz erheblichem Maße Konflikte und Gewaltbereitschaft freigesetzt hat.

Politische, ethnische, religiöse, soziale, kulturelle oder auch ökonomische Gegensätze können die Ursachen für Krisen und Konflikte sein, die in ihren Auswirkungen nicht regional begrenzt bleiben. Diese Konflikte können zumindest mittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit Gesamteuropas und damit auch Deutschlands haben.

Angesichts ihres oft globalen, interdependenten Charakters wird die Beherrschung dieser neuen Herausforderungen zukünftig in der Regel im internationalen bzw. multinationalen Verbund im Sinne eines multilateral abgestimmten Krisenmanagements geleistet werden müssen.

Neben der Fokussierung auf Europa und seine Institutionen, kommen den Vereinten Nationen und insbesondere den USA als dem Global Player im Sinne echter transatlantischer Bindung und Kooperation wesentliche Bedeutung und Verantwortung zu.

Dieser Kongreß mit seinem wahrhaft euro-atlantischen Programm sollte und wird dazu beitragen, daß wir bei der Gestaltung des neuen Europas die jeweiligen Sicherheitsinteressen des anderen verstehen, und damit in der Lage sind, den Herausforderungen, die im 21. Jahrhundert nicht weniger werden, gemeinsam begegnen zu können.

Ich beglückwünsche den Verband der Deutschen Bundeswehr im Lande Baden-Württemberg und damit im Wehrbereich V zu dieser Initiative, freue mich als ehemaliger Militärpolitiker auf interessante Vorträge, - die Liste der Vortragenden läßt ja nichts anderes erwarten - und auf die persönlichen Begegnungen am Rande.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf - ganz im Sinne und Vorgriff auf das Motto freiwilliger Reservistenarbeit des Jahres 1999: „Reservisten - glaubwürdige Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft“.

5. Internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongreß 23.-24. Oktober 1998

Aktualisiertes Programm

23.Oktober 1998

bis 1700 Uhr	Anreise der Teilnehmer, Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten
1700 Uhr	Pressekonferenz
1800 Uhr	Empfang der Landesgruppe Baden-Württemberg im VdRBw e.V. Begrüßung: Landesvorsitzender Oberstleutnant d.R. Peter Eitze Grußworte
1900 Uhr	Einführung in den Kongreß Landesvorsitzender GfW Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja
1915 Uhr	Vortrag: Die Rolle der Streitkräfte in der internationalen Gemeinschaft Generalmajor a.D. Manfred Eisele mit Aussprache
2030 Uhr	Gemeinsames Abendessen

24. Oktober 1998

0800 Uhr	Frühstück
0900 Uhr	Tagungsangelegenheiten
0915 Uhr	Vortrag: Die Luftwaffe im 21. Jahrhundert; Aufgaben und Anforderungen an die technische Entwicklung Generalmajor Walter Jertz, Kommandeur 1. Luftwaffendivision, Karlsruhe mit Aussprache
1025 Uhr	Kaffeepause
1040 Uhr	1. Kurzvortrag: Die Sicherheitspolitischen Interessen und Probleme der Türkei an der Schwelle des 21. Jahrhunderts Vakur Erkul, Botschaftsrat der türkischen Botschaft, Bonn
1115 Uhr	Pause
1120 Uhr	Vortrag: Politik und Sicherheit Europas im 21. Jahrhundert General Hartmut Bagger, Generalinspekteur der Bundeswehr mit Aussprache
1230 Uhr	Mittagessen
1400 Uhr	2. Kurzvortrag: US-Sicherheitsziele in Europa Colonel (R) Dr. Stephen T. Cochrane, US-Verbindungsoffizier, Stuttgart
1435 Uhr	Pause
1440 Uhr	3. Kurzvortrag: Die Ukrainischen Streitkräfte an der Schwelle des 21. Jahrhunderts Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyj, Verteidigungsattache Ukrainische Botschaft, Bonn
1515 Uhr	Aussprache über die Kurzvorträge
1545 Uhr	Zusammenfassung und Verabschiedung Landesvorsitzende Peter Eitze und Nikolaus Schmeja

**Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja,
Vorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.
-Landesbereich Baden-Württemberg-**

Einführungsvortrag zum 5. Kongreß:

Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts

An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend befindet sich die Welt in einem epochalen Umbruch und auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Widersprüchliche Entwicklungen und neue Technologien kennzeichnen eine verwirrende Lage, die nach Antworten auf die alten Fragen nach Überleben, Zusammenleben, Wohlstand und Sicherheit, Ordnung und Freiheit sucht. Ein Rückblick macht rasch deutlich, was in Frage gestellt ist, was vergangen oder neu zu definieren ist. Auf dieser Basis werden die Trends der Zukunft deutlicher, die Rahmenbedingungen für Deutschlands Sicherheit bestimmbar und die konzeptionellen Lösungsansätze zu entwickeln sein.

Drei markante Entwicklungen bestimmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Ausgangslage:

- der Übergang von einer europazentrierten Weltordnung über den Ost-West-Konflikt zu einer multipolaren Welt;
- die rasanten Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die insbesondere auf den Gebieten Medizin, Biologie, Chemie, Transport und Verkehr, sowie der Informationsgewinnung, -weiterleitung und -Verarbeitung zu revolutionären Veränderungen geführt haben;
- die Globalisierung in Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation, die die auf die Nationalstaaten orientierten Ordnungsstrukturen in ihrer Wirkung stark eingeschränkt und neuen Akteuren Spielraum verschafft haben.

Zwei Weltkriege haben dem europäischen Imperialismus die Grundlage entzogen und zur Auflösung der Kolonialreiche gezwungen. In Afrika und Asien entstand eine neue Staatenwelt mit Konflikten und Problemen, die anders gelagert sind und ausgetragen werden als die gewohnten europäischen. Wachsender Reichtum auf der nördlichen, entwickelten Hälfte, Armut, Hunger, ethnische Auseinandersetzungen und eine rasante Zunahme der Bevölkerung in weiten Teilen der südlichen Hälfte unserer Erde haben ein systematisches Ungleichgewicht, das konfliktträchtig ist, geschaffen. Im Ost-West-Konflikt sind die Sowjetunion und ihr Satellitenreich zerbrochen, die Vereinigten Staaten als einzige Supermacht übriggeblieben, die auf allen politisch relevanten Gebieten ihre Interessen weltweit wahrnehmen und zur Geltung bringen können. Mit dem Ende des kalten Krieges sind aber auch für viele bisher eingebundene oder in der Logistik des Ost-West-Gleichgewichtes disziplinierte mittlere Mächte neue Spiel- und Handlungsräume entstanden, insbesondere, da mit der Sowjetunion auch ihre Ideologie diskreditiert war.

Der Nationalismus wurde mit dem Untergang des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches in seiner Amoralität entlarvt, an seiner inhumanen Ordnung und der immanenten Rückständigkeit des Kommunismus zerbrach die Sowjetunion und das sogenannte sozialistische Lager. Der Ost-West-Konflikt, ein Werte- und Systemkonflikt, hatte Ansätze zu einer universalen Weltordnung befördert, in denen einige wenige Mächte ein berechenbares Gleichgewicht getrieben von der Sorge, die große Auseinandersetzung zu vermeiden, durch kontrollierte Rüstung und entspannungsfördernde Zusammenarbeit geschaffen und erhalten hatten. Die multipolare Welt von heute hat viele Akteure, die auf der Suche nach ihrer Identität und ihrem Platz mit der westlich bestimmten Ordnung ihre Schwierigkeiten haben. Kräfte sind frei geworden, die zum Zerfall politischer Einheiten und Strukturen geführt haben, Rückbesinnung auf eigene Traditionen und Wertordnungen sind die Basis für Ansprüche und Kooperationen, die sich nicht an den klassischen Rechtsvorstellungen und Ordnungsmustern der westlichen Welt orientieren. Konflikte treten auf, die schwerer zu kontrollieren sind als die in der Zeit des Kalten Krieges.

Die Vielzahl der aktuellen gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen weist sehr unterschiedliche Erscheinungsformen auf. Vom Steinzeitkrieger bis zum computergesteuerten Waffensystem reicht das Spektrum der eingesetzten Mittel und Kräfte. Dabei haben die UN-Aktionen vom Golf bis zum Kosovo deutlich gemacht, daß mit den modernen Mitteln der Aufklärung und Kommunikation entscheidende Vorteile errungen werden können. Präzise Waffeneinsätze, die zu genau kalkulierbaren Schäden führen, wobei die Verluste bei der Zivilbevölkerung gegen Null minimiert werden sollen, sind ein unentbehrliches Mittel der Friedenserzwingung geworden. Im Krisen- und Konfliktmanagement ist die Zusammenarbeit mit Kontingenten verschiedener Nationen und mit den Vertretungen der verschiedenen inter- und transnationalen Organisationen, einschließlich der NGOs (Non-Governmental-Organisations), die Regel geworden. An diesen Umständen orientierte Stabsarbeit wie die Anwendung abgestimmter einheitlicher Verfahren und die Nutzung standardisierter Kommunikationstechnik sind Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Einsatz.

Die Globalisierung hat nach dem Zerfall des kommunistischen Machtblocks an Fahrt gewonnen, nichtstaatlichen, international tätigen Organisationen erweiterte Aktionsfelder ermöglicht und damit weitere Handelnde auf der Weltbühne zugelassen. Insbesondere die global agierenden Wirtschaftsunternehmen, der freie Kapitalfluß und das weltweit offene Informationsangebot haben die Macht der Nationalstaaten eingeschränkt und die Notwendigkeit zu einer neuen Weltordnung zu kommen, deutlich werden lassen. Die Verflechtung der Märkte hat zu einer Verdichtung der Transportwege und Verkehrsnetze geführt, was wiederum nicht nur dem Handel zugute kam, sondern auch das Reisen und damit auch das Phänomen der Migration befördert hat. Sozialen und wirtschaftlichen Konflikten, Bürgerkriegen und politischer Repression kann man entfliehen, andererseits breiten sie sich mit den Bewegungen ganzer Gruppen und den schnell flutenden Informationen rasch in bisher nicht betroffene Regionen aus.

Sicherheit hat mit diesen Entwicklungen andere Dimensionen bekommen, da das Risikopotential neben einer politisch-militärischen Dimension auch wirtschaftliche, innere und gesellschaftlich-soziale Komponenten aufweist. Macht, nämlich die Fähigkeit, auf Zustände, Entwicklungen und Strukturen Einfluß zu nehmen, wird vielschichtiger und von weitaus mehr und anderen Akteuren zur Geltung gebracht als bisher im Handeln von und mit Staaten gewohnt. Damit definieren sich auch Sicherheitsinteressen anders, wobei unter Interessen eines Staates die Betroffenheit und der Wille verstanden werden soll, auf den Erhalt oder die Veränderung von Zuständen Einfluß zu nehmen. Sicherheit als ein Zustand, der die Kontrolle über Gefahren und Risiken für die eigene Souveränität und territoriale Integrität gewährleistet, ist die Voraussetzung für den wirksamen Schutz und die Förderung und Vermehrung des Wohlstandes von Staat und Bürgern.

Deutschlands geopolitische Lage und seine historische Entwicklung lassen neben seiner wirtschaftlichen Disposition eine unabhängige nationale Entwicklung nicht mehr zu. Deutschland kann seine politischen Ziele nur im europäischen Verbund verwirklichen und seine Sicherheitsinteressen nur im Bündnis mit der von System und Werteordnung verwandten USA wahrnehmen. Die notwendige Integration in Europa wird dabei in einem ständigen Spannungsverhältnis zu den zentrifugalen Kräften im alten Kontinent einerseits und den bevormundend auftretenden Kräften in den Vereinigten Staaten andererseits stehen. Solange auch Rußland nicht zu einer Integration in Europa willens und fähig ist, besteht die Gefahr von Krisen oder sogar Konflikten im Anspruch der ehemaligen Supermacht auf hegemoniale Einflüsse in ihrem strategischen Vorfeld, sowie infolge ihrer politischen Instabilität und wirtschaftlichen Schwäche. Hinzu kommen die politisch ungelösten Fragen der Ordnung im Mittelmeerraum, die Gärung in Afrika auf der Suche nach einer stabilen politischen Ordnung mit Zukunft und auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung.

Nach Jahrzehnten der teils selbst gewählten außenpolitischen Abstinenz wird diese deutsche Haltung seit Golfkrieg und Wiedervereinigung in der Welt nicht mehr akzeptiert. Das Bekenntnis zur Schuld Deutschlands an den Untaten unter nationalsozialistischer Herrschaft und die hohe finanzielle Beteiligung an internationalen Vorhaben zur Befriedung und Entwicklung in der Welt ersetzt nicht Klarheit in der Politik und Offenlegung von Zielen und Interessen. Diese zu definieren setzt die Schulung im Denken in außen- und sicherheitspolitischen Kategorien voraus, um für Freunde und Partner verständlich und ohne bedrohlichen Charakter eigene Positionen einbringen zu können.

Dabei muß auch das notwendige Instrumentarium nüchtern einbezogen und der eigene Beitrag im internationalen Kontext bestimmt werden. Die Aufgaben der Streitkräfte sind in Abstimmung vor allem im Bündnis festzulegen und daraus eine nach Leistungsfähigkeit, Größe und Kosten sachlich kalkulierte Bundeswehr zu definieren.

Der 5. Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongreß der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr in Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, durch sachkundige Beiträge und Diskussionen diese Zusammenhänge zu verdeutlichen und einzelne Aspekte näher zu beleuchten.

Manfred Eisele
Assistant Secretary General (Ret.)

D - 97209 - Veitshöchheim, Oktober 1998
Ravensburgstraße 2 B
Tel. : 0931-95 000 55
Fax: 0931-95 000 42
E-mail: me0008@wuerzburg.baynet.de

5. Internationaler sicherheits- und verteidigungspolitischer Kongreß

des

Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

Landesgruppe Baden - Württemberg

und der

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik

Landesbereich V

in Karlsruhe, 23.-24. Oktober 1998

"Die Rolle der Streitkräfte in der internationalen Gemeinschaft"

1. Das Thema Ihrer Tagung lautet " Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts". Dazu sollte ich eigentlich einen Beitrag leisten unter dem Titel "Die Rolle der **deutschen** Streitkräfte in der internationalen Gemeinschaft".

Nun ist die Bundesrepublik Deutschland zwar schon seit 25 Jahren Mitglied der Vereinten Nationen (VN), aber wegen der Teilung unseres Vaterlandes führte die deutsche "Doppel-Mitgliedschaft" zumeist zu gegenseitiger Neutralisierung, mit dem Ergebnis beidseitiger Abstinenz bei Truppeneinsätzen der VN.

Eigentlich ist Deutschland also erst seit 1990 "richtig" Mitglied der VN. Deshalb sind die internationalen Erfahrungen deutscher Soldaten mit Friedenseinsätzen der VN im Vergleich mit Ländern wie Norwegen, Uruguay, Nepal, Kanada oder Fidschi und Österreich sehr gering.

2. Was dagegen internationale Erfahrungen der Bundeswehr im Verbund der NATO angeht, so können nur wenige Verbündete ihr das Wasser reichen. Die nahezu totale Einbindung in die integrierte Kommandostruktur des Bündnisses und die in den Strukturen ihrer Korps praktizierte Multinationalität machen die deutschen Streitkräfte einzigartig. "NATO first, Europe second", oder umgekehrt schien jahrzehntelang das Motto deutscher **politischer** Zielsetzung. Die Frage nach den deutschen Interessen blieb meist ungestellt, oft jedenfalls unbeantwortet. Man begnügte sich mit dem transnationalen Kürzel "BRD". Sehr viele Deutsche hatten den Gedanken an die nationale Einheit gestrichen.

In all diesen Jahren aber haben deutsche Soldaten im nordatlantischen Bündnis durch überzeugende Arbeit und selbstlosen Einsatz, durch gelebte Toleranz und internationale Kameradschaft mehr für das Ansehen unseres Vaterlandes bei unseren Verbündeten getan, als irgendeine andere Berufsgruppe, einschließlich der Diplomaten und Politiker. Der damalige Außenminister Genscher hat mir das nach längerem Nachdenken bereits 1991 ausdrücklich bestätigt. (Übrigens waren unter diesen Bundeswehrsoldaten in großer Zahl und an hervorragender Stelle solche, die zuvor in den Reihen der Wehrmacht gekämpft hatten.)

3. Derzeit wird um einen Einsatz der NATO im Kosovo diskutiert. Im benachbarten Bosnien-Herzegowina steht mit der multinationalen Stabilisierungstruppe (SFOR) als Nachfolgerin der einjährig-kurzlebigen IFOR eine Friedenstruppe unter der Flagge der NATO, wo unmittelbar vorher noch Blauhelm-Soldaten unter der Flagge der VN im Einsatz waren. Trotz unübersehbarer Tendenzen zu weitergehender Globalisierung in Bereichen wie Kommunikation, Wirtschaft, Transport, Klimaschutz und Umweltproblematik scheint es im Bereich der Friedenserhaltung und internationalen Sicherheit eine gegenläufige Entwicklung, hin zur Regionalisierung zu geben. Regional-Organisationen scheinen sich zu Sub-Unternehmern der VN zu entwickeln.

Es ist hilfreich, dieser Frage auf den Grund zu gehen.

4. Bereits am 14.08.1941 einigten sich Roosevelt und Churchill auf die "Atlantik-Charta" als Grundlage für eine Nachkriegsordnung, ein internationales Sicherheitssystem. Am 01.01.1942 Unterzeichneten schon 26 Staaten die "Declaration of United Nations". 21 weitere traten bis Kriegsende bei. Dabei war durchaus strittig, ob man eine allgemeine, weltumspannende Organisation schaffen sollte, oder eher mehrere, parallel zueinander bestehende regionale Strukturen.

Churchill bevorzugte eindeutig diesen regionalen Ansatz, schon weil er keine Mitsprache Chinas in Europa wollte. Sein letzter Vorschlag sprach von je einem "Rat" für "Europa", den "Fernen Osten" und die "Westliche Hemisphäre". Die USA befürchteten Konflikte zwischen solchen Regionalorganisationen und setzten sich mit dem globalen Ansatz für die VN klar durch.

5. In der VN Charta aber überlebten einige Elemente des Churchill-Vorschlages als Kapitel VIII: "Regional Arrangements" (Regionale Abmachungen). Artikel 52 bietet eine sehr flexible, interpretationsfähige Definition für solche Regionalabmachungen. Heute gibt es davon eine ganze Reihe, die ebenso zahlreich wie heterogen sind. Ich nenne nur einige als Beispiele: ECOWAS (Economic Community of West African States), die Arabische Liga, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Westeuropäische Union (WEU), die Vereinigung Süd-Ost-Asiatischer Staaten (ASEAN) und auch die NATO. Letztere ist als Regionalorganisation völkerrechtlich umstritten, weil manche sie für ein "ganz normales Bündnis" halten. Unumstritten aber ist, daß sie die einzige Regionalorganisation mit operativen Fähigkeiten ist. Damit wird zugleich deutlich, daß die Mehrzahl der Absichtserklärungen solcher Organisationen nicht mehr als Lippenbekenntnisse sein können.

6. Es scheint, daß die Verfasser der VN Charta so etwas vorhergesehen haben müssen, denn die Aufgaben, welche die Charta für Regionalorganisationen vorsieht, sind doch recht begrenzt. Artikel 52.2 sagt: "The Members of the United Nations entering into such arrangements or constituting such agencies shall make every effort to achieve pacific settlement of **local** disputes through such regional arrangements or by such regional agencies before referring them to the Security Council." Das heißt im Klartext, daß Regionalorganisationen sich nur mit "**örtlich begrenzten** Streitigkeiten" befassen dürfen. Dennoch könnte man annehmen, daß solchen Organisationen damit Handlungsfreiheit eingeräumt werde. Artikel 53 sorgt aber dann für klare Zuständigkeit: "Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen **unter seiner Autorität** in Anspruch." Es geht im gleichen Text ohne Unterbrechung weiter: "Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden..." Im Original lautet dieser Passus "But **no** enforcement action shall be taken under regional arrangements or by regional agencies without the authorization of the Security Council..."
7. Damit wird deutlich, daß die VN Charta als das zentrale Dokument des Völkerrechts nach dem Scheitern des Völkerbundes dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übertragen hat. So heißt es explizit im Artikel 24.1 "übertragen ihre Mitglieder (d. h. der VN) dem Sicherheitsrat die **Hauptverantwortung (primary responsibility)** für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit..." Zugleich sind die VN dem Grundsatz friedlicher Streitregelung verpflichtet. So fordert schon die Präambel, übrigens von einem Soldaten, dem berühmten südafrikanischen Staatsmann und General Smuts verfaßt, "**armed force shall not be used, save in the common interest,**" und an vorderster Stelle, als Kapitel I, Artikel 1. Absatz heißt es, "to maintain international peace and security". Der Frieden ist also das Hauptziel der als Lehre aus den Kriegen der 1. Jahrhunderthälfte geborenen Weltorganisation. Dennoch werden Streitkräfte in der VN Charta wiederholt erwähnt, obwohl die Vorstellung quasi eigener VN Truppen 1945, als die Charta verfaßt wurde, ebenso unrealistisch war wie heute.
8. Die Idee friedenserhaltender Maßnahmen mit militärischen Mitteln sucht man in der Charta vergebens. Der 2. Generalsekretär, Dag Hammarskjöld, sprach darum von einem "Chapter VI.5", also zwischen dem Kapitel VI, "Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten" und Kapitel VII, "Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen". General Janvier, ehemaliger französischer Kommandeur der VN Truppen im ehemaligen Jugoslawien nannte es jüngst in New York "Chapitre VI plus plus".
9. Im Juni 1948 wurden erstmalig Soldaten im Namen der VN eingesetzt, als UNTSO zur Waffenstillstandsüberwachung in Palästina. Wenige Tage später starb der französische Commandant Rene de Labarriere in Jerusalem bei der Explosion einer Mine, der erste von mittlerweile mehr als 1550 toten Blauhelmsoldaten. Beinahe 800.000 Soldaten und Zivil-Polizisten haben während der über 50 Jahre in 49 Peace-keeping Operationen der VN gedient. Da die Zahl bewaffneter Konflikte weltweit im gleichen Zeitraum bei 150 und mehr liegt, wird deutlich, daß der Sicherheitsrat eher zögerlich über sein eigenes Eingreifen befindet. Das gilt besonders dann, wenn solche Konflikte nicht

zwischenstaatlich, sondern innerstaatlich sind. Dann kommt auch ein eiserner Grundsatz der VN zum Tragen, nämlich das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Mitgliedsstaaten, wie es Artikel 2.7 fest schreibt. Dieses Prinzip hat verhindert, daß Tschetschenien, Nord-Irland, Tibet oder Algerien zum Thema des Sicherheitsrates wurden.

10. Zur Zeit bestehen 17 Friedenseinsätze der VN mit ca. 15.000 Blauhelmen. Weil es sich bei diesen Einsätzen zumeist um intranationale, bürgerkriegsähnliche Szenarien handelt, werden seit 1989 zunehmend "UNCivil Police", also VN-Polizei-Beamte eingesetzt, heute etwa 3.000, die helfen sollen, eine an Recht und Gesetz orientierte Ordnung zu etablieren als Grundlage eines dauerhaften Friedens, auch als Voraussetzung für den Abzug der Blauhelmsoldaten.
11. Unter den bisher 49 Friedensmissionen der VN gibt es keine zwei, die sich gleichen. Aber einige Aspekte solcher Einsätze verdienen Beachtung, weil sie sich vom "normalen" Einsatz von Streitkräften unterscheiden. "Multinationalität" ist das herausragende Kennzeichen aller Einsätze, am besten demonstriert an der Beobachtermission auf der Prevlaka-Halbinsel in Kroatien, an der Grenze zu Montenegro. Dort stehen 28 unbewaffnete Militärbeobachter aus 27 Nationen im Einsatz. Multinationalität ist als politisches Prinzip eine Stärke, weil sie das Engagement einer Vielzahl von VN Mitgliedern widerspiegelt. Operativ aber ist die Multinationalität eine Schwäche. Die VN müssen schwerwiegende Mängel in der Zusammenarbeit überwinden. Probleme gibt es mit Inkompatibilität in den Bereichen Ausbildung und Ausrüstung; schwerer aber wiegen grundsätzliche Differenzen in den Wertvorstellungen, den Disziplinmaßstäben, der Rechtsordnung der entsendenden Staaten. Die auf religiösen Vorschriften beruhenden Probleme in der Versorgung mit Verpflegung für Buddhisten, Mohammedaner, Hindus oder "Western Troops" sind da eher amüsant und nur für die Logistik eine Herausforderung. Nahezu immer ist der VN Einsatz das erste Mal, daß die Blauhelme ihr Heimatland verlassen. Soldaten anderer Armeen kennen viele nur über Kimme und Korn. Internationale Zusammenarbeit bedeutet für sie damit häufig den Beginn eines tiefgreifenden Erziehungsprozesses. Toleranz muß erfahren und gelebt werden. Offiziere müssen ihre oft an feudalistischen oder totalitären Strukturen orientierten Verhaltensweisen aufgeben oder wenigstens mäßigen. Der Respekt für die Menschenwürde ist oft eine neue Erfahrung, auch, daß Frauen Anspruch auf solchen Respekt haben.
12. Zugleich müssen Soldaten sich in Friedenseinsätzen der VN von traditionellen militärischen Regeln wenigstens zeitweilig lösen: Blauhelme haben keine "Feinde". Blauhelme tarnen sich deshalb nicht, sondern müssen sich zeigen; ihre Fahrzeuge sind weiß, ihr Auftreten eher dem entschlossener Polizisten vergleichbar. Dabei sind sie zu Unparteilichkeit verpflichtet und dürfen nur zur Selbstverteidigung von der Waffe Gebrauch machen. Ihr Zeigefinger muß lang am Abzug liegen, nicht zum Abkrümmen bereit darin. Solches Verhalten erfordert gerade von jungen Soldaten neben einem hohen Maß an Selbstdisziplin oft auch ein ebenso hohes Maß an Tapferkeit. Die immer unbewaffneten Militärbeobachter, stets Offiziere, beweisen das in besonderem Maße. Es ist kein Erholungsurlaub, Beobachter in den Bergen Tadschikistans zu sein, in den Schluchten Abchasiens, im erheblich verminten Angola oder in der West-Sahara. Dag

Harranarskjöld hatte wohl Recht, als er sagte, daß Friedenserhaltung keine Aufgabe für Soldaten sei. Aber, fügte er hinzu, nur Soldaten können diese Aufgabe erfüllen.

13. Einige Mitgliedstaaten der VN fürchten, daß ihre Soldaten durch Blauhelmeinsätze "verdorben" werden, weil sie den notwendigen "Killerinstinkt" verlieren. Solche Staaten wollen ""Warriors" haben und betrachten "Peacekeeper" als weich. Andere Länder sehen das ganz anders und berufen erfahrene Blauhelmsoldaten in höchste Führungsverantwortung. So war Finnlands Staatspräsident der VN Missionschef in Namibia, war sein Generalstabschef mehrfach in Peacekeeping-Missionen eingesetzt. Mehr als 40% der Soldaten Uruguays waren schon in Blauhelmeinsätzen, die prozentualen Engagements aller skandinavischen Länder stellen den Rest der Welt in den Schatten, vielleicht mit Ausnahme Kanadas, Fidschis und Nepals. Aber auch Länder wie Jordanien und Argentinien sind sehr engagiert, wenn es um VN Einsätze geht. Die Verabschiedung spanischer Kontingente für internationale Friedensmissionen ist stets ein feierlicher öffentlicher Akt. Dabei erkennen einige VN Mitgliedsstaaten mit nicht ganz lupenreiner demokratischer Vergangenheit, daß ihre Soldaten als bessere Staatsbürger aus solchen Einsätzen zurückkehren. "Peacekeeping" sozusagen als Beitrag zur eigenen Inneren Führung.
14. Während zur "Blütezeit" der VN Friedenseinsätze zeitweilig bis zu 80.000 Blauhelme unter der VN Flagge standen, ist die jetzige Zahl von ca. 15.000 ein solider Wert, der als Größenordnung längerfristig Bestand haben dürfte. Dabei muß man sehen, daß die Zahl der Einsatzgebiete sich kaum verändert hat. 1991/92 waren es 16, heute stehen Blauhelme an 17 verschiedenen Brennpunkten im Einsatz. Für das Department of Peacekeeping Operations in New York macht es keinen großen Unterschied, ob wie in Haiti nur 279 Polizeibeamte aus 11 Ländern eine Mission bilden oder 4.529 Soldaten im Libanon aus zwei Dutzend Entsendestaaten. Der zahlenmäßig größte VN Einsatz der letzten Jahre war UNAVEMIII in Angola mit ca. 7.100 Blauhelmen. Die größten nationalen Elemente darin waren Bataillone. Eine Erkenntnis aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist sicher die, daß VN Friedenstruppen sich eher aus Kontingenten bis zur Größe eines Bataillons zusammensetzen, als aus Divisionen oder Korps. Wenn Konfliktgebiete derart viele Truppen verlangen, u. U. sogar Großverbände, muß der Sicherheitsrat auf eine "Coalition of the willing" hoffen, wie im 2. Golfkrieg 1991/92, oder auf das Engagement eines starken Einzelstaates, wie im Falle der französischen "Operation Turquoise" in Ruanda 1994. Diese Erfahrung mag auch Auswirkung auf die Strukturen nationaler Streitkräfte haben, besonders die Organisation rasch verfügbarer Eingriffskräfte. Hier wird es darauf ankommen, eher deren langfristiges Stehvermögen unter den Bedingungen regelmäßiger Rotation zu bedenken. Das Prinzip von "Marschbataillonen" hatte sich schon bis 1945 als verfehlt erwiesen. Blauhelmeinsätze haben die Richtigkeit damaliger Erfahrungen bestätigt. Manche Mitgliedsstaaten wollen sich mit einem Kontingent an VN Missionen beteiligen, verfügen aber nur über ein einziges geeignetes Bataillon. Der Zwang zur Rotation würde in einem solchen Fall quasi zur Internationalisierung des "Marschbataillon-Prinzips" führen. Das haben die VN nur in sehr seltenen Ausnahmefällen aus politischen Gründen akzeptiert, so mit der Zustimmung zur Eingliederung der ersten estnischen Kompanie in das norwegische Bataillon im Süd-Libanon für nur eine Rotationstour.

15. Hinsichtlich der Ausrüstung und ihres Auftrages hat es für die Blauhelme einige tief greifende Veränderungen gegeben. Ursprünglich, 1948, wurden nur unbewaffnete Militärbeobachter eingesetzt, oder bestenfalls sehr leicht bewaffnete Truppe zu Fuß. So konnte man Waffenstillstände überwachen, Zonen und Linien mit Patrouillen kontrollieren oder Kontrollpunkte besetzen. Voraussetzung war immer der Konsens aller Konfliktparteien. Wenn dieser im Verlauf eines Einsatzes nicht mehr gegeben war, sahen sich die Blauhelme außerstande, im laufenden Einsatz ihre Ausrüstung zu verstärken und die dazu notwendige Ausbildung nachzuholen. In Völkerrechtskategorien ausgedrückt, war es unmöglich, von einem Kapitel VI-Mandat auf ein Kapitel VII-Mandat zu eskalieren. Die Probe auf solches Exempel wurde leider auf den Schultern der Blauhelme in Somalia und besonders in Bosnien erbracht und mit Blut bezahlt. (Srebrenica ist ein erschütterndes Symbol dafür geworden.)
16. Umgekehrt aber ist eine starke Truppe jederzeit in der Lage, ihre Mittel moderat einzusetzen. Das bewiesen als erste die Dänen, als sie gegen den Willen der VN ihre Blauhelme in Tuzla mit Kampfpanzern Leopard I ausstatteten. Deren entschlossenes Auftreten hatte eine stabilisierende Wirkung und motivierte zugleich die benachbarten Blauhelmkontingente, z. B. aus Schweden. Vergleichbar war der entschlossene Einsatz der britisch-französisch-niederländischen "Rapid Reaction Force" 1995, der die bosnischen Serben schließlich an den Verhandlungstisch in Dayton/Ohio brachte. Der Umfang und die Ausstattung der dort beschlossenen "Implementation Force" unter NATO-Flagge war eindeutig das Ergebnis der negativen Erfahrungen, die der Sicherheitsrat mit seinen sehr zögerlichen Entscheidungen zuvor gemacht hatte. Es bleibt abzuwarten, ob Historiker je herausfinden werden, warum die handelnden Mächte am Tisch des Sicherheitsrates nicht die gleiche Entschlossenheit gezeigt haben, wie in Dayton. Solche Fragen müßten auch die Finanzminister stellen, denn während VN Einsätze Kostenrückerstattungsansprüche an die VN begründen, sind NATO-Einsätze aus eigenen Mitteln der Truppensteller zu bestreiten.
17. Auch der Sicherheitsrat bewies eine gewisse Lernfähigkeit: So erteilte er dem Generalsekretär das Mandat für eine auf 2 Jahre bemessene Übergangsverwaltung für die kroatischen Donau-Provinzen Ost-Slawonien, die Baranja und West-Syrmien (UNTAES). Dazu genehmigte er eine Truppe von 5.000 Soldaten, obwohl der Generalsekretär sich mit seiner Anforderung an die IFOR-Maßstäbe gehalten und 10.000 gefordert hatte. Nun aber wurde die akademische Zahl "5.000" in eine schwer bewaffnete Truppe übersetzt. Mit mehreren verstärkten Panzergrenadier-Bataillonen, Panzerbataillonen, Artillerie, Kampfhubschraubern, Pionieren wurde erstmalig der Gedanke eines "Robust Peacekeeping" in die Tat umgesetzt. Das ermöglichte "Friedenserhaltung durch Abschreckung". Der Erfolg des Konzepts war überzeugend. Die Wirkung der Kriegsführungsfähigkeit der VN in diesem Gebiet machte es möglich, nach dem ersten Jahr ein ukrainisches Panzerbataillon abzuziehen und durch Infanterie zu Fuß und polnische Spezialpolizei zu ersetzen.
18. Internationale Friedenseinsätze in der jüngsten Vergangenheit, seien es solche unter einem ausschließlichen VN Mandat oder solche, die in Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen stattgefunden haben, wie erstmalig 1993 in Liberia mit ECOWAS, oder in El Salvador und auf Haiti mit der OAS, oder mit der GUS in Georgien und Tadschikistan, oder mit der NATO in Bosnien-Herzegowina beweisen in aller Klarheit,

daß es nicht ausreicht, wenn Politiker Soldaten einen Einsatzauftrag geben. Auch der alte Grundsatz "Si vis pacem, para bellum!" ist überholt. Bevor Politiker in ihren Hauptstädten den Entschluß fassen, im Sicherheitsrat für die Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe in ein Kriegs- oder Bürgerkriegsgebiet zu stimmen, müssen sie wissen, was mit Soldaten erreicht werden kann, und wo ein Militäreinsatz Grenzen hat. Marschflugkörper können keinen Frieden schaffen, es sei denn den des Friedhofes. Luftstreitkräfte können im allgemeinen zwar Macht demonstrieren, aber kaum je Konfliktursachen abbauen. Dazu bedarf es nahezu immer der Präsenz von Menschen auf dem Boden. Das ist nie ohne Risiko möglich. Wer glaubt, das nicht tragen zu können, sollte auch nicht in bewaffnete Konflikte eingreifen. Abschreckend steht vielen hierzu noch der recht leichtfertig begonnene Somalia-Einsatz vor Augen. Dort intervenierten die USA, gestützt auf ein völlig unzureichendes Lagebild. Ihnen folgten die VN mit einem weit überspannten Mandat. Soldaten, noch dazu heterogene ausländische Kontingente ohne wirkliche Kenntnisse von Land und Leuten, können eine von innen zerrüttete Gesellschaft nicht stabilisieren. Sie können bestenfalls einen Beitrag zu den Voraussetzungen für solche Stabilisierung leisten. So muß das Motto für den Einsatz von Soldaten in jedwedem künftigen Konfliktszenario eindeutig lauten "Si vis pacem, para pacem!"

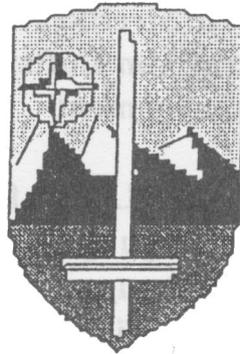
19. Auch in Dayton haben Politiker und Diplomaten relativ klare Vorstellungen von dem beabsichtigten Militäreinsatz der "Implementation Force, IFOR" gehabt. Die notwendigen zivilen Aufgaben dieses Friedenseinsatzes wurden aber weitgehend übersehen. So wurde der Gedanke eines Einsatzes ziviler Polizisten erst als letzte Anlage, Annex 11, an das Dayton-Abkommen angehängt. Da sich für diese Aufgabe kein Freiwilliger fand, wurde sie dem Generalsekretär in absentia zugewiesen. Man hatte ihn bewußt nicht zu der Konferenz eingeladen, obwohl er mit UNPROFOR mehr als 40.000 Blauhelme dort im Einsatz hatte. Nun galt es, mit mehr als 2.000 Zivil-Polizisten der IPTF (International Police Task Force) den bisher größten internationalen Polizei-Einsatz zu organisieren. Auch in anderen Bereichen mußten und müssen NATO, SFOR und daneben Organisationen wie OSZE und EU erheblich nachbessern. Man hatte in vielen Bereichen einfach zu kurz gegriffen. Über dem "Peacekeeping", das man Soldaten übertrug, die das auch effizient bewerkstelligen, hatte man das "Peacebuilding" vernachlässigt, ohne das kein stabiler Friede geschaffen werden kann. Hierbei geht es darum, das Vertrauen der Menschen im Kriegsgebiet in eine an Recht und Gesetz orientierte künftige Gesellschaftsordnung zu erwerben. Die zuverlässige Verhinderung von Willkür von Polizei, Behörden und Armee gehört ebenso dazu wie das Verhindern gegenseitiger Racheakte der Konfliktparteien. Es ist klar, daß Soldaten, zumal ausländische, hier nur eine unterstützende Funktion haben können. Ihre Anwesenheit ist aber für eine zeitlich nicht eindeutig zu bemessende Periode unverzichtbar, gleicht ihr Wirken doch dem eines Katalysators, ohne den die gewünschte Reaktion nicht erfolgt. Politiker, Regierungen müssen deshalb wissen, daß die Dauer der Entsendung von Friedenstruppen nicht mit Stoppuhr oder Kalender bestimmt werden sollte, sondern an einem zu definierenden Endstatus gemessen werden muß.
20. Wenn die Regierungen der 185 Mitgliedsstaaten der VN ihre Verpflichtung ernst nehmen, den VN Truppen für Aktionen zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zur Verfügung zu stellen, wäre es wünschenswert, wenn sie die

Lehren aus den bisherigen "Friedenserhaltenden Maßnahmen" unter der Flagge der VN in entsprechende Vorbereitung ihrer Kontingente umsetzen würden. Die Unterzeichnung eines "Stand-by-Forces Agreement" zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und dem VN Sekretariat sollte der formale Abschluß solcher Vorbereitung sein. Immerhin haben bis heute schon ca. 70 Länder derartige Abkommen geschlossen; ein ermutigendes Zeichen dafür, daß auch im 21. Jahrhundert Soldaten für multinationale Friedenseinsätze der VN in aller Welt zur Verfügung stehen werden.



Generalmajor a.D. Manfred Eisele beim Vortrag

Kommandeur
1. Luftwaffendivision
Generalmajor Walter Jertz



Rede anlässlich des
5. internationalen
Sicherheits- Verteidigungspolitischen
Kongresses
vom 23. - 24. Oktober 1998
in Karlsruhe

zum Thema:
Die Luftwaffe im 21. Jahrhundert
Aufgaben und Anforderungen
an die technische Entwicklung

Es gilt das gesprochene Wort

Die Luftwaffe im 21. Jahrhundert - Aufgaben und Anforderungen an die technische Entwicklung

Einleitung

1. Standortbestimmung

1.1. Sicherheitspolitische Einleitung

1.1.1. Veränderte Streitkräftestrukturen und Fähigkeiten

1.1.2. Der Beitrag von Luftstreitkräften zum Krisenmanagement

1.2. Kräfte und Mittel der Luftwaffe

1.2.1. Einsatzbefähigung der Luftwaffe

1.2.2. Rüstungsplanung

1.2.3. Beschaffungspläne der Luftwaffe ab 1999

2. Das 21. Jahrhundert

2.1. Sicherheitspolitische Entwicklungslinien

2.1.1. Rußland

2.1.2. China

2.1.3. Europa

2.1.4. Zusammenfassung

2.2. Militärisch bedeutsame Technologieentwicklungen bis 2020

2.2.1. Die Bedeutung des zivilen Sektors

2.2.2. Technologische Entwicklungsfelder

2.3. Umsetzung der Technologien in militärische Fähigkeiten

2.3.1. Aufklärung

2.3.2. Führung

2.3.3. Daten- und Informationsverarbeitung

2.3.4. Waffen

2.3.5. Massenvernichtungswaffen (MVW)

2.3.6. Nicht-Lethale-Waffen (NLW)

2.4. Entwicklung der Luftfahrzeuge

2.4.1. Das Flugzeug der Zukunft

2.4.2. Die unbemannten Luftfahrzeuge

2.4.3. Perspektiven

3. Streitkräfte im Informationszeitalter

3.1. Entwicklungen in den U.S.A.

3.2. Die technologische Abkopplung („technology disconnect“)

**Thema: Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des
21. Jahrhunderts**

**Die Luftwaffe im 21. Jahrhundert -
Aufgaben und Anforderungen an die technische Entwicklung.**

Anrede, Begrüßung,...

Einleitung

Ich bedanke mich für die Einladung und freue mich, über das Thema „Die Luftwaffe im 21. Jahrhundert - Aufgaben und Anforderungen an die technische Entwicklung“ vor einem fachkundigen Zuhörerkreis referieren zu können.

Allerorten redet man über den Aufbruch und Umbruch. Bei vielen Nichtkennern der Streitkräfte herrscht allerdings der Eindruck, daß bei uns Soldaten noch immer die Suche nach einem „Feindbild“ die beherrschende Größe sei. Daß dem nicht so ist, wissen Sie als „Insider“ genauso gut wie ich.

Ich bin ein Anhänger der Denkschule der sagt, daß man die Gegenwart erst dann versteht, wenn man weiß woher man kommt. Dieses ist meiner Meinung nach um so wichtiger, wenn man versucht gegenwärtige Entwicklungslinien in die Zukunft zu projizieren.

Deshalb möchte ich im ersten Teil zunächst eine Standortbestimmung durchführen. Diese wird mit den zur Zeit in der Beschaffung befindlichen Waffensystemen und Vorhaben abschließen.

Anschließend werde ich einen Blick in das nächste Jahrhundert werfen. Da ich keine hellseherischen Fähigkeiten besitze, jedoch einen seriösen Eindruck hinterlassen möchte, werde ich mich in einen Zeitraum bis ins Jahr 2020 vorwagen. Einen weiteren Blick lassen jetzige Entwicklungslinien nicht zu, ohne in Bereiche vorzudringen, die ins spekulatorische abgleiten.

Weiterhin werde ich den Blick über den Rahmen der Luftwaffe hinaus, auch auf andere Bereiche richten.

1. STANDORTBESTIMMUNG

1.1. Sicherheitspolitische Einleitung

Nach dem historischen Umbruch in Mittel - und Osteuropa gehörte die politische Ordnung des Kalten Krieges der Vergangenheit an. Durch die Verbindung der deutschen Einheit mit den Fortschritten in der europäischen Einigung und den Erfolgen der Rüstungskontrolle hat sich die Sicherheitslage - *besonders in der Mitte Europas* - grundlegend verbessert.

Insgesamt wächst die Zahl instabiler Regionen in Europa, Asien und Afrika. Die Bereitschaft, militärische Mittel einzusetzen nimmt vielerorts zu. Die Entwicklung von Risiken und der Verlauf von Krisen und Konflikten lassen sich weder exakt Voraussagen noch in ihren Folgen beurteilen.

Als Konsequenzen der veränderten Sicherheitslage gilt:

- 1. Die Gefahr eines gegen ganz Europa gerichteten Angriffes, der Deutschlands Existenz gefährdet, ist äußerst gering. Um eine derartige Operation vorzubereiten und zu nähren, wäre eine Vorbereitungszeit von mehr als einem Jahr erforderlich.**
- 2. Die Wahrscheinlichkeit regional begrenzter, kollektiver Verteidigung durch die NATO nach Artikel 5 des NATO- Vertrages ist etwas größer, sie könnte allerdings eher an den Flanken, denn in der Zentralregion eintreten.**
- 3. Deutlich wahrscheinlicher sind Einsätze im Rahmen von VN oder OSZE sein, die die NATO als Bündnis einbinden und die in der Regel außerhalb des NATO-Vertragsgebietes stattfinden. An diesen Operationen dürften sich Truppen einer von Fall zu Fall wechselnden Zahl von NATO-Partnern ebenso beteiligen wie Truppen von Nicht-NATO-Staaten. Der Einsatz multi - nationaler Streitkräfte im Rahmen der Friedensbemühungen im ehemaligen Jugoslawien sind ein aktuelles Beispiel.**

1.1.1. Veränderte Streitkräftestrukturen - und Fähigkeiten

Auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen müssen alle TSKs- auch strukturell an die neuen Bedingungen angepaßt sein.

Führungs - und Truppenstrukturen müssen so gestaltet sein, daß sie mit einer Struktur die gesamte Bandbreite militärischer Operationen abdecken können.

Die Streitkräfte werden dieser veränderten Gesamtsituation angepaßt, indem sie kleiner und flexibler werden.

Um auf ein breites Spektrum von Krisen reagieren zu können, erhalten die konventionellen Streitkräfte eine gesteigerte Beweglichkeit. Dabei werden sie so strukturiert, daß sie sowohl zur Krisenbewältigung, als auch zur Verteidigung in der Lage sind, wenn nötig mit Hilfe zum flexiblen Aufwuchs.

Außer der Struktur ist weiterhin für die Streitkräfte entscheidend, über welche Fähigkeiten sie künftig als Instrument der Außen - und Sicherheitspolitik Deutschland verfügen sollen.

- **Die grundlegende sicherheitspolitische Fähigkeit ist zunächst, die Fähigkeit zur Landes - und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, weiterhin,**
- **die Fähigkeit zur Mitwirkung im Rahmen multinationaler Krisenbewältigung von NATO und WEU, sowie**
- **die Fähigkeit zur angemessenen Beteiligung an Einsätzen der VN und der OSZE auf der Grundlage der VN Charta und des Grundgesetzes.**

Für die Luftstreitkräfte ergeben sich im speziellen folgende Fähigkeiten...

- **Luftstreitkräfte müssen über Aufklärungsfähigkeiten verfügen, die es erlauben , rechtzeitig Indikatoren für eine Bedrohung Deutschlands und des Bündnisses zu erkennen.**
- **Luftstreitkräfte müssen, nach voller Ausnutzung der verfügbaren Vorbereitungszeit für die Mobilmachung in der Lage sein, zusammen mit den Bündnispartnern, Deutschland gegen den zur Zeit unwahrscheinlichen Fall eines Angriffs gegen sein Territorium zu schützen.**

Daraus abgeleitet ergibt sich der Auftrag für die Krisenreaktionskräfte der Luftwaffe

- **Landesverteidigung**
- **Bündnisverteidigung Art. 5**
- **Einsätze außerhalb der Bündnisverteidigung (nicht Art. 5)**
- **Humanitäre Hilfe**

1.1.2. Beitrag von Luftstreitkräften zum Krisenmanagement

Luftstreitkräfte sind für den Kriseneinsatz aufgrund ihrer inhärenten Fähigkeiten besonders geeignet.

In diesem Zusammenhang und bevor ich auf die Kräfte und Mittel der deutschen Luftwaffe eingehe, möchte ich zunächst die besondere Bedeutung von Luftstreitkräften für das Krisenmanagement herausstellen.

Militärische Macht ist dann wirkungsvoll, wenn sie vor Ort des Kriegsgeschehens projiziert wird und ihr möglicher Gebrauch glaubwürdig mit den politischen Zielsetzungen des Entsenderstaates -oder Gemeinschaft verbunden ist. Sie darf nicht unnötig eskalierend wirken und muß sich lageabhängig verstärken oder zurücknehmen lassen.

Die besonderen Eigenschaften und Fähigkeiten von Luftkriegsmitteln machen sie zu einem der wichtigsten militärischen Instrumente des Krisenmanagements in der Hand der politischen Führung. Ihr Beitrag und Wert läßt sich in fünf Kernsätzen zusammenfassen.

1. *Das günstige Verhältnis von logistischem Aufwand zur politisch-militärischen Wirkung macht Luftstreitkräfte besonders gut geeignet zum Einsatz im Krisenmanagement*

Drohpotential und Einsatzwirksamkeit, beide direkt mit dem politischen Signal der Stärke und Entschlossenheit verbunden, sind in Relation zum Ansatz von Personal und Material außerordentlich hoch. Die Einsatzbereitschaft kann binnen kürzester Zeit hergestellt werden. Niedriger Personal - und Materialbedarf verringern den Aufwand der Anschlußversorgung. Ändern sich die Lage oder die politische Zielsetzung, können Luftstreitkräfte in gleicher Weise zurückverlegt werden.

2. *Luftstreitkräfte schaffen die Voraussetzung für den Kriseneinsatz aller Teilstreitkräfte.*

Sie schützen wichtige Objekte und den Aufmarsch der anderen Teilstreitkräfte. Luftaufklärung schafft die Voraussetzung für die Lagebeurteilung, Lufttransport ist Bedingung für schnelle Verlegefähigkeit.

3. *Luftstreitkräfte wirken wegen fehlender Invasionsfähigkeit in einer Krise wenig eskalatorisch.*

Der Kontrahent wird das politische Signal, das von ihrem Einsatz im Rahmen des Krisenmanagements ausgeht, nicht als Existenz gefährdend im Sinne einer möglichen Okkupation interpretieren. Gleichzeitig ist er sich jedoch bewußt, daß seine Absichten durch den Einsatz von Aufklärungs- und Überwachungsflugzeugen nicht im Verborgenen bleiben können und besonders Luftangriffskräfte, mit ihrer Reichweite und Präzision den Preis einer aggressiven Politik sehr hoch machen können.

4. *Luftstreitkräfte sind das Instrument für unvorhergesehene Krisen.*

Geschwindigkeit, Reichweite und vergleichsweise geringer, logistischer Aufwand machen sie besonders geeignet, starke militärische Macht schnell zu projizieren. Luftstreitkräfte können daher der Forderung nach einem frühen Einsatz, gerade bei nicht vorhergesehen Krisensituationen, in besonders effizienter Weise gerecht werden.

5. *Ausgewogen strukturierte Luftstreitkräfte besitzen die zum Einsatz im Krisenmanagement notwendige Flexibilität*

Der Lufttransport ermöglicht die schnelle Verlegung, aber auch den schnellen Rücktransport bei Änderung der Lage. Die Luftaufklärung überwacht und klärt großräumig auf. Die Luftverteidigung schützt das eigene Potential, während der Luftangriff politische Drohungen umsetzen kann. Der Einsatz von Luftstreitkräften kann direkt gegen die strategische Zielsetzung des Kontrahenten gerichtet werden, da hierbei keine taktischen Hürden zu überwinden sind. Die jeweiligen Einsatzschwerpunkte können lageabhängig kurzfristig geändert werden.

1.2. Kräfte und Mittel der Luftwaffe

Im folgenden möchte ich Ihnen das Kräftedispositiv, das zur Wahrnehmung der geschilderten Aufgaben zur Verfügung steht, darstellen.

Die Luftwaffe hat derzeit eine Gesamtstärke von ca. 75 000 Soldaten.

Sie leisten ihren Dienst in ...

- 10 fliegende Einsatzgeschwader (Tornado; F-4F; Mig 29)
- 6 gemischte FlaRakGeschwader (Patriot, Hawk, Roland)
- 2 Radarführungsregimenter
- 3 Lufttransportverbände (C-160, UH ID,)
- 1 Flugbereitschaft
- 2 Fernmelderegimenter
- 1 Fernmeldebereich
- 2 Ausbildungsregimenter
- 6 Schulen
- 6 Versorgungsregimenter

Aus diesen Truppenteilen hat die Luftwaffe folgendes Kontingent zur Krisenreaktionvorgesehen:

- 2 Staffel F-4F / luftgestützte Luftverteidigung
- 2 Staffel Tornado Aufklärer/ECR
- 1 Staffel Tornado Jagdbomber
- 6 Staffel Patriot / Bodengebundene Luftverteidigung
- 4 Staffel Hawk
- 2 Staffel Roland
- Mobiles Führungselement
- Logistische Unterstützungselemente
- erforderliche Transportanteile

Insgesamt beträgt die Stärke 12 300 Soldaten.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß diese klare Trennung zwischen Truppenteilen die für Hauptverteidigungskräfte - und Krisenreaktionskräfte - Aufgaben vorgesehen sind, in der Praxis und auch konzeptionell, nicht so vorgesehen ist.

Ich möchte den Zustand eher als „Kontinuum Luftwaffe“ beschreiben. KRK - HVK Kräfte, sowie die Militärische Grundorganisation bilden als Kontinuum zeitlich abgestuft verfügbare Kräfte einer konzeptionellen Einheit. Teile der HVK müssen KRK nach ergänzender Ausbildung und Vorbereitung ggf. nach flexiblem Aufwuchs, unterstützen, ergänzen, verstärken oder ablösen können.

1.2.1. Einsatzbefähigung der Luftwaffe

Zu ihrer wahrscheinlich jetzt im Raume stehenden Frage, inwieweit wir befähigt sind diese Aufgaben wahrzunehmen, lassen sie mich folgendes sagen.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren und damit meine ich den Zeitraum nach der Wende, wirklich viel geschafft. Wir haben die Bundeswehr von 500 000 Soldaten auf 340 000 Soldaten reduziert und gleichzeitig - vergessen sie das nicht - *gleichzeitig* haben wir die ehemalige komplette NVA aufgelöst, bzw. Teile dieser völlig anderen Armee *erfolgreich* in die Bundeswehr integriert.

Dann haben wir angefangen, aufgrund der beschriebenen sicherheitspolitischen Veränderungen, die Streitkräfte umzustrukturieren.

Auch diese Umstrukturierung haben wir vollzogen. Wir konnten - und das ist mir auch wichtig zu sagen - die anfänglichen Bedenken, daß uns eine Spaltung in eine 2 Klassenarmee ins Hause steht, ausräumen. Das Innere Gefüge unserer Streitkräfte ist fest.

Zu unserer Befähigung das neue Aufgabenspektrum wahrzunehmen will ich nun konkret sagen:

- 1. Designierte Einsatzkontingente der Luftwaffe können im Rahmen der NATO als Reaction Forces AIR eingesetzt werden (Somalia,IFOR/SFOR...).**
- 2. Die nationale Führungsfähigkeit ist sichergestellt.**
- 3. Die logistische Einsatzunterstützung ist gewährleistet.**
- 4. Das Objektschutzbataillon der Luftwaffe trägt erheblich zur Überlebensfähigkeit unserer Einsatzkontingente bei.**

1.2.2. Rüstungsplanung

Natürlich heißt das nicht, daß wir alle unsere Ziele erreicht haben. Wir müssen insbesondere im Ausrüstungsbereich weitere Anstrengungen unternehmen, um dem Auftrag gerecht zu werden.

Wir sind auf dem Wege den investiven Anteil des EP1 14 von derzeit 24% auf 30% zu heben, um damit *-dauerhaft-* die Modernisierung der Streitkräfte zu gewährleisten. Wir werden dieses Ziel, soweit sich an der Planung durch Änderung der Rahmendaten nichts ändert, etwa 2002 erreichen.

Dieses Ziel werden wir übrigens nicht allein dadurch erreichen, daß wir einfach durch den Zuwachs von finanziellen Mitteln das bestehende Finanzloch stopfen. Wir sind dabei - wie jedes Unternehmen auch - interne Optimierungsmaßnahmen zu verwirklichen, welche einen wirtschaftlicheren Umgang mit den knappen Ressourcen zum Ziel haben (KL V,T aC,KLR,KVP).

1.2.3. Beschaffungsprogramme der Luftwaffe ab 1999

Um die Frage nach bestehenden Ausrüstungsvorhaben zu beantworten möchte ich mit der Bewertung des Bundeswehrplanung 1999 den ersten Teil meiner Rede, die Standortbestimmung abschließen.

- Mit der Einnahme der neuen Organisationsstruktur hat die Luftwaffe die Voraussetzungen für eine gesicherte Aufgabenerfüllung geschaffen. Die endgültige Realisierung der vorgesehenen Stationierung gestaltet sich jedoch aufgrund der besonderen infrastrukturellen Bedingungen in den neuen Bundesländern als schwierig.**
- Die Führungsfähigkeit der Luftwaffe im nationalen Bereich und im Bündnis wird durch das Mobile Führungssystem der Luftwaffe, den weiteren Ausbau des FhrgsInfoSystem Eifel, sowie Verbesserungen im Bereich der Funk- und Fernmelde Systeme ab 2004 deutlich gesteigert.**
- Als Führungskomponente wird das SAMOC ab 1999 die taktische Führungsfähigkeit der FlaRak WaSys im nationalen und multinationalen Verbund steigern.**
- Die Flugsicherheit wird kurzfristig durch ein Erkennungssystem und ein Kollisionswarngerät verbessert (Tupolew-Unfall).**

- Die taktische Aufklärungsfähigkeit der Luftwaffe wird im Rahmen der Beschaffung der Aufklärungsbehälter Tornado u.a. durch eine verbesserte Kamera kurzfristig an neueste Erkenntnisse angepaßt.
- Bis 2006 erfolgt mit der Beschaffung von EloAufkl-Sensoren, Radarsensoren und elektro-optischen Sensoren ein wesentlicher Schritt zur Multisensorfähigkeit der luftgestützten Aufklärung.
- Der planerische Einstieg der Luftwaffe in die Aufklärung mittels unbemannter Aufklärungssysteme (UAVs) ist ab 2007 vorgesehen. Den Investitionen in diesem Zukunftsfeld wird in den nächsten Planungszyklen ein größeres Gewicht beigemessen werden.
- Noch unsicher ist die Fortentwicklung im Bereich der raumgestützten sowie der operativen, abstandsfähigen Aufklärung, für die der Luftwaffe die Pilotfunktion übertragen wurden. Während die Beteiligung am deutsch/französischen Aufklärungssatelliten bei uns derzeit nicht finanzierbar ist, unterliegt das „Allied Ground Surveillance System“ (AGS) einem gewissen Realisierungsdruck seitens der NATO, die eine beschleunigte Schaffung einer eigenen Fähigkeit vorsieht.
- Mit dem Eurofighter als Mittel der luftgestützten LV einschließlich der zugehörigen, dem modernen Bedrohungsspektrum gegnerischer LV Systeme angepaßten Luft/Luft Bewaffnung mittlerer Reichweite und kurzer Reichweite werden, ab 2002 beginnend, die derzeitigen Schwächen der fliegenden LV abgebaut.
- Im Bereich der bodengebundenen LV wird mit der geplanten Kampfwertanpassung der Einstieg in eine leistungsfähige Flugkörperabwehr geschaffen. Ihr Ausbau erfolgt voraussichtlich 2005 mit der Beschaffung des hochmobilen taktischen Luftverteidigungssystems (TLVS/MEADS), mit dem dann die Bekämpfung aller Zielkategorien im niedrigen und mittleren Höhenbereich optimiert werden soll.
- Angesichts des derzeit noch nicht konkret absehbaren weiteren Programmverlaufs TLVS/MEADS, gewinnt die Schaffung einer Erstbefähigung zur Flugkörperabwehr durch PATRIOT erheblich an Bedeutung.

Wichtige Vorhaben im Bereich des Luftangriffs sind Maßnahmen zur Erhöhung der Präzisions - und Abstandsfähigkeit des WaSys TORNADOS.

- **Die Ausstattung mit LASER - Zielbeleuchtungsgeräten und lasergesteuerten Präzisionswaffen ermöglicht ab 1999 eine Steigerung der Präzisionsfähigkeit mit besonderer Bedeutung für Einsätze im erweiterten Aufgabenspektrum. Mit der Modernisierung der veralteten Avionik und der Einrüstung präziser, bodenunabhängiger Navigationssysteme (LINS, GPS) werden hierzu kurzfristig die Voraussetzungen geschaffen.**
- **Mit der modularen Abstandswaffe „TAURUS“ wird die Luftwaffe ab 2001 beginnend, die volle Befähigung zum abstandsfähigen Kampf gegen Punkt und Flächenziele erreichen.**
- **Durchsetzungsvermögen und Präzisionsfähigkeit zum Niederhalten der gegnerischen Luftverteidigungssysteme werden durch Modifizierung des LFK „HARM“ zwischen 1999 und 2007 sowie weiteren Beschaffungen im Bereich Selbstschutz/EloKa gesteigert.**
- **Auf der Langstrecke ist der Ersatz der beiden letzten B-707 durch zwei weitere A-310 vorgesehen; 4 Airbusse sollen dann zu kombinierten Passagier-Frachtflugzeugen umgerüstet werden. Die Ausstattung dieser Lfz mit Betankungskits wird sich wegen unerwarteter Kostensteigerungen nicht wie ursprünglich geplant realisieren lassen. Entscheidungen zur weiteren Vorgehensweise sind abhängig von Verhandlungsergebnissen mit der Industrie.**
- **Auf der Mittelstrecke kann der Bedarf aufgrund der ausreichenden Lebensdauer von C-160 Transall noch gedeckt werden. Dieses System erfährt durch Verbesserungen in der Selbstschuttfähigkeit und der Navigationsgenauigkeit, sowie der Ausrüstung von INMARSAT-Anlagen eine den veränderten Einsatzbedingungen angepaßte Leistungssteigerung.**
- **Auf der Kurzstrecke ersetzt der Mehrzweckhubschrauber „NH-90“ in der Logistik und in der sanitätsdienstlichen Versorgung, insbesondere beim Verwundetentransport, den Transporthubschrauber UH-1D.**

Die Fähigkeit zur weiträumigen, schnellen Verlegung von Krisenreaktionskräften erfordert langfristig die Beschaffung eines „Future Transport Aircraft“, für das finanzplanerische Vorsorge getroffen ist. Dieses System ersetzt gleichzeitig die altersbedingt auszuphasende C-160 Transall. Inwieweit Kooperationsüberlegungen von „Airbus Industries“ mit „ANTONOV“ Auswirkungen haben werden, bleibt noch abzuwarten.

2. Das 21. Jahrhundert

2.1. Sicherheitspolitische Entwicklungslinien

Nachdem ich diese Standortbestimmung durchgeführt habe will ich versuchen zu erläutern wohin die weitere Entwicklung gehen könnte. Der Rahmen bestimmt das Bild. Lassen sie mich noch einmal den Rahmen skizzieren.

Zunehmende Verarmung, wachsender Bevölkerungsdruck, Verschlechterung der Umweltbedingungen. Dies sind Dinge die wir tagtäglich erleben. Und die Situation nimmt an Schärfe zu. Das Stichwort Globalisierung beschreibt u.a. sich verschärfenden Wettbewerb mit ganz konkreten Auswirkungen auch auf unseren Arbeitsmarkt oder global operierende multinationale Konzerngiganten, welche scheinbar auch durch nationale Regularien nicht mehr zu kontrollieren sind. Die Welt ist im wirtschaftlichen Bereich auf das engste untereinander verbunden. Die Wechselbeziehungen der Börsen und der internationalen Finanzmärkte werden in diesen Tagen ganz konkret für jedermann spürbar.

Wir erleben wachsende Prosperität in den aufstrebenden Wirtschaftszentren bei gleichzeitiger wachsender Armut und z.T. hoffnungslosen Bedingungen in anderen Regionen der Welt. Auf der einen Seite werden Überlegungen getroffen sein Monatseinkommen von 14000 S zu verdoppeln, während man in z.B. afrikanischen Staaten gerade 14 \$ / Monat erwirtschaftet.

Globale neue Machtzentren werden entstehen. Bisher im Vordergrund stehende alte Machtzentren könnten zumindest an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren.

**Wie könnten sich die derzeitig erkennbaren Entwicklungslinien fortsetzen?
Welche Schlüsse lassen sich auf die Sicherheitspolitik ziehen?**

Ich möchte kurz die Regionen beschreiben, die sich aus heutiger Sicht schon in Transformationsprozessen befinden, oder erste Anzeichen darauf hindeuten.

2.1.1. Rußland

Die derzeitigen inneren Verhältnisse in Rußland sind schwierig. Die Konsolidierung kann vielleicht eine Generation dauern. Dennoch glaube ich, daß Rußland eine Supermacht bleiben wird.

Als heute Morgen an der pazifischen Ostküste in den äußersten Zipfeln Sibiriens die Sonne unterging, da ging sie in St. Petersburg gerade auf. Rußland ist ein riesenhaftes Land mit Bodenschätzen, die nur zum Teil bisher bekannt sind und ausgebeutet werden. In diesem Land stecken unglaubliche Reserven.

Und die Mittel der Macht sind auch heute noch nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch militärischer und geostrategischer Art.

Im geostrategischen Zusammenhang, spielt die riesenhafte Landmasse eine große Rolle sowie die Tatsache, daß Rußland sehr viele Nachbarn hat. China ist für Rußland ein wichtigerer Nachbar als für Polen, dann gibt es noch Kasachstan und die anderen zentralasiatischen Republiken, die Türkei,- außerdem gibt es ungelöste Probleme mit Japan.

Rußland wird in all diesen Verhältnissen eine außenpolitische Rolle von Weltmachtqualität spielen, da habe ich gar keinen Zweifel.

2.1.2. China

China ist schon eine Weltmacht, wegen seiner Bevölkerungszahl von derzeit 1.2 Milliarden, aber auch wegen seiner Wirtschaftskraft. Der fortschreitende wirtschaftliche Aufschwung ist an den Küstenregionen Chinas schon deutlich zu spüren. In 20 Jahren wird die Export - und Importleistung so groß sein wie diejenige Japans. Nicht als pro Kopfleistung, aber als Aggregatzustand. In dreißig Jahren wird sie diejenige Amerikas erreicht haben.

Das chinesische Interesse wird es sein, diesen Aufschwung zu konsolidieren und ihn besonders auf das weite und im Augenblick noch relativ schwach entwickelte Hinterland, auszudehnen.

Eine ähnliche Entwicklung könnte auch Indien nehmen. Indien ist ein demokratisches Land mit 900 Mill. Einwohnern. Es verfügt über eine funktionierende Bürokratie und Rechtssicherheit, was mit eine wichtige Voraussetzung für ausländische Investitionen ist.

2.1.3. Die Europäische Union

Die E.U. wird zu Anfang des nächsten Jahrhunderts erweitert sein. Der Euro ist eingeführt und sichtbares Symbol des fortschreitenden Einigungsprozesses. Der europäische Wirtschaftsraum wird dann ein größeres Sozialprodukt erwirtschaften als die USA. Der EURO wird eine ebenso große Bedeutung wie der amerikanische Dollar haben.

Über die Europäische Union werden die einzelnen Nationalstaaten der Union wirksam ihre Interessen in der neu entstehenden globalen Mähtekonstellation vertreten können. Denn einzeln, auf sich allein gestellt, werden selbst die ehemalg großen Staaten keine Rolle mehr spielen, die es ihnen erlaubt, ihre Interessen zu vertreten. Diese müssen sie gemeinsam vertreten, sonst werden sie nicht vertreten.

Aus diesem Grunde wird sich wahrscheinlich auch der politische Einigungsprozess weiterentwickeln und gibt damit positive Impulse auf die weiter zu entwickelnde gemeinsame Außen - und Sicherheitspolitik der E.U..

An den Eckpunkten der bisherigen Verteidigungs - und Sicherheitspolitik wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern.

Die NATO wird immer noch von großer Bedeutung sein. Ihre Mitgliederzahl hat sich vergrößert. Polen, Tschechien und Ungarn sind aufgenommen und fest integriert. Die NATO hat über das PfP-Programm ihre Kontakte zu den ehemaligen WP Staaten weiter verfestigt. Die NATO wird ein wichtiges Element der transatlantischen Bindung bleiben.

2.1.4. Zusammenfassung

Die Welt rückt näher zusammen , gleichzeitig nehmen jedoch die Zentrifugalkräfte aufgrund des härter werdenden Verteilungskampfes zu.

Die Qualität des zur Verfügung stehenden Lebensraumes wird weiter abnehmen und die Begrenztheit der Ressourcen wird immer mehr ins Bewußtsein dringen und zur Motivation der internationalen Akteure werden.

Spezifische Interessenlagen der Industriestaaten (Rohstoffe) könnten in Zukunft zur Erweiterung des bereits vorhandenen Konfliktspektrums führen. Aus der Sicht der hochentwickelten Staaten ist deshalb mit einer anhaltenden Gefährdung der Stabilität zu rechnen.

Die sicherheitspolitischen Forderungen, die sich ergeben, müssen unter den Bedingungen des einsetzenden Informations - und Kommunikationszeitalters angegangen werden. Sie verhindern einerseits, daß manche Industriestaaten sich aus ihrer Verantwortung abkoppeln können und ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgen, andererseits ermöglichen die neuen technologischen Voraussetzungen auch Modifikationen der Sicherheitskonzepte.

Konkret bedeutet dies, daß der unverkennbaren Regionalisierung der Krisenherde eine Globalisierung des Krisenmanagements und des interaktiven Handelns gegenüber steht.

Beide Maßnahmenkategorien werden durch die zunehmenden Verflechtungen unterschiedlicher Aktionsebenen bedingt (z.B. Handels -und Finanzsektor). Die Bedeutung ganzheitlicher Ansätze wird angesichts der weltweiten Auswirkungen dieser Einflußfaktoren generell zunehmen. Daher wird auch der Ausgewogenheit und Qualität von Rüstungsdispositiven eine Schlüsselrolle zukommen.

Die unsicheren Planungsbedingungen ohne spezifische Opponenten werden somit vor dem Hintergrund reduzierter Verteidigungsbudgets und angesichts sich weiter wandelnder multinationaler Strukturen zu einem zentralen Problem jeder Verteidigungsplanung entwickeln. Trotzdem muß die Planung auf eine große Variationsbreite möglicher Risiken vorbereiten.

2.2. Militärisch bedeutsame Technologieentwicklungen bis 2020

Die technologischen Entwicklungen werden hinsichtlich ihrer Schwerpunkte und des jeweiligen Ausprägungsgrades vor allem von den politischen Rahmenbedingungen gekennzeichnet.

Bestimmende Faktoren sind u.a. unterschiedliche Szenarien, die Diversifizierung der jeweiligen ökonomischen und militärischen Basis der sicherheitspolitischen relevanten staatlichen und nicht staatlichen Akteure und der jeweilige staatliche Wille zur Umsetzung der verfügbaren Technologien in militärische Anwendungen.

Gleichwohl lassen sich gesicherte Aussagen zur Entwicklung und Verfügbarkeit militärisch wichtiger Technologien treffen. Inwieweit diese neuen Technologien später operationalisiert werden und die zukünftigen Konfliktverläufe tatsächlich bestimmen ist jedoch schwer vorherzusagen.

2.2.1. Die Bedeutung des zivilen Sektors

Weiterhin ist festzustellen, daß aufgrund der weltweit zunehmenden Verflechtungen der Wirtschaftsinteressen und des wachsenden Bedarfs an hochtechnologischen Komponenten in Industrie und privatem Konsumbereich, der zivile Bedarf den militärischen als Treiber für Spitzentechnologien in immer mehr Technologiefeldern verdrängt.

Der militärische Bedarfsträger, insbesondere in den USA, war der „technology driving factor“ im Rüstungswettlauf. Ich rufe in Erinnerung den Wettlauf um den Mond oder die SDI Initiative der Reagan Regierung.

Der Ansatz ist nun ein völlig anderer! Der zivile Bedarf verdrängt den militärischen als Treiber für Spitzentechnologie in immer mehr Technologiefeldern.

Eine wichtige Folge der neuen Situation ist, daß ein steigender Anteil der Technologien sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke nutzbar wird. Trotz der steigenden Bedeutung ökonomischer Interessen für das Zustandekommen von Entwicklungsschüben, wird aber auch der militärische Bedarf weiterhin Impulse geben.

Insbesondere dort, wo wie in den USA hoch innovative militär - strategische Schwerpunktesetzungen stattfinden. Sie bewirken die wesentlichen Fortschritte vor allem in denjenigen Technologien, die vom zivilen Bedarf weniger betroffen sind.

Dieser Punkt ist meiner Meinung nach wichtig, weil daraus Folgen entstehen könnten, die weit über den Rüstungsbereich hinaus strahlen. Ich werde am Ende des Vortrages darauf noch einmal zurück kommen.

2.2.2. Technologische Entwicklungsfelder

Die größte Dynamik scheint sich auf den Feldern der Elektronik, Optronik und Computertechnik abzuzeichnen. Hierzu liefern die Werkstoff - Fertigungs - und Verfahrenstechniken sowie die Mikro - und Nanotechnologien die notwendigen Voraussetzungen.

Aus dieser Dynamik sind beträchtliche Leistungsverbesserungen für militärische Anwendungen aller Art absehbar. Unmittelbar betroffen davon sind die Aufklärung, die Informationsgewinnung, Kommunikation; Navigation, Feuerleitung, Raumfahrt und Avionik. Aber auch im Bereich der Flugkörper und der intelligenten Munition sind weitere Fortschritte zu erwarten.

Durch leistungsfähigere, kleinere und in Massenfertigung auch billigere Komponenten erschließen sich aber auch weitere Leistungssteigerungen und neue Fähigkeiten auf den Gebieten Waffen und Träger.

Daneben zeigen auch andere Technologiefelder eine wachsende Dynamik. Besondere Leistungssteigerungen werden z.B. auch auf den Gebieten des militärischen Fahrzeug - Luftfahrzeug und Schiffbaus erwartet. Dieses schließt die Tarnung und den Schutz dieser Fahrzeuge mit ein. Für Spitzenleistungen auf solchen, weniger vom zivilen Bedarf bestimmten Gebieten, sind auch künftig starke militärische Impulse erforderlich.

Die wachsenden Möglichkeiten in den verschiedenen Technologien erzeugen im Zusammenwirken immer mehr und immer weitreichendere Synergien. Es entstehen neue und umfangreichere technologische Fähigkeiten. Eine systematische Nutzung dieser Möglichkeiten für die militärische Rüstung muß einerseits die durch die Kommerzialisierung bestimmten Schwerpunktsetzungen, andererseits die rascheren Innovationsläufe in den technologischen Entwicklungen mit Schlüsselfunktionen berücksichtigen.

Das Stichwort, welches die Lösung dieser Herausforderung darstellt heißt „growth potential“. Wir können es uns nicht mehr leisten, ein Jagdflugzeug nach einer Nutzungszeit wie bei dem Starfighter von 10 Jahren auf den Schrott zu stellen. Allein die Einführungsphase vom ersten bis zum letzten Eurofighter wird fast 10 Jahre in Anspruch nehmen. Das Waffensystem ist so ausgelegt, daß Innovationsschübe inkorporiert werden können. Das Jagdflugzeug welches morgen vom Band läuft, wird mit dem in 10 Jahren nur äußerlich vergleichbar sein. Die Softwarepflege, Wartung etc. wird in naher Zukunft von sehr großer Bedeutung sein.

2.3. Umsetzung der Technologien in militärisch nutzbare Fähigkeiten.

Welche konkreten Fähigkeiten lassen sich daraus für uns ableiten?

Der Beitrag der Technologien zu den militärischen Anwendungen wird auf die technischen Systemklassen Aufklärung, Führung, Waffen und Träger sowie auf die Gebiete der Massenvernichtungswaffen und der nicht-letalen Waffen bezogen.

Im folgenden werde ich die Auswirkungen auf jede Systemklasse beschreiben. Ich beginne mit der Aufklärung.

2.3.1. Aufklärung:

Leistungszuwächse auf diesem Gebiet ergeben sich insbesondere durch ein intelligentes Zusammenwirken von leistungsgesteigerten und neuen Sensoren. Der Verbund von Kombinationen aus optischen, elektromagnetischen, akustischen und magnetischen Sensoren ermöglicht es grundsätzlich, die Begrenzungen einzelner Sensoren zu überwinden.

Bei den einzelnen Sensoren ergeben sich Verbesserungen hinsichtlich ihrer Reichweite und Auflösung, der Verringerung ihrer Größe, ihres Gewichtes und des Energiebedarfs. Weiterhin durch eine Vergrößerung ihres jeweiligen Erfassungsspektrums.

Dadurch werden vielfältige militärische Anwendungen unterstützbar, wie die Entdeckung von Raketenstarts, Raumüberwachung über längere Zeit, Zielentdeckung und Identifizierung, Hinderniswarnung, SIGINT, und der Entdeckung von getarnten, insbesondere radargetarnten Zielen.

Diese Verbesserungen schaffen auch einen wesentlichen Beitrag für die Umsetzung militärischer Forderungen nach kompakten Sensoren für Waffen und Systeme, Automatisierung von Trägern aller Art, Abstands und Präzisionsfähigkeiten, sowie für Sensorträger Satelliten und unbemannten Luftfahrzeuge.

2.3.2. Führung

Im Bereich der Führung werden die Kommunikationsmittel durch eine intensivere Nutzung des elektromagnetischen Spektrums und durch neue Übertragungsverfahren- und mittel erheblich leistungsgesteigert. Reichweite und Mobilität werden vor allem durch eine extensive Nutzung der Satellitenkommunikation erreicht.

Zur Steigerung der Interoperabilität werden die Übertragungsstandards weiterentwickelt. Verbesserte Sicherheit gegen Aufklärung und Störung wird durch komplexe Verfahren und Verschlüsselungstechniken erreichbar, die sich auf wachsende Rechnerleistungen abstützen.

2.3.3. Daten und Informationsverarbeitung

Hier werden Fortschritte durch gesteigerte Leistungen der Rechnerkapazitäten nutzbar werden. Konkrete Fortschritte sind auf den Gebieten der Simulationstechnik und der virtuellen Realität zu erwarten.

Diese Entwicklung macht sich die Bundeswehr heute schon nutzbar. Gefechtsfeldsimulationszentren für die verschiedensten Waffensysteme sind bereits eingeführt oder sind in der Beschaffung. So wird z.B. ein sehr großer Teil des zu erwartenden Flugstundenaufkommens für den Eurofighter - übrigens sehr zum Leidwesen der Piloten - im Simulator „geflogen“ werden.

Generell möchte ich betonen, daß die Simulationstechnik einerseits Kosten spart und für die Bevölkerung unangenehme Nebeneffekte militärischer Ausbildung verringern kann. Denken sie in diesem Zusammenhang an die gewaltigen Flurschäden welche im Rahmen der großen Herbstmanöver verursacht worden sind.

Andererseits kann man dadurch auch die Ausbildung in manchen Bereichen wesentlich verbessern. Ganz ersetzt wird der Simulator den Umgang mit dem Waffensystem nicht.

Weiterhin ergeben sich aus den Fortschritten im Bereich der Daten -und Informationsverarbeitung, Verbesserungen bei der Planung von Operationen und bei der Entwicklung von Wehrmaterial. Generell wird die Ausbildung sowie die Mensch - Maschine Kommunikation zunehmend erleichtert.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die zunehmende Verwundbarkeit, die durch diese Entwicklungen entstehen, hinweisen. Die Software wird in zunehmenden Maße ein wesentlicher Angriffspunkt für einen potentiellen Gegner sein.

Informationskriegführung ist hier das Stichwort.

Die Begrifflichkeit ist noch nicht eindeutig geklärt. Ich möchte Ihnen auch keine Definition geben, doch wenigstens einige Schlagwörter und Aspekte liefern, um Ihnen zu verdeutlichen, was sich dahinter verbirgt und welche Bedeutung dieses Gebiet mit zunehmender Vernetzung und Softwareabhängigkeit erlangen wird.

Hier einige Aufgaben, die zum weiten Feld der Informationskriegführung zu rechnen sind.

1. *Schutz des eigenen Systems vor unbefugtem Eindringen.*

Dieses erscheint zunächst als „Binse“ ist jedoch natürlich vor dem Hintergrund der eigenen Abhängigkeit von der Software und Datenverarbeitung von großer Bedeutung.

2. *Eindringen in das EDV-System des Gegners zum Zwecke der Aufklärung und Informationsgewinnung.*

Eine wichtige Aufklärungskomponente. Ich weiß sozusagen über welche Rohdaten der Gegner verfügt und kann auf seine zukünftigen Operationen schließen. Das heißt, ohne das sich bei dem Gegner auf dem Gefechtsfeld etwas bewegt, gewinne ich bereits im gegnerischen Planungsprozess die Initiative. Ich denke schneller, handele schneller, gewinne die Initiative über den Gegner und paralysiere ihn.

3. *Manipulation der Gegnerischen Daten.*

Eine direkte Einflußnahme auf den gegnerischen Entscheidungsfindungsprozess wird hiermit möglich. Wenn Sie so wollen eine „offensive Variante dieser Art von Kriegführung.

4. Zerstörung der Daten des Datensystems.

Ich brauche nicht mit einem teuren Waffensystem die gegnerische Luftverteidigung zu durchdringen, um ein Hauptquartier zu zerstören und die Führungsfähigkeit des Gegners zu unterbinden, ich kann es nun mit einem Virus.

Ich beende diesen kleine Exkurs durch den „Cyberspace“. Es sollte ein Schlaglicht sein. Am Ende meines Vortrages komme ich wieder darauf zu sprechen. Kehren wir zurück zu mehr handfesten Dingen.

2.3.4. Waffen

Auf dem Gebiet der Waffen wird allgemein eine Leistungssteigerung bei Reichweiten, Geschwindigkeit, Präzision und Wirkung im Ziel zu verzeichnen sein.

Neue und verbesserte Antriebe können schon kurzfristig die Einführung überschallschneller Lenkflugkörper erlauben. Die hohe Geschwindigkeit solcher Flugkörper verringert die verbleibende Reaktionszeit von Abwehrsystemen und verstärkt das Abwehrproblem.

Mit neuen luftatmenden Triebwerken lassen sich aerodynamische Flugkörper für große Reichweiten mit hohen Überschallgeschwindigkeiten realisieren. Das vergleichsweise einfache Turbostrahltriebwerk eignet sich vornehmlich für Flugzeuge. Es wird aber auch z.B. für die preisgünstige Herstellung von Marschflugkörpern, Boden - Boden Flugkörpern und unbemannten Luftfahrzeugen (UAV), aber auch für die Panzerabwehr angewandt.

Die Gefechtsköpfe aller Typen gewinnen zunehmend die Fähigkeit Sensorinformationen aus den Zielköpfen und Zündern über die Beschaffenheit und das Verhalten des Zieles zur Wirkungsoptimierung einzusetzen. Dadurch läßt sich besonders die Wirkung von Flugkörpern zur Abwehr von Raketen und Geschossen den wachsenden Anforderungen anpassen.

Die militärischen Trägersysteme gestatten in Zukunft einen höheren Grad an Automatisierung, der tendenziell Betriebspersonal für andere Aufgaben freisetzt und fernsteuer- und programmierbare Systeme ermöglicht. Der Trend geht hin zu erweiterter Einsatzflexibilität in unterschiedlichen Aufgaben und Umfeldern, sowie gesteigerter Reichweite und Nutzlast. Die militärische Nutzung von Drohnen wird immer effektiver.

2.3.5. Massenvernichtungswaffen (MVW)

MVW gelten als politische Waffen, obwohl ihr operativer Gebrauch durch manche Akteure auch künftig nicht auszuschließen ist. Die weitere Verbreitung der MVW und weitreichende Trägersysteme läßt sich durch politische wirtschaftliche und militärische Maßnahmen regional und global verzögern, aber nicht verhindern.

Auf absehbare Zeit bleiben ballistische Flugkörper die bevorzugten Trägersysteme für MVW. Schwellenländer haben schon heute Trägersysteme mit Reichweiten von über 1000 km verfügbar. Mittelfristig werden größere Reichweiten von 3000 - 5000 km für möglich gehalten. Die für die Trägersysteme erforderlichen Navigationsysteme ausreichender Genauigkeit gelten mit den eingeführten „dual-use“-fähigen Technologien als verfügbar.

Militärische Abwehrmittel und Maßnahmen gegen die aufwachsenden Risiken durch MVW umfassen passive Schutzmaßnahmen, aktive Schutzmaßnahmen für den Schutz von Objekten und Räumen sowie für das Abfangen von Flugkörpern in den Beschleunigungs- und Anflugphasen.

Die passiven Schutzmaßnahmen bleiben relativ unverändert. Lassen Sie mich etwas über die technischen Möglichkeiten der aktiven militärischen Abwehrmaßnahmen sagen.

Diese umfassen die Aufklärung des Bedrohungspotentials, eine weiträumige Überwachung potentieller Stationierungsräume, die frühzeitige Feststellung von Raketenstarts, die Luftraumüberwachung, sowie die Abwehr von Flugzeugen, unbemannten Luftfahrzeugen und Marschflugkörpern in ihren verschiedenen Flugphasen.

Besonders wichtig ist dabei ein reaktionsschneller Verbund dieser Maßnahmen. Die höchsten technologischen Anforderungen stellt die Bekämpfung der ballistischen Flugkörper, insbesondere solcher mit großer Reichweite dar.

Auch in Zukunft läßt sich ein flächendeckender Schutz von Staatsgebieten gegen ballistische Flugkörper in der Endflugphase kaum realisieren. Dieser würde eine große Anzahl schneller und hochpräziser Abwehrwaffensysteme erfordern.

Das Abfangen ballistischer Flugkörper in frühen Flugphasen erfordert zwar weniger Abwehrsysteme, dafür aber eine neuartige Raum - oder luftgestützte Plattform für Abwehrflugkörper oder Laser, die zwar technisch mittel bis langfristig machbar wären, deren Realisierung aber vor allem aus Vertrags rechtlichen Gründen problematisch ist.

Bei der Abwehr der aufwachsenden Bedrohung durch aerodynamische Luftfahrzeuge muß künftig mit einem massiven Einsatz von Flugkörpern - einschließlich von Täuschflugkörpern - gerechnet werden.

Besonders problematisch erscheint die Möglichkeit, daß ein Aggressor sein Handeln nicht an westlichem Abschreckungsdenken ausrichtet. Für solche Fälle würden die relativ preiswerten nuklearen Abschreckungsoptionen nicht ausreichen. Flächendeckende aktive Abwehrmaßnahmen mit der erforderlichen Zuverlässigkeit sind nicht finanzierbar.

Die wohl wirksamen strategischen Offensivfähigkeiten, wenn sie überhaupt zugänglich sind, gegen eine solche Bedrohung werden- ebenso wie die weiträumigen Aufklärungs - und Abwehrmöglichkeiten - nur dann zugänglich sein, wenn die im Besitz solcher Optionen befindlichen Staaten in dem Konflikt engagiert sind und dazu ihre Mittel bereithalten.

Die Aufrechterhaltung bündnisgemeinsamer Vorkehrungen, die dies sicherstellen, wird deshalb auch für die Zukunft entscheidend sein.

2.3.6. Nicht-letale Waffen (NLW)

NLW oder Wirkmittel sind technische Mittel, die ohne lebensbedrohende oder dauerhaft schädigende Wirkung auf Menschen, gegnerische Handlungen unterbinden sollen.

Nach ihrer Wirkung sind mechanische, chemische, biologische und energetische Wirkmittel zu unterscheiden. Auch bestimmte indirekte Maßnahmen wie Softwareprogramme, Computerviren oder Verfahren zur Manipulation von Informationen gehören in diese Kategorie.

Die Nützlichkeit und Aufwandswirksamkeit des Einsatzes von NLW in militärischen Konflikten wird aus grundsätzlichen Erwägungen sehr unterschiedlich bewertet.

Dennoch gibt es in den hochindustrialisierten Staaten zum Teil umfangreiche Entwicklungsprogramme von NLW. Dies ist einerseits ein Trend um zu angemessener und kontrollierbarer Gewaltanwendung zurückzuführen, andererseits, um auf die Tatsache zu reagieren, daß viele NLW die konventionellen Einsatzoptionen wirksam ergänzen können.

Soweit sich die NLW auch für nichtmilitärische Anwendungen eignen, wie z.B. nicht tödliche Wuchtgeschosse, Schockwirkung, Spezial Nebel, Reizgase etc. ist von ihrer raschen Realisierung auszugehen.

Hohe Kosten und hohes Entwicklungsrisiko und daher nur mittel - bis langfristige Realisierungsaussichten, werden vor allem für militärisch nutzbare Wirkmittel gegen Panzer und Flugzeuge, für einige chemische-physikalische Wirkmittel, (Bewegungshemmer und Psychopharmaka), sowie für die meisten energetischen Mittel, insbesondere Laseranwendungen und nicht nukleare EMP Waffen gegen Flug und Bodenziele sowie Elektronikkomponenten, gesehen.

2.4. Entwicklung der Luftfahrzeuge

Ich habe Ihnen damit einen Überblick über die zu erwartenden militärischen Fähigkeiten gegeben, welche sich aus der weiteren technologischen Entwicklung ergeben werden.

Ich möchte nun noch speziell auf die mögliche Entwicklung bei den Luftfahrzeugen eingehen.

Die Fortschritte in einer Vielzahl von Technologien wird eine weitere Steigerung der Agilität und mittel bis langfristig höhere Geschwindigkeiten von Kampfflugzeugen erlauben.

Trägerkonzepte für kurze und senkrechte Starts und Landungen, zur Bekämpfung ballistischer Raketen, sowie für erweiterte Aufklärungs- und Führungsfähigkeiten werden umsetzbar. Die passiven Schutzmaßnahmen können weiter verbessert werden.

Die Leistungsfähigkeit und die Einsatzflexibilität von Hubschraubern wird weiter zunehmen. Ihre Überlebensfähigkeit gegenüber modernen Abwehrsystemen wird jedoch eingeschränkt bleiben.

Die größte Dynamik bei der Entwicklung der militärischen Luftfahrzeuge vollzieht sich jedoch im Bereich der Avionik, Führung und Waffensensorik. Die Miniaturisierung und Automatisierung bietet zunehmend die Voraussetzung dafür, Funktionen auf unbemannte Träger zu verlagern. Grenzen setzt die Robotik, die Sensorfusion und Datenverarbeitung insofern, daß man in absehbarer Zeit nicht mit voll autonom navigierenden und agierenden Systemen rechnen kann.

Insofern taucht die Frage auf, ob nicht auch der Arbeitsplatz des Piloten von der überall einsetzenden Rationalisierung verschont wird?

Ist es möglich das Flugzeug mit seinen jetzigen Fähigkeiten, konzeptionell als Waffenträger zu betrachten, dessen zur Zeit noch vorhandenes Gehirn des Piloten in naher Zukunft durch eine „Black Box“ ersetzt wird?

2.4.1. Das Flugzeug der Zukunft

Ist das Flugzeug, oder das unbemannte Luftfahrzeug das WaSys der Zukunft?

Lassen Sie mich zuerst auf das Flugzeug der Zukunft eingehen. Danach werde ich auf die unbemannten Luftfahrzeuge eingehen um dann in der Schlußfolgerung versuchen, die Frage beantworten.

Gestatten sie mir bevor ich in die Diskussion einsteige die folgende Bemerkung:

„Da ich selber Pilot bin und selbstverständlich damit der tiefsten Überzeugung, daß niemand mich je ersetzen könnte, bitte ich Sie mir nicht Befangenheit vorzuwerfen. Ich verspreche Ihnen zu einem objektiven Ergebnis zu kommen, denn die Grundlagen dieses Exkurses stammen nämlich von einem Radarführungsoffizier. Und deren Meinung über Piloten ist eher die, daß ein Flugzeug sehr gut vom Boden aus geflogen werden könnte.“

Zunächst möchte ich Ihnen kurz die wesentlichen Eigenschaften des bemannten Luftfahrzeuges ins Gedächtnis rufen, welche im Sinne der Fragestellung uns bei der Beantwortung der Frage weiterbringen werden.

Die wesentlichen Eigenschaften der Kampfflugzeuge sind:

- Ihre große Reichweite durch die Möglichkeit der Luftbetankung,
- Es impliziert Abschreckung allein durch seine Anwesenheit,
- Bemannte Lfz gewährleisten den Schutz der dislozierten Streitkräfte,
- Lfz sind ein Mittel zur Erlangung der Luftüberlegenheit/-herrschaft, was die notwendige Vorbedingung für jeden Einsatz ist.

Durch diese Eigenschaften ist das Kampfflugzeug besonders für das Management von Krisen geeignet.

Dieser letzte Punkt (Mittel zur Erlangung der Luftüberlegenheit) ist sehr wichtig. Der Golfkrieg II hatte gewiß seine Eigentümlichkeiten, aber es ist unbenommen, daß er den Beweis für dieses Grundprinzip geliefert hat. Luftüberlegenheit ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Operationsführung der anderen Teilstreitkräfte und ist somit, die unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Gesamtkrieg-oder Gesamtoperationsführung.

Eine weitere sehr wichtige Haupteigenschaft der Luftkriegsmittel ist ihre Flexibilität.

Die Flugzeuge können mit Sensoren oder mit verschiedenartiger Bewaffnung ausgestattet werden, die ihnen erlauben, in einer Vielzahl von Situationen einzugreifen. Durch die Auswahl der verschiedenen Einsatztypen, die für eine Verlegung von Streitkräften charakteristisch sind, wird deutlich, wie wichtig diese Einsatzflexibilität der Flugzeuge ist. Trotz der Fähigkeiten der intelligenten Munition steht fest, daß das gesteuerte Flugzeug noch immer eine wichtige Rolle spielt.

Gewisse mobile Ziele können nur in Sichtweite bekämpft werden. Oft - insbesondere beim Krisenmanagement - handelt es sich um einzelne, vielleicht sogar mobile und deshalb ungenau aufgeklärte Ziele. Um Nebenwirkungen und Kollateralschäden zu vermeiden, braucht man für die Bekämpfung von solchen Zielen eine präzise Identifizierung. Auch eine Bekämpfung von Gelegenheitzielen, ist derzeit nur mit bemannte Luftfahrzeugen möglich.

Insofern sorgt das Kampfflugzeug für die wirksamste Durchführung der folgenden Aufträge:

- Identifizierung und Bekämpfung in Sichtweite,
- Autonomes Suchen und Angreifen eines Gelegenheitsziel, das vorher nicht aufgeklärt wurde,
- Bekämpfung von Luft- und Bodenzielen.

2.4.2. Die unbemannten Luftfahrzeuge

Amerikanische Studien zeigen, daß im Laufe des 21. Jahrhunderts die Bedeutung der unbemannten Luftfahrzeuge immer mehr zunehmen wird. Besonders die Möglichkeiten der Drohnen mit letalen Fähigkeiten, die heute noch selten sind, werden erweitert.

Es werden sich zwei große Gattungen von Drohnen entwickeln :

1. Die 'Unhabited Reconnaissance Aerial Vehicle' (URAV),
2. Die 'Unhabited Combat Aerial Vehicle (UCAV)

Die URAV

Diese Gattung stammt von den Aufklärungsdrohnen ab. Diese Geräte könnten unter anderem auf dem Gebiet verwendet werden, das heute den Überwachungsflugzeugen, zum Beispiel den AWACS (Airborne Warning And Control System) vorbehalten ist.

Die URAV werden Radargeräte mit synthetischer Apertur mitführen können, die zu einer Auflösung von 10 m, die aber eventuell auf 2 m reduzierbar ist, fähig sind. Sie werden länger in der Luft bleiben können, da sie nicht durch die Anwesenheit einer Besatzung beschränkt sind.

Diese Auflösung von 10 m ist ein wichtiger Grenzwert aus zwei Gründen :

- einerseits bestimmt sie die Masse der Kommunikationsmittel,
- andererseits erlaubt sie den Einsatz von Sensoren aus dem zivilen Bereich.

Dieser letzte Punkt erinnert uns daran, daß das Ziel bei Drohnen immer darin bestehen wird, Plattformen zum niedrigstmöglichen Preis zu liefern. Eine zweite Anwendung der URAV ist das Sammeln von Informationen im Falle einer Gefahr durch ABC-Waffen.

Die UCAV

Die Drohnen mit letalen Fähigkeiten sind heute noch selten, aber sie werden an Bedeutung gewinnen infolge der Fortschritte im Bereich der Sensoren, der Prozessoren und hauptsächlich der Kommunikationsnetze.

Amerikanische Quellen erwähnen auch, daß die UCAV nur für feste Ziele in einem 'einfachen' taktischen Rahmen eingesetzt werden sollen.

Für diesen Auftragstyp haben sie den Vorteil, keinen Piloten an Bord zu haben. Menschenleben werden bei Einsätzen nicht gefährdet.

Der technische Aspekt gibt also eine Teilantwort auf die eingangs gestellten Fragen.

Die unbemannten Fluggeräte besitzen offensichtlich Vorteile im Vergleich zu den Flugzeugen. Sie setzen weniger Infrastruktur, Logistik, und Personal für ihren Einsatz voraus. Ihre Betriebs und Entwicklungskosten sind relativ gering. Ihr Einsatz bedeutet ein geringeres Risiko für Menschenleben.

Flugzeuge hingegen sind bei taktischen Kampfhandlungen flexibler. Sie besitzen die Fähigkeit größere Räume zu überwinden. Sie bringen eine größere Feuerkraft ans Ziel und können eine Vielzahl von Aufträgen durchführen.

Weiterhin können sie sich aufgrund der an Bord befindlichen menschlichen Intelligenz an komplexe Situationen anpassen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich bei der technischen Entwicklung der Luftfahrzeuge folgende Tendenz abzeichnet:

- 1. Die bemannten Fahrzeuge haben einen weitgefaßten Auftragsbereich, der eine menschliche Entscheidung erfordert.**
- 2. Die unbemannten Fahrzeuge haben einen beschränkteren Auftragsbereich, der besonders die Fälle betrifft, in denen eine menschliche Entscheidung nicht unbedingt notwendig ist.**

Bemannte Flugzeuge werden auch im 21. Jahrhundert noch gebraucht werden. Aber es ist offensichtlich, daß mit der weiteren Entwicklung der Technik der Einsatz von Drohnen mit letalen Fähigkeiten möglich sein wird, wenn auch nur in einem eng gesteckten Auftragsrahmen.

Die Bedeutung der Kampfflugzeuge sollte also nicht in Frage gestellt werden. Hingegen sollten die folgenden Richtungen eingeschlagen werden:

- 1. gesteuerte Flugzeuge sollten die komplexeren Aufträge übernehmen,**
- 2. unbemannte Fahrzeuge sollten Zusatzaufträge ausführen, besonders die mit hohen Risiken.**

Drohnen müssen weiterhin einfach konstruiert sein, so daß es möglich ist, viele davon zu besitzen. Die Entwicklungskosten müssen niedrig bleiben, auf alle Fälle viel niedriger als die der Flugzeuge.

Das bedeutet:

Drohnen eignen sich für Aufklärungsaufträge und Unterstützungsaufträge bei der Vernichtung der feindlichen Abwehr.

Komplexe Angriffsoperationen dagegen müssen den Kampfflugzeugen überlassen werden, die über Abstandswaffen verfügen müssen.

2.4.3. PERSPEKTIVEN

Die operationellen und finanziellen Vorteile von Drohnen sind inzwischen von vielen Nationen erkannt worden. Erstaunlich ist, daß nach den erfolgreichen Einsätzen von Drohnen (z.B. in Vietnam, 2. Golfkrieg) deren Weiterentwicklung verhältnismäßig stark außer acht gelassen wurde. Merkwürdig ist auch, daß es vor allem die Luftwaffen waren (allen voran die US Air Force), die den Einsatz von Drohnen sehr "vernachlässigt" haben.

Erst in jüngster Zeit zeigte sich hier ein beachtenswerter Sinneswandel. Verursacht durch die Miniaturisierung und der damit verbundenen Reduzierung der Hardwarekosten, sind neue Drohnen konzipiert worden, die den Forderungen der Streitkräfte nach preiswerten, hochmobilen und direkt dem Nutzer zur Verfügung stehender Systeme gerecht werden.

Vor allem für den Bereich der Kampfunterstützung sind Drohnen besonders prädestiniert, Aufgaben von bemannten Luftfahrzeugen entweder zu übernehmen oder zu ergänzen. Die gestiegene Nachfrage nach präziser Lagedarstellung eines größeren Gebietes in Echtzeit über einen längeren Zeitraum hat vor allem die neue Generation an Überwachungs- und Aufklärungsdrohnen in den Vordergrund rücken lassen. Dieses Aufgabengebiet kann von URAV bestens erfüllt werden und wird wohl auch in Zukunft der bedeutendste Einsatzbereich für Drohnen sein, allerdings in einem weit größeren Umfang, als bisher praktiziert.

Neben "einfacheren" Aufgaben, wie dem Weiterleiten von Daten (als Relais-Station), SIGINT/ELINT bietet das Gebiet der elektronischen Kampfführung ein weiteres breites Einsatzspektrum für Drohnen, z. B. als Köder oder Störer.

Im Falle von Kampfdrohnen gegen Radarstellungen wird allerdings ein Aspekt erreicht, an dem man sich fragen muß, ob man nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bei den möglichen Szenarien der Zukunft diese Mittel überhaupt einsetzen will und wird.

Speziell bei kleineren Konflikten kann man sich keine unnötigen Kollateralschäden und Irrtümer erlauben bzw. muß die Entscheidung zur Bekämpfung evtl. bis zum letztmöglichen Augenblick offengehalten werden.

Dies ist nur realisierbar, wenn der Operateur die Möglichkeit hat, noch bis kurz vor Erreichen des Ziels einzugreifen. Unter diesen Umständen kann man sich den Einsatz von Anti-Radar-Drohnen noch gut vorstellen, da sie in der Regel gegen stationäre Radarstellungen mit bekannter Abstrahlcharakteristik gerichtet sind.

Allerdings ist heutzutage bei einer militärischen Auseinandersetzung mit so vielen Strahlungsquellen zu rechnen, daß nicht voraussehbare Mehrdeutigkeiten (sog. ambiguities) entstehen können und vermeintlich gegnerische Radarsignale eigentlich von eigenen Radargeräten stammen und dann fälschlicherweise bekämpft würden.¹

Der Einsatz reiner Kampfdrohnen, auf die man nach ihrem Verschub keine Einflußmöglichkeit mehr hat, ist eigentlich nur vorstellbar gegen stationäre Ziele wie z.B. Flugplätze. Der Einsatz von Kampfdrohnen gegen mobile Ziele, wie z.B. die TAIFUN gegen Panzer, ist heutzutage nur noch unter sehr eingeschränkten Umständen vorstellbar.

Dieses Problem wurde sehr deutlich, als im Sommer 1995 beim Einsatz über Bosnien ein Artillerieradar der schnellen Eingreiftruppe in einem ECR-Tomado als feindliches Radar angezeigt wurde. Da die Besatzung wußte, daß sich im entsprechenden Gebiet keine gegnerische Luftabwehrstellung befinden konnte, hat sie das vermeintliche Ziel zum Glück nicht bekämpft. Eine Drohne wäre nicht in der Lage gewesen, diesen Umstand zu berücksichtigen und hätte das Ziel bekämpft.

Bemannte Kampfflugzeuge kennen in der Regel diese Probleme nicht. Eine Besatzung im Flugzeug kann flexibel reagieren. Auch wenn es technisch möglich und eventuell effizienter ist, "den Piloten zur Information zu bringen, als die Information zum Piloten zu bringen, so gibt es doch auch weiterhin Bereiche, die auf absehbare Zeit durch unbemannte Systeme nicht ersetzt werden können.

Gerade in Situationen, die sich fortlaufend ändern, ist das menschliche Urteilsvermögen und die Entscheidungsfindung "vor Ort" durch keinen Operateur am Boden zu ersetzen. Dies gilt speziell in Duellsituationen wie z.B. in der Luftverteidigung aber auch im Luftangriff (im Besonderen bei der Luftnahunterstützung auf dem Gefechtsfeld oder gegen sonstige mobile Ziele).

Auf die Frage Drohne oder Kampfflugzeug gibt es keine einfache, einheitliche Antwort. Drohnen können im breiten Aufgabenfeld der Luftkriegsführung zwar umfangreiche ergänzende Aufgaben übernehmen, aber nur in ganz speziellen Fällen auch bemannte Kampfflugzeuge ersetzen.

Um auch in Zukunft auf unterschiedlichste Situationen angepaßt reagieren zu können, kann es weder ausschließlich Drohnen noch ausnahmslos Kampfflugzeuge geben.

Das Ziel muß ein optimaler Mix beider Systeme sein.

3. Streitkräfte im Informationszeitalter

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Luftstreitkräfte waren schon immer das Versuchsfeld für hochtechnologische militärische Anwendungen.

Ich möchte zum Abschluß die einzelnen Entwicklungsfelder und Anwendungsbereiche verlassen und auf die große Entwicklungstendenz des bisher gehörten hinweisen.

All diese technischen Möglichkeiten werden eine unglaubliche Flut von Informationen produzieren. Wenn Sie heute einmal durch Gefechtsstände gehen, werden sie feststellen, daß auch die Streitkräfte demselben Entwicklungsprozess unterworfen sind wie unsere Industrie.

Hier wie dort wird Information verarbeitet - findet Kommunikation - über den Rechner statt.. Und wir stehen gerade erst am Anfang dieser Entwicklung. Mit der fortschreitenden Entwicklung wird die zur Verfügung gestellte Datenquantität und vorallem die Qualität uns einen gewaltigen Produktivitätsschub und damit immer schneller werdende Innovationszyklen erlauben.

Für unsere Streitkräfte heißt das:

Die Überlegenheit der Streitkräfte des Informationszeitalters stützt sich vor allem auf die Operationalisierung von Informationen in ihrer traditionellen Rolle als Kräftermultiplikator.

Im Beziehungsgeflecht der operativen Faktoren gewinnt Information den Charakter eines eigenständigen, alle anderen Ebenen immer stärker prägenden Faktors. Wichtig ist allerdings in diesem Zusammenhang, daß die Erringung bzw. die Bekämpfung eines Informationsvorsprunges eine spezifische Kriegführung im Bereich der Systeme Aufklärung, Führung und Nachrichtengewinnung zur Folge hat, die Informationskriegführung.

Die technologischen Fortschritte und neue Verbundlösungen ermöglichen Streitkräften vor allem eine räumlich umfassende Aufklärung, sowie eine sichere Identifizierung, Klassifizierung und Verfolgung von Zielen.

Hinzu kommt eine künftig noch schnellere, gezielte Umsetzung der durch leistungsfähigere Verfahren der Datenfusion gewonnenen operativen und taktischen Informationen bei der Führung von Verbänden sowie beim Waffeneinsatz.

Hervorzuheben sind hierbei auch die erreichbar werdenden Synergieeffekte im Bereich der operativen Führung, die sich in wirksamere Lösungen für den verbundenen Einsatz von Kräften und Mitteln niederschlagen.

Die Überlegenheit gegenüber Streitkräften früherer Fähigkeitsstufen ergibt sich besonders hinsichtlich des geringen Umfangs der Kräfte, die zur Durchsetzung operativer Ziele erforderlich sind, der Vergrößerung des mit Waffenwirkung beherrschbaren Raumes, sowie der rationelleren Nutzung der Zeit, die für Umsetzung von Lageerkennnissen in operative Maßnahmen erforderlich ist.

Streitkräfte im Informationszeitalter sollen unter den Bedingungen der Informationsüberlegenheit, vor allem durch Systemintegrationen bis hin zu neuen Formen der Integration von Aufklärung, Führung, Waffen und Trägern, zu einer neuen Generation konventioneller Streitkräfte fortentwickelt werden.

3.1. Entwicklungen in den U.S.A.

Die Möglichkeit, dies zu erreichen, wird insbesondere in den USA mit dem höchstentwickelten industriell-technologischen Plateau gesehen. Entscheidendes Merkmal dieser Entwicklungslinien ist das konsequente Ausnutzen von Synergieeffekten bei Systemen und die umfassende, d.h. auch TSK übergreifende, ggf. multinationale Systemintegration in einem Führungs-Aufklärungs und Wirkungsverbund.

Zusätzlich steht diesen Streitkräften vermehrt ein Zuwachs an Fähigkeiten auf allen Gebieten der Ausrüstung und Bewaffnung zur Verfügung, der bei den Streitkräften des Industriezeitalters nur zum Teil realisiert worden ist. Zusammengenommen erlauben diese Veränderungen erweiterte und neuartige Synergien in der verbundenen Operationsführung, die sich in neuen Doktrinen und Strukturen niederschlagen werden.

In den USA wird dieser Prozeß, vor allem eine Umstrukturierung der Streitkräfte unter den Gesichtspunkten von „jointness“ verfolgt. Die neuen Doktrinen sind demzufolge auf eine umfassende Kriegsführung ausgerichtet, die den gesamten Kriegsschauplatz mit einbeziehen.

Die militärischen Ziele sollen mit dem geringstmöglichen Kräfteansatz durch optimale Orchestrierung der Kräfte und Mittel und möglichst unter Vermeidung von Kollateralschäden erreicht werden. Den mit militärischen Mitteln verfolgbaren Zielsetzungen wird man in Zukunft vermehrt mit einer „Abstandskriegsführung“ entsprechen, d.h. mit in Reichweite, Wirkung und Präzision erheblich gesteigerten abstandsfähigen Waffen - und Einsatzmitteln, z.B. etwa mit fliegenden Trägersystemen der Luftstreitkräfte und nach Möglichkeit mit einem Minimum an direkten Gefechtskontakten.

**Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr,
General Hartmut Bagger**

**vor dem
5. Internationalen
Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß**

„Politik und Sicherheit Europas im 21. Jahrhundert“

Karlsruhe, 24. Oktober 1998

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine Damen und Herren,

Es ist mir eine besondere Freude heute hier in Karlsruhe anlässlich des 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses zu Ihnen sprechen zu können. Ich habe die Einladung gerne angenommen, denn beide Institutionen, die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik fördern ganz erheblich mit großem Engagement und Sachverstand das Verständnis für sicherheitspolitische und militärpolitische Fragen.

Wenn ich gebeten wurde, hier und heute den Blick auf die Sicherheitspolitik im nächsten Jahrhundert zu werfen, dann sei mir Eingangs zunächst ein kurzer Rückblick erlaubt. Ich halte das deshalb für erforderlich, da sicherheitspolitische Betrachtungen nie Momentaufnahmen sein sollten, sondern sich einordnen sollten in den Prozeßcharakter, der schon immer, heute und in besonderer Weise in der Zukunft kennzeichnend für Gestaltung von Sicherheit und Stabilität ist.

Lassen Sie mich daher zunächst erinnern an den gewaltigen sicherheitspolitischen Umbruch Ende des letzten und zu Beginn dieses Jahrzehnts, an den Prozeß der deutschen Einheit, die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion, an den europäischen Einigungsprozeß, an die fortschreitende Demokratisierung und Stabilisierung in den Mittel- und Südosteuropäischen Staaten, an den Zugewinn an Sicherheit und Stabilität durch den 1991 abgeschlossenen

Vertrag zu den konventionellen Streitkräften in Europa, an die erhebliche Reduzierung des Nuklearpotentials vor allem auf Seiten der NATO oder auch an die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Schlagworte sollen als Beleg dafür genügen, daß es in einer gewaltigen Anstrengung, getragen von dem Willen der Völker und ihrer Regierungen, gelungen ist, einen Weg einzuschlagen, der hinführt zu Zusammenarbeit und friedlichem Interessenausgleich und der damit wegführt von Konfrontation und Kiegsgefahr.

Von daher war es in der erst wenige Jahre zurückliegenden sicherheitspolitischen Lage und ihren verheißungsvollen Perspektiven durchaus verständlich, wenn der Blick auf Realitäten, auf potentielle neue Risiken und Krisen verstellt wurde durch den Optimismus, sich mit konfrontativen Szenarien nicht mehr befassen zu müssen.

Die Realitäten haben uns leider aber eines anderen belehrt: Golfkrieg, Somalia, Tschernobyl-Folgen, Naturkatastrophen, Hungerhilfe, Flüchtlinge, Wirtschaftsprobleme, Bosnien und nun Kosovo sollen auch hier als selbsterklärende Stichworte genügen.

Sie stehen aber gleichzeitig auch dafür, daß Sicherheit heute und in Zukunft sich einer ausschließlich militärischen oder militärpolitischen Bewertung entzieht. Vielmehr bedeutet Gestaltung von Sicherheit im umfassenden Sinne ein zueinander in Beziehung Setzen der verschiedensten Politikfelder im innerstaatlichen, im zwischenstaatlichen und im multinationalen Kontext.

Die besondere Herausforderung von Heute und Morgen heißt Förderung von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität quer durch alle Politikfelder oder anders ausgedrückt, Vorsorge bzw. falls erforderlich Gegenmaßnahmen gegen Instabilität, sei es politische, wirtschaftliche,

soziale oder auch militärische Instabilität. Die Umsetzung dieser Ziele ist in einer Welt voller zunehmender Interdependenzen alleine nicht mehr möglich, sondern nur in einer verlässlichen und berechenbaren Partnerschaft von grundsätzlich Gleichgesinnten sowohl in multinationalen Organisationen wie in ergänzender direkter bilateraler und multinationaler Zusammenarbeit.

Die Instrumente dazu sind vorhanden, seien es die Vereinten Nationen, die OSZE, die NATO, die EU und WEU, G 7 oder bestimmte Mittelmeerforen, um nur eine Auswahl beispielhaft zu nennen. Dabei scheint es mir nötig, sich noch mehr als bislang auf die wirksame Nutzung des vorhandenen Instrumentariums zu konzentrieren, sie mit Leben und Substanz zu füllen, statt immer neue Initiativen und Foren in die Welt zu setzen. Wichtig ist auch, und dies gilt besonders für EU, WEU und NATO, diese Organisationen nicht allein am Grad ihrer Außenwirksamkeit zu messen. Diese kann ohnehin nur entfaltet werden, wenn die Binnenstrukturen stimmen, wenn der politische Wille zu Gemeinsamkeit und Solidarität gegeben ist und wenn die dazu erforderliche Kompromiß- und Konsensfähigkeit besteht. Es ist ja auch eben diese Binnenwirksamkeit, die so anziehend auf die neuen Demokratien und ihr Streben nach Vollmitgliedschaft wirkt. So ist es ja auch das besondere historische Verdienst der NATO, daß sie die enge Verkoppelung der einzelnen Nationalstaaten mit ihren jeweiligen nationalen Streitkräften gelockert und damit einem Grundübel europäischer Machtpolitik ein Ende bereitet hat. Gerade das Grundprinzip kollektiver Verteidigung hat Schutz und Gewähr geboten, um eine Renationalisierung der Verteidigungspolitik der Bündnismitglieder zu unterbinden.

Im Umgang mit den Krisen und Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, damit in Bosnien und nun auch im Kosovo, wurde mit der Anwendung des Prinzips der Interlocking Institutions Neuland betreten. Richtigerweise hat man sich bei den gemeinsamen Operationen die Vorteile der jeweiligen Organisation in der Praxis zueigen gemacht: Militärische Absicherung durch die NATO, politische und wirtschaftliche Unterstützung durch die Europäische Union, Förderung der Demokratisierung, beispielsweise über Wahlen sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung über die OSZE. Natürlich sind die Grenzen fließend und sie müssen es auch bleiben, um optimal auf eine gemeinsame Zielerfüllung hinarbeiten zu können. Wir müssen aber auch sehen, daß ein Zusammenwirken dieser Organisationen einschließlich der Vereinten Nationen nicht überall und immer funktionieren wird. Spätestens dann, wenn Handlungsnotwendigkeit besteht und in einer oder mehrerer dieser Organisationen ein Konsens zu gemeinsamer Aktion nicht erreichbar ist, werden die jeweils anderen in die Lage kommen können zu agieren und, soweit möglich, auch Aufgaben der nichtteilnehmenden Instrumente übernehmen zu müssen. Dabei steht außer Frage, daß es nicht darum gehen kann, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen auszuhöhlen. Trotz aller Anstrengungen und Bemühungen - wie jetzt am aktuellen Beispiel Kosovo - kann sich aber eine Lage ergeben, in dem eine Beschlußfassung des Sicherheitsrats einfach nicht zustande kommt.

Auch im 21. Jahrhundert werden die NATO zusammen mit der Europäischen und Westeuropäischen Union sowie der OSZE wichtiger Bezugsrahmen für die Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen bleiben. Alle diese Institutionen werden seit geraumer Zeit an die neuen Erfordernisse dauerhafter Stabilität im Euro-Atlantischen Raum angepaßt.

Die NATO ist und bleibt eine treibende Kraft für die neue Sicherheitsordnung in Europa und die entscheidende Säule für sicherheitspolitische, verteidigungspolitische und militärische Handlungsfähigkeit im transatlantischen Verbund. Das Bündnis steht vor einem historischen Gipfel. Im nächsten Jahr werden wir ihr 50 jähriges Jubiläum feiern, gleichbedeutend mit einem halben Jahrhundert Frieden und Freiheit in Europa. Polen, Ungarn und Tschechien werden als Mitglieder der Allianz mit allen Rechten und Pflichten begrüßt werden. Die Öffnung der NATO nach Osten, damit die endgültige Auflösung der früheren unnatürlichen Teilung unseres Kontinents, wird damit erlebbare Realität. Und - die Tür bleibt offen auch in Zukunft für weitere neue Mitglieder. George Marshalls Vision eines freien und geeinten Europa erhält Bestand. Als drittes wesentliches Element des Gipfels wird mit neuem Strategischen Konzept ein zukunftsweisender strategischer Konsens verabschiedet, der die veränderten politischen und strategischen Realitäten widerspiegelt, ihnen Perspektive gibt, daraus die Aufgaben der NATO ableitet und so die Allianz in ihrem Selbstverständnis auf die Herausforderung im 21. Jahrhundert ausrichtet. Schon jetzt sind Wandel, Stand und Perspektiven der NATO gekennzeichnet durch ihre Fähigkeit als Konsultationsforum zu relevanten sicherheitspolitischen Fragen, durch ihre praktische Kooperation mit Nichtmitgliedern im Rahmen des Euro- Atlantischen-Partnerschaftsrats und der Initiative Partnerschaft für den Frieden sowie des Mittelmeerdialogs, durch die schon genannte Öffnung, durch eine umfangreiche Anpassung der inneren Strukturen und Verfahren sowie durch die Bereitschaft, aktiv und auch mit militärischen Mitteln sich in den Dienst der Krisenbewältigung zu stellen. Die Neuausrichtung der NATO wird ergänzt durch die grundlegende Veränderung des Verhältnisses mit Rußland und der Ukraine.

Damit hat sich die NATO den veränderten Bedingungen mit mehr Kraft und Dynamik angepaßt, als es viele Skeptiker und Kritiker für möglich gehalten hätten. Ihre zukünftige Gestaltung und ihre Rolle wird auch weiterhin von drei wesentlichen Faktoren geprägt bleiben: dem Verhalten der europäischen Akteure, dem Handeln Nordamerikas und der Rolle Rußlands. Damit geht es mit Blick auf die Zukunft darum, die Transatlantische Bindung zu stärken, Rußland einzubeziehen und als Europäer selbst mehr für die gemeinsame Sicherheit zu leisten.

Auf diese Herausforderungen muß insbesondere das neue Strategische Konzept der NATO überzeugende Antworten geben. Nur mit einer grundlegenden Anpassung an die neuen politischen und strategischen Rahmenbedingungen kann es die umfassende innere Reform des Bündnisses und seine Bereitschaft zur Öffnung und zur umfassenden Kooperation mit Partnern überzeugend und nachvollziehbar unterlegen.

Damit wird die sicherheitspolitische Lageanalyse zu einem wesentlichen Bestandteil. An die Stelle konkreter Bedrohungen der Vergangenheit sind vielfältige Risiken der Zukunft getreten. Ich habe Eingangs einige mögliche Kategorien genannt und will sie nicht wiederholen. Dazu zu zählen sind aber auch die noch nicht überall unumkehrbaren Demokratisierungsprozesse, unverändert vorhandene militärische Potentiale auch im Bereich der Massenvernichtungswaffen einschließlich der Risiken, die sich aus deren Proliferation ergeben können, aber auch neue Erscheinungsformen wie z.B. Information Warfare. Aber mit einer reinen Risikobetrachtung würden wir sicher der Lage und der Zukunft nicht gerecht. Wir haben nicht nur viel Positives erreicht, wir haben auch große Chancen, diese Entwicklungen voranzubringen. Und je besser uns das gelingt, je intensiver wir daran

arbeiten, desto geringer kann die Notwendigkeit werden, krisenhafte Entwicklungen erleben und darauf reagieren zu müssen.

Aus der Analyse der sicherheitspolitischen Lage werden die Aufgaben des Bündnisses für die Zukunft abzuleiten sein. Es besteht kein Zweifel, daß das Prinzip der kollektiven Verteidigungsfähigkeit im Sinne der Rückversicherung für alle Bündnispartner weiter ein zentrales Element bleiben wird. Dazu treten aber als bedeutsame Felder die Pflege und der Ausbau von Partnerschaft und Kooperation sowie Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. In einer entsprechenden Gewichtung der Aufgaben zueinander muß deutlich werden, daß transatlantische Bindung und kollektive Verteidigung Wesensmerkmale der Allianz der Zukunft bleiben, daß andererseits aber der Charakter der NATO als Defensivbündnis über die Verteidigung der Territorien hinaus dem Euro-Atlantischen Gesamtinteresse verpflichtet ist, Stabilität und Sicherheit in und für Europa zu wahren. Dazu gehört auch, daß transatlantische Bindung und die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden, indem Europa auf der Grundlage einer gleichberechtigteren Partnerschaft mehr Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Die praktische Ausformung gerade dieser Absicht wird nach meinem Dafürhalten auch entscheidenden Einfluß darauf haben, wie und in welchem Umfang die USA sich in Zukunft europäischen Interessen verpflichtet fühlen und sich dafür zu engagieren bereit bleiben.

Dauerhafter Frieden in Europa muß Rußland, aber auch die Ukraine als souveräner Staat, einschließen und ihnen einen angemessenen Platz in der europäischen Sicherheitsordnung einräumen. Es liegt in jeweils beiderseitigem Interesse, daß die über Grundakte und Charta institutionalisierte Zusammenarbeit mit Leben erfüllt wird. Andererseits

darf die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zu Konsultationen und zu möglichst viel Gemeinsamkeit nicht dazu führen, daß die NATO dort handlungsunfähig wird, wo sie als NATO gefordert ist.

Schließlich wird es darauf ankommen, im Bewußtsein gemeinsamer Werte und Prinzipien unter Nutzung des Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrats und PfP Frieden und Stabilität im Euro-Atlantischen Raum zu stärken und auszubauen.

In diesem Gesamtkontext ist es auch notwendig, den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa den neuen Entwicklungen anzupassen. Die Block- oder Vertragsgruppenstruktur ist nach Auflösung des Warschauer Pakts überholt. Es geht damit um eine Reform, die nicht mehr Bündnissen, sondern den einzelnen Vertragsstaaten nationale und territoriale Obergrenzen zuordnet und dabei gleichzeitig die notwendige Flexibilität für Krisenreaktionen erhält. Dabei muß ein Ausgleich zwischen den Sicherheitsinteressen Rußlands, den Sicherheitsinteressen der heutigen und künftigen Mitgliedstaaten der NATO und den Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartner gefunden werden. Wir sind optimistisch, daß ein Ergebnis bis zum OSZE-Gipfel 1999 erreichbar ist und damit die Weichen für ein zukunftssträchtiges konventionelles Rüstungskontrollregime für den Einstieg in das nächste Jahrhundert gefunden werden kann.

Die Herausforderungen der Zukunft, konkret aber auch die Krisen auf dem Balkan bestimmen ein anderes zentrales Ziel unserer Sicherheitspolitik: Die Schaffung eines einigen und handlungsfähigen Europas mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die europäischen Staaten müssen vor allem den Willen, aber auch die Fähigkeiten entwickeln, auch sicherheits- und verteidigungspolitische

Verantwortung zu übernehmen. Ohne die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität bliebe die europäische Einigung unvollständig. Voraussetzung ist, daß alle beteiligten Staaten zu der dauerhaften Überzeugung kommen, daß sie ihre außenpolitischen Ziele gemeinsam besser erreichen können als durch eine unabhängige unilaterale Politik. Mit den Entscheidungen von Amsterdam und Luxemburg hat der Europäische Rat im letzten Jahr hierfür bereits wichtige Weichen gestellt. Jetzt kommt es darauf an, an der Realisierung der Absichten zu arbeiten, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in konkreten Fällen zu formulieren, die WEU zur Verteidigungskomponente der EU weiter zu entwickeln und dabei an dem Ziel festzuhalten, die beiden Organisationen phasenweise in den nächsten Jahren zu vereinen. Bis dahin wird die WEU weiter eine Doppelfunktion wahrzunehmen haben. Sie ist einerseits die Verteidigungskomponente der EU und andererseits Mittel zur Stärkung des europäischen Profils in der Atlantischen Allianz. Diese Brückenfunktion der WEU zwischen EU und NATO wird uns in das nächste Jahrhundert hinein begleiten. Dabei bleibt gerade die Zusammenarbeit zwischen WEU und NATO für die Entwicklung europäischer Handlungsfähigkeit von großer Bedeutung. Politisches Handeln der EU wird über die WEU mit dem militärischen Handlungspotential der NATO verbunden. Damit wird auch klar, daß die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität nicht in Konkurrenz zur Euro-Atlantischen Bindung sondern als ihre Ergänzung zu sehen ist.

Wir halten daran fest, daß Europa eine echte politische Union mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsidentität werden muß. Ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum macht auf Dauer nur Sinn, wenn wir auch in der umfassenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam handeln können. Langfristig muß deshalb eben auch die WEU in der EU aufgehen. In der Logik der europäischen Entwicklung liegt aber genauso, die Öffnung auch der europäischen Organisationen für neue Mitglieder. Auch wenn nicht kongruent, so ergänzen sich doch die Öffnung der NATO und der EU in der Gesamtzielsetzung, Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent immer weiter auszubauen.

Flexibilität und innovative Methoden sind die besonderen Stärken der OSZE. Sie ist die einzige Transatlantische Sicherheitsorganisation, der alle europäischen und nordamerikanischen Staaten angehören. Von daher hat sie schon bisher wichtige Funktionen übernommen, um einen einheitlichen europäischen Sicherheitsraum zu fördern. Sie setzt Prinzipien und Standards für innerstaatliches und zwischenstaatliches Handeln. Sie ist Instrument der Konfliktprävention, der Krisenbewältigung, der Krisenvorsorge und -nachsorge. Sie bildet den Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

Gerade in diesen Bereichen sehen wir auch in der Zukunft die Hauptaufgaben der OSZE. Die OSZE ist ein flexibles Instrument in ihrem definierten Aufgabenbereich. Aber sie kann andererseits nicht die einzige oder auch die hierarchisch höchste Struktur in Europa sein. Sie kann weder NATO noch EU oder WEU ersetzen. Sie kann nicht aus sich heraus den Frieden erhalten oder notfalls durchsetzen. Dies entspräche auch nicht ihrem ureigensten Profil.

Über die bestehenden Strukturen hinaus erfordern aber auch Entwicklungen in anderen Regionen Europas gemeinsames Handeln. Der Mittelmeerraum rückt zunehmend in das strategische Zentrum europäisch-atlantischer Politik. Er ist Brücke nach Nordafrika und in den Nahen Osten. Er bildet eine zunehmende strategische Herausforderung nicht nur für unsere Verbündeten und Partner in der Region, sondern für die Allianz und für Europa insgesamt und damit auch für uns. In einem breiten, multilateralen Ansatz müssen politisches Engagement, Entwicklungshilfe und ökonomische Interessen, aber auch militärische Kooperation sorgsam aufeinander abgestimmt werden, sei es über den Mittelmeerdialog der NATO oder die Mittelmeerpartnerschaft der EU. Auch hier gilt als besondere Herausforderung der Zukunft: Ohne Stabilität im Mittelmeerraum gibt es keine Sicherheit für Europa - ebenso wie es ohne Stabilität in Osteuropa keine Sicherheit in Europa gibt. Sicherheit in und Sicherheit für Europa sind und bleiben somit unteilbar.

Neben die Einbindung Deutschlands in die multinationalen Organisationen und in ihre Fortentwicklung tritt als ergänzendes Element ganz im Sinne der Gesamtzielsetzung die intensive bilaterale Zusammenarbeit. Sicherheits- und verteidigungspolitischer Dialog und militärische Kooperation zur Stabilitätsförderung untermauern die multinationalen Bemühungen. Mit umfangreichen Aktivitäten mit mehr als 50 Ländern leisten v/ir einen wesentlichen Beitrag zum Stabilitätstransfer in und für Europa. Auch wenn bei diesen Kontakten die Beziehungen zu den europäischen und transatlantischen Partnern naturgemäß im Vordergrund stehen, gewinnt der Ausbau bilateraler Beziehungen zu Ländern im asiatischen und afrikanischen Raum zunehmend an Bedeutung. Dies ist Konsequenz der globalen Verknüpfung, der globalen gegenseitigen Abhängigkeiten in vielen

Bereichen und dient vor allem der gegenseitigen Information, dem gegenseitigen Verständnis über Zusammenhänge und der Ausformung tragfähiger freundschaftlicher Beziehungen.

Und wenn ich in eigener Sache spreche - die Bundeswehr ist zu einem wesentlichen Schrittmacher beim Zusammenwachsen Europas geworden. Tagtäglich praktizieren wir europäische aber natürlich auch transatlantische Gemeinsamkeit - mit Verbündeten ebenso wie mit neuen Partnern. Das politische Prinzip der Integration und des Zusammenwachsens findet seine militärische Entsprechung in der Multinationalität. Sie bestimmt zunehmend das Gesicht unserer Bundeswehr und unserer verbündeten Streitkräfte. Multinationalität verbindet und sie verhindert Rückfälle in nationale Alleingänge. Multinationalität verpflichtet auch, die bestehenden Strukturen mit Leben zu erfüllen und sie handlungsfähig zu gestalten. Wer sich für Multinationalität entscheidet, kann nicht einfach bei Seite stehen, wenn Handeln erforderlich ist. Mit unserer umfassenden Integration der Luft- und Seestreitkräfte und mit zahlreichen multinationalen Heeresformationen wie deutsch-niederländisches Korps, Eurokorps, ACE-Rapid Reaction Corps oder auch der deutsch-französischen Brigade stellen wir uns Seite an Seite mit unseren Freunden und Verbündeten. Aber auch die Integration neuer Partner in die europäischen Sicherheitsstrukturen erfordert intensive Vorbereitung, jahrelange Erfahrung und tägliches Bemühen aller Beteiligten. Deshalb unterstützen wir seit Jahren unsere östlichen Nachbarn auf ihrem Weg zu Demokratie und Integration. Wie keine zweite Armee in Europa engagieren wir uns, um die Streitkräfte unserer östlichen Nachbarn durch intensive Beratung, Ausbildungshilfe, praktische Zusammenarbeit und eine Vielzahl von Begegnungen auf ihrem schwierigen Weg der

Neuorientierung und Umstrukturierung zu begleiten. Wir werden ein gemeinsames Korps mit Dänemark und Polen in Dienst stellen, wenn Polen im nächsten Jahr NATO-Mitglied wird. Es wird das erste multinationale Korps sein, das die alten Grenzen in Europa überwindet - mit Sitz in Stettin - das ähnlich wie Straßburg, dem Sitz des Eurokorps, für unsere gemeinsame Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen steht, und das damit weit über die militärische Dimension hinaus politische Signalwirkung entfalten wird. Wer die Geschichte kennt, kann ermessen, was diese neue Kultur der Kooperation in Europa bedeutet - und, auch das will ich unterstreichen, diese Kultur der Zusammenarbeit wird von Menschen und nicht von Technik getragen.

*

Auch im nächsten Jahrhundert erwarte ich zumindest zunächst keine revolutionäre Veränderung der Gestaltungserfordernisse unserer Sicherheits- und Militärpolitik. Wir können aufbauen auf einem soliden Fundament bewährter und in einem Prozeß der weiteren Vervollkommnung befindlichen Institutionen und ihrem gegenseitigen Zusammenwirken. Wir haben bei allen Rückschlägen eine gute Aussicht, die Herausforderungen meistern zu können. Voraussetzung dafür bleibt der politische Wille aller Beteiligten zu Gemeinsamkeit, zu bestmöglicher Zusammenarbeit im Sinne von Frieden, Sicherheit und Stabilität - Voraussetzung dafür bleibt aber auch, daß wir auch in Zukunft über die geeigneten Instrumente verfügen, um politischen Willen in allen Feldern, der Diplomatie, der Wirtschaft bis hin zum Bereich der Streitkräfte in die Tat umsetzen zu können.



General Hartmut Bagger, Ingeborg Lather, Brigadegeneral Karl-Heinz Lather



**Im Vordergrund von links: der stellvertretende Befehlshaber im Wehrbereich V, Oberst Haus-Dieter Möhring, der Vizepräsident des VdRBw e.V., Oberstleutnant d.R. Michael Sauer, Hiltrud Thaysen-Schmeja, Präsident G-A Women's Club; ganz im Hintergrund rechts Major i.G. Milan Vana, stellvertr. Verteidigungs-
attache der Botschaft der Tschechischen Republik, daneben Major Raimund Steinbeck, Vertreter des Deutschen
Bundeswehr-Verbandes**



General Hartmut Bagger beim Vortrag



Colonel (R) Dr. Stephen T. Cochrane



**Der Landesvorsitzende Peter Eitze dankt Generalmajor Manfred Eisele für dessen Vortrag.
Links der Vorsitzende der GfW, Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja**



**Nach seinem Vortrag beantwortet der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger,
die Fragen der Zuhörer.
v.r.n.l.: General Bagger, Landesvorsitzender Eitze, Landesvorsitzender Schmeja,
Bereichsorganisationsleiter Wenzel**



Generalmajor Walter Jertz, Kommandeur 1. Luftwaffendivision



Frank Theurer, Nachrichtenredaktion von B TV Baden, interviewt den Landesvorsitzenden Peter Eitze



Bei der Aussprache über die Kurzvorträge: v.l.n.r.: Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyj, Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja, Oberstleutnant d.R. Peter Eitze, Colonel (R) Dr. Stephen T. Cochrane, Botschaftsrat Vakur Erkul

Kurzvortrag

Vakur Erkul,
Botschaftsrat Türkische Botschaft, Bonn

**„Die sicherheitspolitischen Interessen und Probleme der Türkei
an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“**

Sehr verehrte Gäste,
Meine Damen und Herren,

die grundlegende Eigenschaft der Außenpolitik der Republik Türkei ist seit Atatürk durch Kontinuität und Stabilität geprägt; das gilt auch heute noch. Die Türkei ist eine laizistische und demokratische Republik in der Region; sie ist stark, genießt Ansehen und pflegt freundschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn. Sie setzt sich für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens sowie für die Menschenrechte und Freiheiten ein. Die Türkei beherzigte den von Atatürk bei der Gründung der Republik vorgegebenen Grundsatz "Frieden im Lande, Frieden auf der Welt" als den Hauptausgangspunkt ihrer Außenpolitik und blieb in ihren regionalen und globalen Beziehungen immer dieser Linie treu. In unserer Auffassung, Probleme mit gutem Willen und durch Verhandlungen zu lösen, und in unseren bilateralen Beziehungen wie auch in unserer Haltung gegenüber internationalen Problemen wurde dieser friedfertige und versöhnliche Kurs mit Nachdruck und Beharrlichkeit aufrechterhalten.

Die Türkei zählt ca. 70 Millionen Einwohner und hat das höchste Bruttonationaleinkommen in der Region; ihre geostrategische Lage und ihre Eigenschaft, das einzige Modell zu sein, dem es gelang, eine Brücke zwischen dem westlichen demokratischen System und dem Islam zu schlagen, machen die Türkei angesichts der veränderten Verhältnisse in der Welt zu einem Land, dessen Bedeutung und Gewicht zunehmen. Obwohl die Republik Türkei vor 75 Jahren gegründet wurde, reichen ihre Geschichte und Wurzeln weit zurück. Bevor das Osmanische Reich zu einer Macht in Asien und im Mittleren Osten wurde, wuchs es auf europäischem Boden. Auch die moderne Republik Türkei stellte ihre europäische Berufung mit großem Impuls und durch Institutionalisierung in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang ist die Türkei Mitglied bzw. Gründungsmitglied der Organisationen wie z.B. Europarat, NATO, OECD, Europäischer Gerichtshof und OSZE.

Die Türkei befindet sich am Treffpunkt zahlreicher Regionen und Kulturen vom Balkan über Kaukasus, das Schwarze Meer, das Mittelmeer bis zum Mittleren Osten. Die Türkei zeigt jegliche Bemühung und Selbstlosigkeit, um die Solidarität und Zusammenarbeit, die diese Lage erfordert, im Rahmen ihrer außenpolitischen Tradition weiterzuentwickeln und eine Vorreiterrolle zu spielen.

Unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, zu Europa, der Russischen Föderation, den Mittelmeerstaaten und zu den Staaten im asiatisch-pazifischen Raum werden im Rahmen der Freundschaft und Bündnispartnerschaft mit einem Verständnis gepflegt, das die gegenseitigen Interessen berücksichtigt. Außerdem bemühen wir uns intensiv darum, unsere Beziehungen zu den Staaten auf dem Balkan und im Kaukasus sowie im Mittleren Osten und zu den türkischen Republiken Zentralasiens, zu denen wir historisch und kulturell enge Bindungen haben, vielseitig auszubauen. In unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werden im Rahmen der Freundschaft und der Partnerschaft im Bündnis die Interessen beider Seiten berücksichtigt.

In der Zypern-Frage bekennen wir uns zu unseren Rechten und Pflichten aus den Verträgen und gewähren weiterhin Unterstützung in jedem Bereich. Nicht nur unsere vertragliche, sondern auch nationale Verantwortung macht es erforderlich, zu gewährleisten, daß Zypern-Türken in Sicherheit und unter Aufrechterhaltung ihrer Identität leben können. Zypern ist nicht nur hinsichtlich der Sicherheit der Türkischen Republik Nordzypern, sondern auch hinsichtlich der Sicherheit der Türkei wichtig. Die von der südzypriotischen Administration geplante Stationierung der russischen S-300 Raketen auf der Insel bewerten wir als einen Umstand, der sich negativ auf die bikommunalen Verhandlungen auf der Insel auswirken und eine Eskalation der Spannung in der ganzen Region herbeiführen würde.

Die Entscheidung der EU, mit der "griechisch-zypriotischen Administration" Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, stellte neue Hindernisse für die Lösung des Zypern-Problems in den Weg. Die Republik Zypern war durch die Londoner und Züricher Verträge von 1960 gegründet worden und beruhte auf der politischen Gleichberechtigung beider Seiten; infolge des griechisch-zypriotischen Vorgehens existiert die Republik Zypern heute nicht mehr. Die Anerkennung der griechisch-zypriotischen Seite als Vertreter von ganz Zypern birgt daher das Risiko in sich, daß die EU in den Konflikt verwickelt wird.

Die Türkei glaubt daran, daß Fragen in der Ägäis, die unsere vitalen Interessen tangieren, mit gegenseitigem Verständnis und durch konstruktiven Dialog gelöst werden sollten. Von diesem Standpunkt ausgehend ist die Türkei bereit, alle ihre Probleme mit Griechenland im Rahmen der friedlichen Methoden, die in der Charta der Vereinten Nationen genannt sind, zu lösen.

Für die Lösung der Probleme zwischen beiden Ländern unterbreitete die Türkei umfassende Vorschläge, die auch Vermittlung durch Dritte und Anrufung des internationalen Gerichtshofes enthielten, auf die jedoch Griechenland nicht reagierte. Wir hoffen, daß auch Griechenland den gleichen politischen Willen zeigen wird.

Die Türkei unterstützt nach wie vor jegliche Bemühungen der Staaten im Kaukasus, die darauf abzielen, zwecks Herstellung von dauerhaftem Frieden und Stabilität in der Region die Zusammenarbeit untereinander auszubauen.

Der armenisch-aserbaidshanische Konflikt in dieser Region hält noch an und stellt ein Hindernis für die Herstellung eines dauerhaften Friedens dar; unsere Bemühungen, diesen Konflikt durch bedingungslosen Rückzug Armeniens aus den besetzten aserbaidshanischen Territorien und durch Verhandlungen und Dialog zu lösen, werden fortgesetzt.

Unsere Beziehungen zu den zentralasiatischen Turkrepubliken in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Industrie, Technik, Soziales, Bildung und Kultur entwickeln sich zügig und ihre weitere Vertiefung wird angestrebt.

Die Türkei ist entschlossen, das Projekt, das Erdöl aus Aserbaidshan und Zentralasien

durch alternative Pipelines über die Türkei zum Mittelmeer zu bringen, zu realisieren. Bei Verwirklichung dieses Projekts, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von großer Bedeutung ist, wird sich die politische und wirtschaftliche Landschaft der Region in bedeutendem Maße ändern.

Unsere Politik im Mittleren Osten ist auf den Grundlagen Frieden und Gleichgewicht aufgebaut; gegenüber allen Ländern der Region und gegenüber der arabisch-islamischen Welt, mit der wir historisch verbunden sind, zeigt diese Politik seit der Gründung der Republik Türkei die gleiche Kontinuität und Stabilität. Die faktische Teilung Iraks ist für unser Land in sicherheitsbezogener und wirtschaftlicher Hinsicht weiterhin bedenklich; sie ist weiterhin ein Herd des von außen gesteuerten Terrors gegen die Türkei. Die Türkei mißt der territorialen Integrität und Unteilbarkeit des Irak große Bedeutung bei und unterstützt die Bemühungen um eine baldige Lösung dieses Problems im Rahmen der Resolutionen der Vereinten Nationen, der Menschenrechte und der Prinzipien des Völkerrechts. Terrorismus stellt eine Gefahrenquelle für die Türkei, den Mittleren Osten sowie für die ganze Welt dar; es ist daher unerlässlich, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zu intensivieren und gegen alle Terrorherde vorzugehen. Die Türkei ist der Ansicht, daß milde Haltungen gegenüber dem Terrorismus und den Terrororganisationen lediglich zur Stärkung der Terrororganisationen und der Geißel des Terrors beitragen würden. Von diesen Überlegungen ausgehend ist die Türkei zur bilateralen und internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus bereit und wird nach wie vor alle entsprechenden Bemühungen unterstützen.

Die Türkei legt auch Wert darauf, ihre Beziehungen zu den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres auszubauen. In diesem Zusammenhang ist die Türkei der Ansicht, daß die unter ihrer Führung gegründete Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation als ein Gebilde, das im Schwarzmeer-Raum die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen sowie zur Stärkung von Frieden und Stabilität beitragen könnte, unterstützt und weiterentwickelt werden soll. Neben ihren bilateralen Kontakten setzt die Türkei in allen internationalen Organisationen bzw. Institutionen wie z.B. ECO und der Islamischen Konferenz ihre Unterstützung für Bemühungen um die Herstellung und Aufrechterhaltung von globalem Frieden und Stabilität fort.

Die Türkei unterstützt den Erweiterungsprozeß der NATO. Sie vertritt die Auffassung, daß sich dieser Prozeß nicht auf Länder, die in Kürze Mitglied sein werden, beschränken soll, und daß der Beitrag der NATO seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu Frieden und Stabilität in Europa nicht Ländern wie Rumänien und Bulgarien vorenthalten werden sollte. Ferner ist die Türkei der Ansicht, daß es hinsichtlich der Festigung des globalen Friedens nützlich wäre, wenn die NATO auch den Ländern ohne Perspektive auf Mitgliedschaft und den zentralasiatischen Republiken eine Reihe von Kooperationsmöglichkeiten zur Festigung von Frieden und Stabilität anbieten würde. Die Türkei gewährt jegliche Unterstützung für Arbeiten zur Dauerhaftigkeit und Festigung der Sicherheit in Europa. In diesem Zusammenhang hält die Türkei die NATO für den besten Ort für den Aufbau der neuen Sicherheitsarchitektur Europas; denn die NATO ist das

erfolgreichste Bündnis in der Geschichte der Menschheit und hat sich auch als die wirksamste Organisation bei der Lösung von regionalen und multilateralen Konflikten erwiesen, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges auftraten.

Im Bewußtsein ihrer regionalen und internationalen Pflichten sowie ihrer Mission, sich in den Westen zu integrieren, setzt die Türkei ihre Bemühungen um die dauerhafte Herstellung von Frieden und Stabilität intensiviert fort. Hierbei handelt sie mit der Entschlossenheit, in der neuen europäischen Architektur und global den ihr zustehenden Platz einzunehmen. Wir hoffen, daß alle verbündeten und befreundeten Staaten, die diese Ansichten und Visionen teilen, diese Bemühungen der Türkei unterstützen werden.

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
 - Landesgruppe Baden-Württemberg
 und
 Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.
 - Landesbereich V -

US-Sicherheitsziele in Europa

Kurzvortrag von Dr. Stephen T. Cochrane

5. Internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongreß

24. Oktober 1998
 Karlsruhe

Die U.S. Sicherheitspolitik in Europa kann in sieben Stichworte zusammengefaßt werden:

1. **ENGAGEMENT**
2. **DEMOKRATISIERUNG**
3. **INTEGRATION (WIRTSCHAFTLICH UND POLITISCH)**
4. **ERWEITERUNG DER NATO**
5. **DIE RUSSISCHE DIMENSION**
6. **EVOLUTION**
7. **EUROPÄISCHE STABILITÄT**

1. Engagement der USA in Europa

Die USA betrachtet sich als europäische Macht, und *no lens volens* als eine führende Macht, denn die USA sind die einzig verbleibende Supermacht. Diese Tatsache bringt eine sehr hohe Verantwortung mit sich.

a. Ein Zitat aus der "*Rede der Hoffnung*" von US Außenminister James F. Byrnes am 6. September 1946 im Württembergischen Staatstheater Stuttgart: "*Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens andere Völker erkaufte werden können.... Im Jahre 1917 wurden die Vereinigten Staaten zur Teilnahme am Ersten Weltkrieg gezwungen. Nach diesem Krieg weigerten wir uns, dem Völkerbund beizutreten. Wir glaubten, uns den europäischen Kriegen fernhalten zu können, und verloren das Interesse an europäischen Angelegenheiten. Dies schützte uns aber nicht davor zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg gezwungen zu werden. Wir wollen jenen Fehler nicht wiederholen. Wir sind entschlossen, uns weiter für die Angelegenheiten Europas und der Welt zu interessieren.*"

b. Im Februar 1945 sagte President Franklin D. Roosevelt in Yalta, er bezweifle, daß der US-Kongress oder die öffentliche Meinung es zulassen würden die US-Streitkräfte länger als etwa zwei Jahre in Europa zu stationieren. Diese Zweifel wurden durch die Rede Byrnes zerstreut.

c. Anlässlich der 50. Jubiläumsfeier der "Rede der Hoffnung" am 6. September 1996, wiederholte Außenminister Christopher auf derselben Bühne diese Aussage: "Und jetzt, wie mein Vorgänger vor 50 Jahren, möchte ich im Namen von Amerika sagen: wir werden bleiben."- Er betonte auch, daß die USA in einer führenden Rolle in Europa voll engagiert bleiben werden. Damit ergibt sich eine durchgehende Kontinuität seit 1946.

d. Eine Reduzierung unserer Streitkräfte in Europa bedeutet keineswegs einen Abzug aus Europa. (Reduzierung der Streitkräfte seit 1992: In Europa: von 315,000 auf 109,000; in Deutschland: von 213,000 auf 77, 000 (62,000 Heer und 15,000 Luftwaffe); in Baden-Württemberg: von 42,000 auf 10,500 (mit Familienangehörigen und U.S. Zivilangestellten befinden sich noch insgesamt etwa 35,000 Amerikaner in Baden-Württemberg).

e. Eine Grundlage der US Außen- und Sicherheitspolitik in Europa ist die in 1995 verkündete Neue Atlantische Gemeinschaft mit einer neuen transatlantischen Agenda.

** Dies wurde am 6. September 1996 von Christopher nochmals bekräftigt.

** Die Neue Atlantische Gemeinschaft bildet die Grundlage für die wichtigsten Aufgaben und gemeinsamen Ziele der USA und Europa:

1. Europäische Sicherheit und Stabilität
2. Bekämpfung des Terrorismus - wie Bin Laden
3. Bekämpfung des Staatsterrorismus: wie Gadhafi und Saddam Hussein
4. Kernwaffenbegrenzung und Reduzierung
5. Internationale Kriminalität
6. Drogenhandel
7. Umweltprobleme
8. US/EU Wirtschaftliche Integration und Wohlstand

d. Europa bleibt primärer Schwerpunkt der US-Außen- und Verteidigungspolitik (trotz China). Botschafter Komblum (unter anderen Politikern) bestätigte dies als er neulich sagte, "Europa und Deutschland als natürliche Partner - bleiben die Grundpfeiler der US-Außenpolitik."

e. US-Bindung mit Deutschland bildet das Rückgrat der transatlantischen Partnerschaft - und wird es auch bleiben.

f. Erwartung, daß auch nach dem Regierungswechsel in Bonn das deutsche Engagement mit Amerika unverändert bleibt.

2. DEMOKRATISIERUNG in Mittel- und Osteuropa

- a. Demokratien führen grundsätzlich keine Kriege gegeneinander: Aufgrund dieses Prinzips sucht Amerika den Mittel- und Osteuropäischen Ländern zur Demokratie zu verhelfen.
- b. Demokratien lösen Grenz- und Minderheitskonflikte in Zusammenarbeit miteinander und mit dem gemeinsamen Ziel regionaler Stabilität.
- c. Es ist die Politik der USA die Länder die sich jetzt zur Demokratie entwickeln, in der Erarbeitung der Charakteristiken eines Rechtsstaates zu unterstützen:
 - Freie Wahlen
 - Toleranz und Kompromissfähigkeit in der Gesellschaft und Politik
 - Achtung der Menschenrechte
 - Freie Presse
 - Unabhängige Justiz
 - Zivile Kontrolle und Befehlsgewalt über das Militär
 - Unparteiische Polizei
- d. Freie Marktwirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Staatensystems das in Europa entwickelt werden soll.

3. Politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Mittel- und Osteuropäischen (MOE) Staaten mit dem Westen

- a. Ein Ziel der US-Außen- und Sicherheitspolitik ist es die MOE Länder mit dem Westen zu integrieren, sowie die Einbindung in den Wohlstand der Marktwirtschaft und der langfristigen Stabilität der NATO Länder. Je mehr die MOE Länder in diesem System integriert sind um so stabiler werden sie und haben weniger Veranlassung diese Stabilität zu stören. Dies gilt auch für Rußland, oder besser gesagt, besonders für Rußland.
- b. Alle internationalen Organisationen werden in Anspruch genommen um diese Integration zu erreichen, einschließlich der NATO, OSZE, EU, WEU, UNO, IMF, der World Bank und anderen. Jede dieser Organisationen hat ihre eigene Aufgabe und Bedeutung in diesem Prozeß.
- c. Ziel ist die Stabilisierung des Kontinents.

4. Erweiterung der NATO

Die NATO ist grundlegend für die US-Außen- und Sicherheitspolitik in Europa. Auch wenn Rußland für die OSZE als die am besten geeignete internationale Organisation für europäische Stabilität plädiert, so hält die USA nach wie vor die NATO für die bei weitem effektivste Organisation.

Die Politik der USA unterstützt die NATO-Reorganisation und die Änderung der Kommandostruktur. Sie unterstützt auch die WEU als den europäischen Pfeiler der NATO, und die neue Richtung nach Süden im "Mediterranean Dialogue" mit nordafrikanischen Ländern.

Die USA befürwortet und unterstützt die Ernennung von mehr europäischen NATO Kommandeuren, und zwar jeweils im Verhältnis zur Truppenstärke. Zum Beispiel: im NATO Southern Command muss ein US-Admiral Kommandeur bleiben, solange die 6. US-Flotte etwa 90% der NATO Truppen im Mittelmeer stellt.

a. Die USA betrachtet die NATO als die einzig wirksame Organisation zur Bewältigung von Herausforderungen wie Bosnien und Kosovo. Die USA betrachtet die NATO ebenfalls als eines der wichtigsten Mittel zur Erweiterung der Demokratie. NATO-Mitglied zu werden bedeutet ein demokratisches Land zu werden und die allgemeine Stabilität und den Frieden zu schützen.

b. Die Partnerschaft für den Frieden war ein Vorschlag der USA um die MOE Länder für die NATO Mitgliedschaft vorzubereiten. Sie bringt die Partnerländer Schritt für Schritt vorwärts im Demokratisierungsprozeß. Die Partnerschaft ist eine NATO-Einrichtung die von SHAPE verwaltet wird.

** Jeder Partner hat seinen individuellen nationalen Plan für die Entwicklung demokratischer Einrichtungen und einer militärischen Struktur unter ziviler Kontrolle. Wichtiges Ziel ist es auch das Militär auf NATO-Standard zu bringen. Jeder Plan ist gleichzeitig eine individuelle Vereinbarung zwischen dem Partner und der NATO.

** Die Teilnahme jedes Partners an gemeinsamen militärischen Übungen fordert sowohl die Interoperabilität als auch die Fähigkeit mit NATO-Verbänden in praktischen Einsätzen zusammenzuarbeiten.

c. Zur Erweiterung und Förderung für "Partnership for Peace" gibt es mehrere Programme "In the Spirit of PFP". Die USA ist in diesem Bereich auch sehr aktiv:

** Das deutsch/amerikanische George C. Marshall European Center for Strategie Studies in Garmisch-Partenkirchen

** U.S. Military to Military Contact Program, auch "Joint Contact Team Programm" genannt, in Mittel- und Ost Europa, von US EUCOM in Stuttgart durchgeführt.

** Das U.S. State Partnership Program der National Guard, in dem viele US Bundesstaaten Partnerschaften mit Mittel- und Osteuropäischen Ländern unterhalten

d. Auf NATO-Ebene wurde auf US-Vorschlag der Euro-Atlantic Partnership Council (***Euro-Atlantisches Partnerschaftsrat***) gegründet. Es ist ein verstärktes Forum der PFP zur Intensivierung der Partnerschaft.

- ** Gegründet im Mai 1997 in Sintra, Portugal, mit derzeit 44 Mitgliedsnationen
- ** Ersetzte den North Atlantic Cooperation Council, das frühere Forum der PfP.
- ** Ziele der USA in der EAPC sind es die Transatlantische Bindung zu stärken, die Grenzen des kalten Krieges zu verwischen und das Denken des kalten Krieges zu überwinden.

5. Die Russische und Ukrainische Dimension

- a. Die US betrachtet den Status Rußlands und der Ukraine als wichtigste Relationen für die künftige Stabilität Europas. Die Integration von beiden ist unerlässlich.
- b. Die Ukraine macht zur Zeit bessere Fortschritte als Rußland:
 - ** Die NATO-Ukraine Charta wurde im Mai 79 in Sintra, Portugal, unterzeichnet. Sie gibt der Ukraine eine Mission im NATO Hauptquartier in Brüssel sowie Konsultationsrechte mit der NATO.
- c. Rußland ist jedoch in einem katastrophalen Zustand
 - ** Schwierigste aber auch wichtigste Aufgabe der USA und der NATO ist es Rußland im Fortschritt der derzeitigen Umwälzungen zu unterstützen.
 - ** Unterstützung demokratischer REFORM-Kräfte
 - ** Yeltzin als Reformkraft: diese Era geht nun wohl zu Ende; Clinton hat bei seinem Besuch in Moskau nicht nur mit Lebed' (Nationalist und General a.D), Zyuganov (Kommunist) und Yavlinskij (Reformpartei Yabloko) gesprochen, sondern auch mit Primakov, dem neuen Premierminister.
- d. Es ist eine große Aufgabe Rußland deutlich zu machen, daß die NATO keine Bedrohung, sondern eine Organisation der Kontakte und der Einbindung Rußlands ist — sowie eine Organisation des Fortschritts und der Stabilisierung für Europa.
- e. Um Rußland formell an die NATO zu binden, wurde im Juni 1997 in Paris die NATO-Rußland Grundakte (NATO-Russia Founding Act) vereinbart, eine Sondervereinbarung zwischen der NATO und Rußland. Unter der Grundakte wurde der NATO-Russian Permanent Joint Council gegründet, und Rußland bekam Konsultationsrechte mit Vertretungen in mehreren NATO Gremien: "A voice, but no vote".
- f. Rußland ist jetzt in Brüssel und in SHAPE (in der Partnership for Peace Coordination Cell) vertreten und hat auch einen Partnerschaftsplan für weitere kooperative Zusammenarbeit. Die USA versucht nun Rußland dahingehend zu beeinflussen diesen Plan noch bedeutsamer und inhaltsvoller zu gestalten.
- g. Rußland ist auch an den friedenserhaltenden Maßnahmen in Bosnien beteiligt, vertritt aber bezüglich des Kosovos eine andere Meinung. Trotzdem gibt es gute

Anzeichen für eine langfristige Zusammenarbeit mit Rußland, und es ist das Ziel der USA Rußland zu helfen ein "normales Land" ohne trennende Ideologie, sowie ein integriertes Mitglied Europas zu werden.

6. Evolution

Die USA versteht diese Aufgaben als eine Evolution, sowohl in den Entwicklungen in Rußland als auch in der Erweiterung der NATO. In Rußland müssen wir in Generationen denken und es war daher kein Zufall, daß President Clinton neulich in seiner Rede vor Studenten der Lomonosov Univeristät in Moskau die Zukunft ihres Landes angesprochen hat.

Mit der NATO Erweiterung werden künftige Mitglieder Zeit brauchen ihre demokratischen Formen zu entwickeln. Die gewaltigen Veränderungen in Rußland und in Europa werden allmählich vor sich gehen müssen, und das bedeutet wiederum, daß die Präsenz und das Engagement der USA in Europa langfristig notwendig sein werden.

7. Europäische Stabilität

Mit diesen sechs Punkten zielt die USA auf langfristige europäische Stabilität. Wie bereits US-Außenminister Bynres im Jahre 1946 gesagt hat, sind die Stabilität und der Friede von Europa untrennbar von denen der USA. Der frühere Chairman of the Joint Chiefs of Staff, General John Shalikashvili, hat es so ausgedrückt:

“Wenn es eine Lehre gibt, die man aus den blutigen Ereignissen dieses Jahrhunderts ziehen kann, dann die, daß wir auf beiden Seiten des Atlantiks einen hohen Preis bezahlen, immer wenn Europa und die USA getrennte Wege einschlagen. Wir haben dies zweimal getan und beide Male haben wir dafür bezahlt. Wir wollen diese Lektion nicht ein drittes Mal lernen müssen.”

Kurzvortrag

**Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyj,
Verteidigungsattache Ukrainische Botschaft, Remagen**

**„Die ukrainischen Streitkräfte an der Schwelle
des 21. Jahrhunderts“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst darf ich alle Anwesenden herzlich begrüßen und einen aufrichtigen Dank an die Organisatoren dieser Konferenz aussprechen für die mir gewährte Möglichkeit, vor einem hochrangigen Auditorium zu sprechen.

In meinem kurzen Vortrag werde ich einige wichtige Aspekte der heutigen und künftigen Reform der ukrainischen Streitkräfte erörtern.

Bevor ich aber dieses Thema darzulegen anfangen, erlaube ich mir einen ganz kurzen Überblick über die Ukraine, über einige sicherheitspolitischen Interessen und Ziele des Ukrainischen Staates zu machen.

Die Ukraine hat 51,5 Mio. Einwohner, ist dem Territorium nach der zweitgrößte Staat in Europa. Im Februar 94 hat die Ukraine als erster Staat der GUS das PfP-Rahmenabkommen unterzeichnet. Im Dezember 94 ratifizierte sie den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag. Seit September 95 ist sie Vollmitglied im Europarat.

Heute besteht kein Zweifel, daß die Ukraine ein Schlüsselstaat in Europa ist im Sinne der Beibehaltung der europäischen Stabilität. Die Entwicklung der innerpolitischen Situation sowohl in der Ukraine als auch im Umfeld des Landes kann das politische Klima des ganzen europäischen Kontinents beeinflussen. Das strategische Ziel der Ukraine ist ihre volle Integration in europäische und euroatlantische Strukturen. Die Ukraine betrachtet die NATO als eines der wichtigsten Elemente der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. Davon ausgehend betreibt die Ukraine eine konsequente ausgewogene Politik, die gezielt ist auf die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz durch die Realisierung des Programms „P&F“ sowie Aufnahme realer Partnerschaftsbeziehungen zwischen der NATO und Ukraine im Format „16+1“. Mit der künftigen NATO-Osterweiterung ist die Ukraine einverstanden, tritt aber für den Evolutionsweg der Erweiterung ein, der keine neuen Trennlinien in Europa verursachen kann. Mit Rußland strebt die Ukraine nach den rechtsgleichen Beziehungen, aber auf keinen Fall in der Rolle des jüngeren Bruders.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Führung der Ukraine betrachtet den Aufbau von nationalen Streitkräften als eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung unseres unabhängigen Staates. Das ist nicht verwunderlich, weil die eigenen Streitkräfte ja zu den Merkmalen eines unabhängigen Staates gehören und ein zuverlässiger Garant seiner Sicherheit sind. Aus diesem Grund hat die Ukraine sofort nach der Erlangung der Unabhängigkeit alle Militäreinheiten nationalisiert (ausgenommen Schwarzmeerflotte) und die gesamte Militärinfrastruktur, Technik und Waffen zu ihrem Eigentum erklärt - inklusive strategische Kernwaffen, die auf ihrem Territorium stationiert waren.

Wie bekannt hat die Ukraine nach dem Zerfall der UdSSR und der Erklärung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 eine der stärksten Armeen in Europa geerbt, die zur Durchführung von strategischen Operationen auf den Kriegsschauplätzen West und Südwest geschaffen worden sind.

Zur Information: Auf dem Territorium der Ukraine gab es 4 Armeen, 1 Panzerarmee, fast die Hälfte der 14. Armee (die zweite Hälfte wurde in Moldawien stationiert), ein Armeekorps, vier Luftwaffenarmeen, drei Luftabwehrkorps und die Schwarzmeerflotte. Zu den strategischen Kernwaffenkräften gehörte die 43. Raketenarmee, schwere Bombenflugzeugdivisionen der 46. Luftarmee. Die gesamte Truppenstärke belief sich auf 780.000 Mann, es gab 6500 Panzer, über 7000 Panzerfahrzeuge, bis 1500 Kampfflugzeuge, über 1600 strategische Atomsprengköpfe auf den interkontinentalen ballistischen Raketen, 450 luftstationierte Raketen mit Kernwaffen, über 1500 Einheiten der taktischen Atomwaffen.

Solche Konzentration der Streitkräfte, die wir von der ehemaligen sowjetischen Armee geerbt haben, durfte man nicht direkt als Streitkräfte der Ukraine bezeichnen. Das war nur ein Splitter der Streitkräfte einer der Supermächte, die für die Lösung von Aufgaben geschaffen wurden, die sich von Aufgaben unserer Streitkräfte wesentlich unterschieden. Uns fehlten die notwendigen Systeme für Verwaltung, Kadervorbereitung und vieles andere, das lebensnotwendig für das Funktionieren eigener Streitkräfte war.

Ganz offensichtlich, daß diese Faktoren wie auch die Erhaltung auf dem Territorium der Ukraine von Militärgruppierungen, die für strategische Angriffsoperationen konzipiert wurden, schon gar nicht dem friedlichen außenpolitischen Kurs unseres Staates, seines blockfreien Status und der auf Verteidigungsaufgaben gerichteten Militärdoktrin entsprachen.

Ausgehend davon und in der strikten Einhaltung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen nahm die Ukraine den Kurs auf Reduzierung der Streitkräfte, auf Anpassung deren Organisations- und Kaderstruktur sowie Stationierung an die neuen Gegebenheiten in unserem Staat. Auf der Praxis bedeutete das, daß wir mit der Schaffung der Streitkräfte der Ukraine praktisch von Null angefangen haben.

Die Ukraine hat ihre Verpflichtungen erfüllt und die Grenzbestände an Waffen und Technik mit dem Vertrag über die Reduzierung der Streitkräfte in Europa in Einklang gebracht. Zur Information: für die Ukraine wurde die Anzahl von Panzern auf 4080, Panzerfahrzeuge auf 5050, Artilleriewaffen auf 4040, Kampfflugzeuge auf 1090, Kampfhubschrauber auf 330 Stück reduziert. In den Jahren 1992-1996 wurden die Streitkräfte der Ukraine um mehr als 400.000 Mann reduziert, über 1300 Verwaltungs- und Militäreinheiten sowie verschiedene Einrichtungen wurden aufgelöst.

Das Hauptproblem bei der Schaffung der nationalen Streitkräfte bestand aber darin, daß es an einem ausgearbeiteten Programm für deren Aufbau fehlte. Das Fehlen von klaren Orientierungspunkten bei der Entwicklung der Streitkräfte, das Mißverhältnis zwischen deren Struktur, Stärke, Ausbildung und Stationierung einerseits und den neuen politischen Gegebenheiten sowie den inneren sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen andererseits hat dazu geführt, daß die Militärführung ihre Anstrengungen in erster Linie auf das Überleben der Streitkräfte und nicht auf deren Entwicklung konzentrieren mußte.

Auf diese Weise hatten die Streitkräfte bei der Einhaltung solcher Tendenzen keine Perspektive. Gleichzeitig übte auf den Militäraufbau eine Reihe von spezifischen Problemen ihren Einfluß aus, die in erster Linie durch den Produktionsrückgang, jährlicher Reduzierung der Haushaltsmittel für Verteidigung, was vollkommen nicht den Gegebenheiten entsprach, verursacht waren.

Gleichzeitig muß man offen gestehen, daß in den militärpolitischen Kreisen jener Zeit der Umbruch in der Mentalität wie auch in der Herangehensweise an die Einschätzung der militärpolitischen Lage in der Welt, deren Entwicklung und Perspektiven viel zu langsam vonstatten ging. Die Menschen lösten sich nur zögerlich von dem durch Jahrzehnte aufgezwungenen Feindbild.

Wir haben die Erfahrungen der Anfangsetappe des Militäraufbaus unseres Staates, alle negative und positive Faktoren, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet zur Geltung gekommen sind, ausgenutzt und uns in erster Linie auf die Hauptaufgaben des Militäraufbaus festgelegt, die wir folgendermaßen definieren:

- Ausarbeitung einer neuen staatlichen Militärpolitik und Militärdeologie der Ukraine;
- qualitative Veränderungen in den Streitkräften;
- Wiederherstellung eines effektiven Systems der wirtschaftlichen Versorgung der Streitkräfte;
- Verbesserung der Kadervorbereitung für die Streitkräfte und andere Militärstrukturen des Staates;
- Demokratisierung der Streitkräfte und Schaffung durch den Staat der sozialrechtlichen Rahmenbedingungen für die Soldaten und ihre Familienangehörigen
- und nicht zuletzt, die allseitige Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen der sicherheitspolitischen und militärischen Lage in der Welt.

Unter diesem Gesichtspunkt erschien das staatliche Programm für Aufbau und Entwicklung der ukrainischen Streitkräfte. Eine solide Grundlage fand dieses Programm in der eingehenden Analyse des aktuellen Standes in den Streitkräften, in den Bestimmungen der neuen Verfassung der Ukraine, in der nationalen Militärdoktrin, Sicherheitskonzept, anderen grundlegenden Dokumenten der ukrainischen Gesetzgebung, in internationalen Verpflichtungen der Ukraine gegenüber anderen Ländern.

Dem staatlichen Programm liegt schwerpunktmäßig der Aufbau von Struktur der ukrainischen Streitkräfte begrenzend lediglich auf das mindeste notwendige militärische Potential zugrunde. Beim Zusammenfassen des Programms konnte man auch um solche Faktoren, wie das heutige wirtschaftliche Potential des Landes und die bereits vorhandenen Erfahrungen der industriellen Staaten auf dem Gebiet der Militärpolitik nicht herumkommen.

Das oben erwähnte Programm soll in 9 Jahren in 3 Stufen umgesetzt werden.

Die erste Stufe (1997-1998) sieht Folgendes vor:

- die Verabschiedung von neuen gesetzlichen Normen und Ergänzung bzw. Änderung der bestehenden Gesetzgebung im militärischen Bereich;
- die Festsetzung der allgemeinen Struktur und des Personalbestandes der Streitkräfte;
- die Erarbeitung eines Staatsprogramms des Aufbaus von Wohnungen für die Soldaten und deren Familienmitglieder;
- die Auslegung der Aufgaben von Streitkräften im Sinne der existierenden Gesetzgebung auf diesem Gebiet;
- Verabschiedung von Programmen des Aufbaus und der Entwicklung der einzelnen Teilstreitkräfte, Waffengattungen, Modernisierung des Waffenbestandes und des Militärgeräts;
- Neufestsetzung der Funktionen, Ausarbeitung der entsprechenden Ordnungen für die Teilstreitkräfte, für operative Kommandos, Korps, Waffengattungen sowie spezielle Truppen;
- Abbau des Personalbestandes der Führungsorgane und Versorgungseinheiten;
- Vereinheitlichung der Logistik aller militärischen Einheiten;

Die zweite Stufe (1999-2000) stellt neue Aufgaben:

- Die Auslegung und Umsetzung der prinzipiell neuen Systeme in Bereichen Militärschulung, operative, technische und andere Unterstützung der Streitkräfte;
- Abschließen der Reform von Militärausbildung.

Bei der **dritten Stufe**, die sich auf die Zeitspanne 2000-2005 ausdehnen wird, bestehen folgende Pläne:

- es beginnt der Prozeß von Ausrüstung der Armee mit neuen, modernen Waffen und Gerät;
- es werden die neuen Schulungsmethoden im Militär ausgearbeitet und effizient eingesetzt;
- das einheitliche, automatisierte System der Truppenführung wird weiter ausgebaut;
- die Aufgaben für die Entwicklung von Militärstreitkräften bis zum Jahre 2015 werden präzisiert.

Die Erfüllung von Maßnahmen des schon erwähnten Staatsprogramms ist so geplant worden, daß größter Teil von diesen Maßnahmen nun in der ersten und zweiten Stufe binnen 4 Jahren realisiert werden muß. Dem Programm zufolge werden die Streitkräfte aus folgenden Teilen bestehen: Heer, Luftwaffe, Flugabwehr und Marine.

Allumfassend wird es geplant, im Jahre 2000 die Streitkräfte auf dem Niveau von 350000 Soldaten und 90000 zivile Angestellte zu unterhalten. Sie werden in folgende Einheiten untergliedert:

- drei operative Kommandos
- fünf Armeekorps
- zwei Luftkorps
- drei Luftabwehrkorps.

Das bedeutet, daß nur 0,67 % der Bevölkerung hauptberuflich beim Militär sind. Zum Vergleich, bei den meisten entwickelten Ländern beläuft sich diese Zahl auf 0,8-1%. Zahlenmäßig wird die Ausrüstung und das Gerät die im KSE-Vertrag festgelegten Rahmen nicht überschreiten.

Das Endziel des Programms besteht darin, die modernen, kompakten, gut bewaffneten und allseitig ausgerüsteten Militäreinheiten ausgehend vom Prinzip der militärischen Wehrnotwendigkeit, wirtschaftlichen Möglichkeiten des Staates und unter maximalem Einsatz der bestehenden Infrastruktur, des Waffenpotentials und Militärgeräts zustande zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich ein paar Worte über operatives Kommando zufügen. Sie wurden zusammengestellt auf der Basis 3 Wehrbereiche. Kiew, Odessa, Karpaten. Operatives Kommando ist eine operativstrategische Kommandoinstanz, die für die Erfüllung der Operativ- und Mobilisationsaufgaben sowie der Aufgaben der Territorial Verteidigung in dem für dieses Kommando festgelegten Gebietsraum zuständig ist. Sie ist auch verantwortlich für die technische, logistische Sicherstellung der Truppen, die auf seinem Territorium stationiert werden. Operatives Kommando schafft und führt Kräftegruppen in der Zone seiner operativen Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Aufgaben in diversen Militärkonflikten, wenn unser Staat in diese Konflikte verwickelt worden ist.

Operatives Kommando trägt Verantwortung für dasselbe Territorium sowohl im Frieden als auch im Kriegsfall. Das ermöglicht bei der Erfüllung von Aufgaben enges Zusammenwirken mit Verwaltungsorganen zu organisieren und es zu unterstützen sowie lokale Ressourcen vollständig zu verwenden.

Im Gegensatz zu Wehrbereich, der in bezug auf Truppenteile aller Teilstreitkräfte, die auf seinem Territorium disloziert waren nur begrenzte administrative und territoriale Funktionen hatte, sind die Vollmachten des OK im Sinne der Operativführung erheblich erweitert.

Es ist offensichtlich, daß der Aufbau und die Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine unter Voraussetzung der weiteren Entwicklung militärischer Zusammenarbeit mit anderen Ländern erfolgen wird.

Die Ukraine sieht die internationale Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet als ein Schlüsselement der Stabilitäts- und Sicherheitspolitik in diesem Raum und in Europa allgemein.

Die stärkere militärische Kooperation soll in erster Linie dazu beitragen, rund um die Ukraine einen Streifen der Stabilität und Sicherheit zu schaffen. Geographisch expandiert diese Zusammenarbeit immer stärker. Sie schließt nun die NATO-Mitglieder und Teilnehmer des Programms „Partnerschaft für Frieden“ ein. Immer neue Impulse bekommen auf dem bilateralen Niveau unsere gemeinsamen Aktivitäten mit den USA, Großbritannien und Deutschland. Man schreckt sich auch nicht vor den neuen Formen der Kooperation. Als Beispiel ist das neulich gegründete gemeinsame ukrainisch-polnische „peace-keeping“ Bataillon zu nennen.

Die ausschlaggebende Bedeutung kommt der Charta Ukraine-NATO zu, die zur Zeit umgesetzt wird. Ein wichtiger Bestandteil von diesem Prozeß ist die Teilnahme der ukrainischen Streitkräfte an den friedenserhaltenden Operationen. Seit 1992 bis heute kamen über 10000 ukrainische Soldaten zum Einsatz im Rahmen der „peace-keeping“ Einheiten.

Die Teilnahme an friedenserhaltenden Aktivitäten unter der Schirmherrschaft von UNO und OSZE ist eine gute Schule für die Streitkräfte, die dabei Gelegenheit bekommen, die Erfahrungen in Bereichen Krisenmanagement, Organisation, Kampfeinsatz mit Kollegen aus anderen Ländern auszutauschen.

Aus unserer Sicht zeugt die Teilnahme der Ukraine an der internationalen militärischen Kooperation davon, daß unser Staat sich von den alten Stereotypen des Ost-West-Denkens verabschiedet und sich für die Entwicklung einer breiten Palette von militärisch-politischen Vertrauensmaßnahmen entschieden hat.

Die militärische Zusammenarbeit sowohl in multilateralen als auch in bilateralen Rahmen stellt einen wichtigen Teil der ausgewogenen und konsequenten Politik der Ukraine, ihren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Europa, die sich zur Zeit nachhaltig, obwohl nicht ohne Schwierigkeiten, etablieren.

Meine Damen und Herren,

damit alle Pläne und Programme nicht auf dem Papier bleiben, sondern realisiert werden können, braucht die ukrainische Armee entsprechende Finanzierung, und das ist ein höchst schwieriges Problem.

Was das Verteidigungsbudget anbetrifft, so will ich bemerken, daß es offensichtlich kein Land gibt, wo die Frage der Ausgaben für Verteidigung problemlos und in vollem Umfang gelöst wird. Für die Ukraine ist es ein ziemlich dringliches Problem. Bedauerlicherweise werden die Ausgaben für Unterhaltung der Armee in der Ukraine seit 1992 konsequent gesenkt. Betrag dieser Haushaltsposten im Jahre 1992 2,16 % vom BIP, so sank er fünf Jahre später, 1997, auf 1,44%. Im Haushalt 1998 ist für die Nationalverteidigung 1,67 Md Griwna vorgesehen. Unter Berücksichtigung des großen Haushaltsdefizits wurden die geplanten Ausgaben gemäß dem Erlaß des Präsidenten vom August 1998 auf 1,58 Md Griwna verringert. Derartiges Finanzierungsvolumen deckt keineswegs die real bestehenden Bedürfnisse für Verteidigung des Staates. Andererseits sind wir uns im klaren, daß der Staat, geplagt von der wirtschaftlichen Krise, über keine weiteren Mittel für Verteidigung verfügt.

In solcher Situation steigen wir stufenweise auf die Finanzierung von konkreten zielgerichteten Programmen um. Auf Anregung des Verteidigungsministeriums plant die Regierung, den Erwerb von neuen Waffen und des Geräts, die zukunftsorientierten Forschungs- und Bauprojekte stärker zu finanzieren, sowie für den Sozialschutz der Soldaten und ihrer Familienangehörigen im größeren Maße aufzukommen.

Eine wichtige Voraussetzung für die hohe Kampf- und Mobilmachungsbereitschaft ist die entsprechende psychologische Kondition des Personalbestandes. Dies ist auch ein Problem, da die ukrainische Armee von sozialen Problemen immer stärker geplagt wird. In erster Linie sind das die Rückstände (2-6 Monate) bei der Lohnauszahlung und die mangelhafte Versorgung der Soldaten mit Wohnungen.

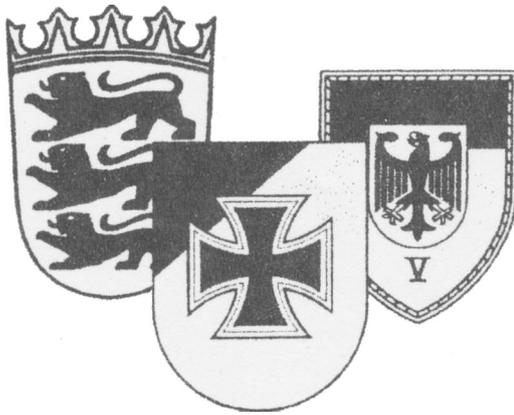
Leider sind die Probleme nicht so schnell zu lösen, wie wir uns es wünschen. Außerdem sind 7 Jahre der ukrainischen Unabhängigkeit keine ausreichende Zeit, um alle schwierigen Probleme ihrer Verteidigung zu bewältigen.

Ausschlaggebend ist dabei allerdings die Tatsache, daß wir uns - und ich meine hier sowohl das Verteidigungsministerium als auch den Präsidenten und die ganze Regierung - das vollständige Konzept des Aufbaus der neuen, modernen Armee klarmachen und alles, was in unserer Kraft steht, tun, um dieses Konzept erfolgreich umzusetzen.

Auf diesem Wege, im Rahmen der Militärdoktrin, kommen die neuen Streitkräfte der neuen Ukraine zustande. Sie werden immer flexibler, moderner, sie wirken immer synchronischer bei Kampf- und Übungseinsätzen.

Es ist klar, daß die ukrainischen Streitkräfte nur dann alle Probleme der Entwicklung erfüllen können, wenn die Wirtschaft erfolgreich zu funktionieren beginnt. Das braucht Zeit und Geduld. Die Ukrainer hoffen auf ihre eigenen Hände und Köpfe und natürlich auf vielfältige Unterstützung von der Seite ihrer Partnerländer und Freunde.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Die Teilnehmer des

5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses vom 23. bis 24. Oktober 1998 in Karlsruhe haben einstimmig folgende

Resolution

verabschiedet

Die Reservisten in Baden-Württemberg fordern den neugewählten Deutschen Bundestag und die zukünftige Bundesregierung auf, die allgemeine Wehrpflicht und den derzeitigen Umfang der Bundeswehr von 340000 Soldaten beizubehalten und lehnen auch eine Aushöhlung oder Aussetzung der Wehrpflicht ab. Nur so kann die Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ auch in Zukunft die deutschen Streitkräfte prägen und ein angemessener Beitrag für die Landesverteidigung sowie für friedenserhaltende und friedensschaffende Einsätze im Rahmen von NATO, WEU, OSZE oder Vereinten Nationen bereitgehalten werden. Die Reservisten erwarten, zu den Beratungen der geplanten Wehrstrukturkommission eingeladen zu werden.

Die gesellschaftlichen, sicherheits- und militärpolitischen Rahmenbedingungen des deutschen Verteidigungsbeitrags standen am 23./24. Oktober 1998 in Karlsruhe im Mittelpunkt eines Kongresses mit dem Zentralthema: „Die Sicherheitsinteressen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts“. Veranstalter waren die Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich V.

Teilnehmer des Kongresses waren rund 200 Reservisten aller Dienstgrade und Teilstreitkräfte sowie ranghohe Fachleute aus Politik, Militär und Diplomatischem Korps, darunter der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, sowie Generalmajor a.D. Manfred Eisele, bis vor kurzem als „Beigeordneter Generalsekretär“ zuständig für den Einsatz der Blauhelmtuppen der Vereinten Nationen. Die ausländischen Kongreßteilnehmer kamen aus den Partnerstaaten USA, Frankreich und aus der Türkei sowie aus Kroatien, Österreich, aus der Slowakei, aus Slowenien, aus der Tschechischen Republik und aus der Ukraine.

Stuttgarter Zeitung Nr. 247 vom 26.10.98

Reservisten wollen Wehrpflicht retten

KARLSRUHE (lsw). Die Forderung der Grünen nach Reformen in der Bundeswehr hat der Verband der Reservisten im Südwesten zurückgewiesen. Auf dem 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik wurde am Samstag eine entsprechende Resolution verabschiedet. Darin sprechen sich die Reservisten gegen eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Zudem wird gefordert, den derzeitigen Umfang der Bundeswehr von rund 340 000 Soldaten beizubehalten. Nur so könne die Idee vom „Staatsbürger in Uniform“ auch künftig geprägt werden, heißt es in der Resolution an den neugewählten Bundestag und die neue Regierung. An dem zweitägigen Kongreß nahmen mehr als 200 Reservisten aller Dienstgrade sowie Offiziere aus den USA, der Türkei und der Ukraine teil. Auch der Kommandeur der 10. Panzerdivision, General Karl-Heinz Lather, sprach sich gegen Reformen aus.

T > @æ & ^! Áæ ò |æc

Montag, 26. Oktober 1998

Die Bundeswehr verteidigt sich

Grüne Reformpläne abgelehnt

Karlsruhe (lsw) - Die Forderung der Grünen nach Reformen in der Bundeswehr hat der Verband der Reservisten in Baden-Württemberg zurückgewiesen.

In einer Resolution an die neue rot-grüne Bundesregierung, die am Samstag auf einem Kongreß in Karlsruhe verabschiedet wurde, sprechen sich die Reservisten gegen eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Zudem wird gefordert, den derzeitigen Umfang der Bundeswehr von rund 340 000 Soldaten beizubehalten. Nur so könne die Idee vom "Staatsbürger in Uniform" auch künftig geprägt werden.

Auch der Kommandeur der zehnten Panzerdivision, General Karl-Heinz Lather, sprach sich gegen Reformen aus. Eine Berufsarmee würde ihm ein gewisses Unbehagen bereiten, sagte der Befehlshaber des Wehrbereichs V. Die Wehrpflicht gehöre „zu unserer demokratischen Struktur“. Die Grünen hatten am Samstag auf ihrem Parteitag in Bonn ihre Absicht bekräftigt, die Bundeswehr (Stärke: 340 000 Mann) zu verkleinern. Verteidigungsexpertin Angela Beer betonte darüber hinaus, auch die Wehrpflicht werde auf lange Sicht abgeschafft.

Badische Neueste Nachrichten vom 24.10.1998

Desgleichen erschienen in der "Rheinpfalz"

"Mannheimer MorgenTM"

"Heilbronner Stimme"

"Südwestpresse Ulm"

"Schwarzvsalder Bote"

Reservisten erörtern die Sicherheitspolitik

Tzt. Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands im Europa des 21. Jahrhunderts stehen im Mittelpunkt des 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Bundeswehr. Zahlreiche Mandatsträger des Verbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik des Landesbereichs treffen sich in Karlsruhe. Mit namhaften Referenten aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden sie die spezifische Situation Deutschlands, Europas und ihrer Bündnispartner jenseits der Jahrtausendwende erörtern und diskutiere.

Besondere Bedeutung messen die Kongreßteilnehmer dabei den thematischen Aussagen des Generalinspektors der Bundeswehr, General Helmut Bagger, in seinem Referat am heutigen Samstag bei.

Grußworte an die Kongreßgäste gibt vom Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich und von Vertretern des Regierungspräsidiums und der Landesregierung. Die Schirmherrschaft über den Kongreß hat Ministerpräsident Erwin Teufel übernommen.

Generalinspekteur Bagger ist „sehr optimistisch“

In der neuen Legislaturperiode voraussichtlich keine wesentliche Reduzierung der Bundeswehr

Von unserem Redaktionsmitglied
Johannes Leclerque

Karlsruhe. General Hartmut Bagger, der Generalinspekteur der Bundeswehr, ist „ganz gelassen“ und „sehr optimistisch“, daß sich in der neuen Legislaturperiode an Personalumfang und Ausrüstung der Bundeswehr „so gut wie nichts ändern wird“. Die Bundeswehr werde ein verlässlicher Bündnispartner der Nato bleiben. Das erklärte Bagger am Wochenende in Karlsruhe auf dem 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß, den der Reservistenverband, Landesgruppe Baden-Württemberg, und der Landesbereich V der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik gemeinsam veranstalteten.

Die umstrittene Forderung der Bündnisgrünen Angelika Beer, den Umfang der Bundeswehr auf 200 000 Soldaten zu begrenzen, bezeichnete Bagger als Meinung einer „unmaßgeblichen Dame“, die erklärtermaßen Wehrpflicht und Bundeswehr ganz abschaffen wolle. „Wir werden nicht auf 200 000 reduzieren“, betonte dagegen der General, der am Tag zuvor ein zweistündiges Gespräch unter vier Augen mit dem künftigen Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hatte.

Ohne über Einzelheiten dieser Unterredung zu berichten, erklärte Bagger, daß die ange-

kündigte Wehrstrukturkommission bis Oktober 2000 ihre Ergebnisse vorlegen solle. An der Erarbeitung müßten Fachleute aus Politik und Militär beteiligt werden. Bagger fügte an, daß die Bundeswehr bisher mit sozialdemokratischen Verteidigungsministern „nicht schlecht gefahren“ sei. Man müsse jetzt abwarten, „wie sich die grüne Komponente auswirkt“.

Die Bedeutung der Bundeswehr aus UNOSicht beleuchtete Generalmajor a. D. Manfred Eisele, bis vor kurzem als „Beigeordneter Generalsekretär“ für den Einsatz der Blauhelme zuständig. 1948, also vor 50 Jahren, habe es in Jerusalem die erste von bisher 49 Friedensmissionen gegeben. Derzeit laufen 17 Blauhelmeinsätze, darunter immer noch einer im Nahen Osten. Insgesamt sind bis jetzt 1 500 Soldaten bei UNO-Einsätzen ums Leben gekommen.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gebe es jetzt eine „Tendenz zur Regionalisierung der Konflikte“. Trotzdem, so General Eisele, „werden auch die Jüngsten unter uns keine UNO-eigenen Truppen mehr erleben“, sondern nur nationale Verbände, die den Vereinten Nationen für Einsätze „assigiert“ werden.

Generalmajor Walter Jertz, der Kommandeur der 1. Luftwaffendivision in Karlsruhe, betonte, ohne eine schlagkräftige Armee hät-

te die Bundesrepublik Deutschland kein Mitspracherecht im Kreis der Großmächte. Sie könne es sich deshalb nicht leisten, die Bundeswehr so zu reduzieren, daß sie nur noch einen minimalen Beitrag zur Natoverteidigung beisteuere.

In einer Resolution an den neugewählten Bundestag und die künftige Bundesregierung wandten sich die baden-württembergischen Reservisten gegen eine Aushöhlung oder Abschaffung der Wehrpflicht und forderten die Beibehaltung des derzeitigen Bundeswehrumfanges von 340 000 Mann. Nur so könne die Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ auch in Zukunft die deutschen Streitkräfte prägen und ein angemessener Beitrag für die Landesverteidigung sowie für friedenerhaltende oder friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen von Nato, WEU, OSZE und UNO bereitgehalten werden. Die Reservisten fordern auch ihre Beteiligung an der Wehrstrukturkommission.

Am Karlsruher Kongreß nahmen außer ranghohen deutschen Offizieren – darunter auch der Wehrbereichsbefehlshaber Brigadegeneral Karl-Heinz Lather – auch Vertreter der amerikanischen, französischen und türkischen Natopartner teil sowie diplomatische und militärische Fachleute aus Kroatien, Österreich, aus der Slowakei, aus Slowenien, Tschechien und aus der Ukraine.



Voraussichtlich keine wesentliche Reduzierung der Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode Generalinspekteur »sehr optimistisch«

KARLSRUHE (LPR/jol) - Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, gibt sich gelassen und »sehr optimistisch«, daß sich an Personalumfang und Ausrüstung der Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode »so gut wie nichts« ändern wird. Damit werde die Bundeswehr auch weiterhin ein verlässlicher Partner im Bündnis der NATO bleiben.

Bagger äußerte dies auf dem 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß, den die Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband und der Bereich V der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Ende Oktober gemeinsam veranstaltet hatten. Zuvor hatte Landesvorsitzender, Oberstleutnant d.R. Peter Eitze, auf die Bedeutung des Seminars hingewiesen, bei dem die Sicherheitspolitische Lage der Deutschlands und Europas jenseits der Jahrtausendwende beleuchtet und erörtert werden sollte. Als Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik unterstrich Oberst a.D./d.R. Nikolaus Schmeja die Bedeutung der Bundeswehr, ihres Reservistenpotentials und ihre Stellung im Bündnis für die Friedenssicherung der Zukunft.

Am Vortag des Kongresses hatte der Generalinspekteur ein mehrstündiges Vier-Augen-Gespräch mit dem neuen Verteidigungsminister, Rudolf Scharping (SPD), geführt. Ohne Einzelheiten zu berichten erklärte Bagger, daß die angekündigte Wehrstrukturkommission bis Oktober 2000 ihre Ergebnisse vorlegen solle. An der Erarbeitung müßten Fachleute aus Po-



DIE SICHERHEITSINTERESSEN im Europa des XXI. Jahrhunderts standen im Mittelpunkt eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Kongresses in Karlsruhe. Unser Bild zeigt in der Diskussionsrunde (von links) den ukrainischen Verteidigungsattaché in Deutschland und Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyi, die Vertreter der Veranstalter, Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja, Oberstleutnant d.R. Peter Eitze, Colonel Dr. Stephen T. Cochrane als US-Verbindungsoffizier in Baden-Württemberg, und den türkischen Botschaftsrat in Bonn, Vakur Erkul.

litik und Militär beteiligt werden, fügte Bagger an.

Gedanken zur Bedeutung der Bundeswehr aus Sicht der UNO beleuchtete Generalmajor a.D. Manfred Eisele, der bis vor kurzem noch als »Beigeordneter Generalsekretär« für den Einsatz der Blauhelme zuständig war. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gebe es jetzt eine »Tendenz zur Regionalisierung der Konflikte«. Trotzdem, so Eisele, »werden auch die Jüngsten unter uns keine UNO-eigenen Truppen mehr erleben«, sondern nationale Verbände, die den Vereinten Nationen für jeweilige Einsätze assigniert werden.

Zur Bedeutung der Luftwaffe im XXI. Jahrhundert äußerte sich Generalmajor Walter Jertz, Kommandeur 1. Luftwaffendivision (Karlsruhe), und betonte, daß die Bundesrepublik ohne eine schlagkräftige Armee kein Mitspracherecht im Kreis der Großmächte hätte. Sie könne es sich daher nicht leisten die Bundeswehr so zu reduzieren, daß sie nur noch einen minimalen Beitrag beisteuere.

In einer Resolution an den neu gewählten Bundestag wandten sich die baden-württembergischen Reservisten gegen die Aushöhlung oder Abschaffung der Wehrpflicht. Sie



INTERESSIERT verfolgten die Seminarteilnehmer die Ausführungen der Referenten zur europäischen Sicherheitslage.

forderten die Beibehaltung des derzeitigen Bundeswehrumfangs von 340.000 Mann. Nur so könne die Idee des Staatsbürgers in Uniform auch in Zukunft die deutschen Streitkräfte prägen und ein angemessener Beitrag für die Landesverteidi-

gung sowie für friednerhaltende oder friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen von NATO, WEU, OSZE und UNO bereitgehalten werden. Die Reservisten forderten auch ihre Beteiligung an einer Wehrstrukturkommission.

Am Karlsruher Kongreß hatten außer ranghohen deutschen Offizieren - unter ihnen auch der Befehlshaber im Wehrbereich V, Brigadegeneral Karl-Heinz Lather - Vertreter der amerikanischen, französischen und türkischen NATO-Partner teilgenommen sowie diplomatische und militärische Fachleute aus Kroatien, Österreich, der Slowakei, aus Slowenien, Tschechien und der Ukraine. Besonders beeindruckend war die Feststellung des ukrainischen Botschaftsvertreters, Oberst i.G. Anatolij Puschkarskyj, Deutschland könne stolz auf seine Reservisten, ihre Motivation und Einsatzbereitschaft sein.

Als Vertreter der Seminarveranstalter sehen Oberstleutnant d.R. Peter Eitze und auch Oberst a.D./d.R. Nikolaus

Schmeja in dieser Seminarreihe eine hervorragende Möglichkeit, sicherheits- und verteidigungspolitische Belange kritisch und fundiert zu beleuchten und über das Reservistenpotential der Öffentlichkeit nahezubringen.

AKTIV aktuell

Verantwortlich für »AKTIV aktuell«:
Georg A. Trzetzak, Durlacher Straße 14,
76229 Karlsruhe, Tel.: 0721/48 20 77, Fax:
0721/48 20 77.

Beibehaltung der Wehrpflicht

Südwest-Reservisten verfassen klare Resolution

Karlsruhe - Die Forderung der Grünen nach Reformen in der Bundeswehr hat der Verband der Reservisten im Südwesten zurückgewiesen.

Auf dem 5. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik wurde am Samstag eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Darin sprechen sich die Reservisten gegen eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Zudem wird gefordert, den derzeitigen Umfang der Bundeswehr von rund 340 000 Soldaten beizubehalten. Nur so könne die Idee vom „Staatsbürger in Uniform“ auch künftig geprägt werden, heißt es in der Resolution an den neugewählten Bundestag und rot-grüne Regierung. An dem zweitägigen Kongreß nahmen mehr als 200 Reservisten aller Dienstgrade teil.

Auch der Kommandeur der zehnten Panzerdivision, General Karl-Heinz Lather, sprach sich gegen Reformen aus. „Ein Verzicht auf die Wehrpflicht würde eine andere Armee schaffen, darüber müs-

sen wir uns im klaren sein“, betonte der Befehlshaber des Wehrbereichs V in einem dpa-Gespräch. Eine Armee, die nicht auf der Basis der Wehrpflicht fuße, würde ihm ein gewisses Unbehagen bereiten, sagte der General am Rande der Tagung. „Für mich gehört die Wehrpflicht zu unserer demokratischen Struktur, die sich in der Vergangenheit eindeutig bewährt hat“, so Lather.

Der Kommandeur warnte in diesem Zusammenhang auch vor einer verfrühten Diskussion um die künftige Größe der Bundeswehr. „Es wäre verfrüht, schon jetzt mit Zahlen zu jonglieren, die das Ergebnis umfangreicher Überlegungen vorwegnehmen würden“, betonte der General. Lather begrüßte grundsätzlich die im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung getroffene Vereinbarung, wonach eine Wehrstrukturkommission in den kommenden zwei Jahren über das künftige Aussehen der Streitkräfte entscheiden soll.

Der designierte Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, und die Verteidigungsexpertin der Grünen, Angelika Beer, hatten bekräftigt, die derzeitige Stärke der Bundeswehr von 340 000 Mann sei auf Dauer nicht zu halten.

Referenten und Gäste

Bagger	Hartmut	General	Generalinspekteur der Bundeswehr
Baier	Peter	HptFwd.R.	Stv KrsVors Hochrhein
Barth	Jürgen	Hptm d.R.	Stv KrsVors Schwarzwald-Baar-Heuberg
Bartz	Georg	StFw d.R.	
Baumgartner	Rudolf	OStFw d.R.	Stv Landesvorsitzender
Benedikt	Rolf	OTL d.R.	GfW
Bernhard	Georg	GM a.D.	zul. Stv BefH HFÜKdo Koblenz
Bertram	Josef	OFw d.R.	Vors RK Singen
Blümlein	Jürgen	StFw d.R.	Vors Bezirksgruppe Tübingen
Böhme	Boris	Hptm d.R.	
Bohms	Uwe	Lt d.R.	Beauftr MilFörd KrsGrp Donau-Iller
Böll	Klaus	HptGefr d.R.	SchrF KrsGrp Mittlerer Oberrhein
Bonde	Uto R.	OTL d.R.	Landesvors Deutscher Familienverband
Brauns	Rainer	Maj d.R.	
Bronisch	Gerhard	Oberst	Kdr VBK 51
Bruhn	Johann Michael	OFw d.R.	Landesschriftführer
Brünger	Konrad	StUffz d.R.	Vors RUT Tübingen
Buck	Rudolf	HptGefr d.R.	Stv Vors KrsGrp Bodensee-Oberschw.N
Bühler	Manfred	HptGefr d.R.	Vertr RK Mengen
Burger	Willi		Inspekteur der Polizei Baden-Württemb.
Burkart	Franz		Polizeidirektor Karlsruhe
Burr	Manfred	StFw d.R.	Vors KrsGrp Donau-Iller
Busch	Peter	OTL d.R.	Kdr FJgBtl 750
Clement	Florian	HptGefr d.R.	
Cochrane, Dr.	Stephen T.	Col (US)	US-Verbindungsoffizier
Cunitz	Bernd	OFw d.R.	Beauftr VertPol Ostwürttemberg
Czernotzky	Günther	StFw d.R.	Stv KrsVors Rhein-Neckar
Dahringer, Dr.	Erwin		
Denk	Erich	Oberst a.D.	
Dettinger, Dr.h.c., Konsul	Hellmuth	OTL d.R.	Beauftr VertPol Bez Freiburg + GfW
Frau Dettinger			
Dinter, Dr.	Wilfried		
Ehrlich	Burkhart	OTL d.R.	Stv Landesvorsitzender
Eisele	Manfred	GM a.D.	zul. Amtschef SKA
Eitze, Gertrud			Richterin AG Konstanz
Eitze, Peter	Peter	OTL d.R.	Landesvorsitzender
Erkul	Vakur		Botschaftsrat Türk. Botschaft Bonn
Felgner, Dr.	Harald	Hptm d.R.	
Fenrich	Heinz		Oberbürgermeister Karlsruhe
Fischer	Paul	Dir i.R.	Europa-Union
Flach	Karl-Heinz	OTL aDdR	Vors KrsGrp Neckar-Odenwald
Fourcade	Didier	LtCol	Frz. Verbindungsoffizier
Fricke	Werner	Oberst a.D.	
Friedl	August	RegDir a.D.	zul Ltr KWEA Karlsruhe
Fux	Walter	StFw a.D.	
Gabel	Alfons	StGefr d.R.	Vors RK Löffelstelzen
Gabel	Gertrud		BuS KrsGeschSt Lauda
Gabriel	Martin	OGefr d.R.	Revisor RK Bissingen
Gaugenrieder	Johann		Ortsvorsteher Bruchsal
Gentner	Richard	OFw d.R.	SchrF KrsGrp Bodensee-Oberschw. S.
Gerlach		Major	Ltr GerHptDep Herbolzheim
Giesau		OTL	StOffzRes VBK 54
Giesen	Edelgard		SB FrwResArb BerGeschSt
Glaubitz	Guenther	OTL a.D.	

Göhringer	Peter S.	StFw d.R.	Vors KrsGrp Nordschwarzwald
Grabowsky	Klaus	StFw aDdR	
Griesinger	Jochen	OTL d.R.	GfW
Gross, Dr. Dr.			Rechtsanwalt beim BGH
Haas	Kurt	Fw d.R.	Beauftr VertPol KrsGrp B-O-S
Hall	Hans-Joachim	Olt d.R.	GfW
Hartl	Gernot	VerwDir	Amt für Verteidigungslasten
Helbig	Jochen	Hptm d.R.	Vors RK Sindelfingen-Böblingen
Hepperle	Georg		GfW
Heutling	Horst G.		
Hildenbrand	Gerhard		StffChef ehem. Jagdflieger
Hildenbrand	Marianne		
Holderried	Jörg-Oliver	Fähnrd.R.	
Holdschuh	Andreas	OFw d.R.	Vors KrsGrp Mittlerer Neckar Süd
Horsch, Dr.	Friedrich		GfW
Hubbe	Jobst	Hptm d.R.	
Idler, Dr.	Roland	Oberst d.R.	Ehrenlandesvorsitzender
Jantol, Prof. Dr.	Tomo	Brigadier	
Jertz	Walter	GM	Kdr 1. Luftwaffendivision
Jung	Klaus		
Kaiser	Hans-Ekkehard	Hptm d.R.	GfW
Karl	Gert	StFw d.R.	Vorsitzender BezGrp Karlsruhe
Kaupa, Dr.	Herbert		
Keller	Anton	Fw d.R.	Vors RK Großrinderfeld
Keller, Dr.	Dieter	Oberst d.R.	
Keller	Reinhold	HptFw d.R.	KrsOrgLtr Mosbach
Kikerec	Velibor	GM	Präsident Kroat. Offiziersgesellschaft
Kisling	Bernd	Lt d.R.	
Knönagel	Eberhard	Lt a.D.	
Kobes	Rolf-Dieter	HptFw d.R.	Beauftr RU KrsGrp Südl. Oberrhein
Krause	Andreas	OTL a.D.	GfW
Kück	Herbert	OFw d.R.	Stv Vorsitzender BezGrp Freiburg
Kuehn	werner	StudDir iR	
Kunert	Hans-Jürgen	Hptm d.R.	Stv Vorsitzender BezGrp Freiburg
Lather	Ingeborg		
Lather	Karl-Heinz	BrigGen	BefH WB V / Kdr 10. PzDiv
Leclerque, Dr.	Johannes	OTL d.R.	Landesbeauftragter VertPol
Leonhard	Werner		
Loacker	Veit	Oberst	Offiziersgesellschaft Vorarlberg
Löffel	Bernd	StFw d.R.	
Löffler, Prof. Dr.	Berthold	Fj d.R.	Landesbeauftragter Slowenien
Lorek	Hartmut	OTL a.D.	GfW
Lücking	Arne	OTL d.R.	
Lust	Werner	OFw d.R.	SchrF KrsGrp Hochrhein
Luther		FK	Adjutant Generalinspekteur
Massinger	Hans		WBKV
Meiser	Kurt	StFw d.R.	Vorsitzender KrsGrp Franken
Mencke	Friedrich	OTL a.D.	
Mezger	Jürgen	StFw d.R.	Landesschatzmeister
Michel	Hans	OTL d.R.	
Miksch	Norbert	Oberst a.D.	
Mohr	Karl	OTL d.R.	GeschFhr VDK, Landesvors VDS
Möhring	Hans-Dieter	Oberst	Stv BefH WBV/10. PzDiv
Molt	Matthias	Hptm d.R.	
Moritz	Wolfgang	StUffz d.R.	SchrF RK Wiesloch
Münch	Peter	OTL d.R.	Landesrevisor
Niebel, MdB	Dirk		FDP-Fraktion

Noß	Hans-Georg	StFw d.R.	Stv Vors KrsGrp Mittlerer Neckar Nord
Okurer	Gürsu		Türk. Generalkonsul, Karlsruhe
Peltier	Jean-Francois	LtCol (R)	Beauftr Frz Reservisten
Potocnik	Bojan	Oberst	Präsident Slowak. Offiziersgesellschaft
Prade	Wolfgang	OTL d.R.	SchrF+ Kassenwart Ostwürttemberg
Puschel	Dieter	StFw d.R.	Kassenwart KrsGrp Rhein-Neckar
Puschkarskyj	Anatolij	Oberst i.G.	VertAttache Ukrain Botschaft
Rauscher	Jörg	OTL d.R.	Vors KrsGrp Mittlerer Oberrhein
Richter	Ekkehard	GM a.D.	Vorsitzender Beirat FrwResArb
Frau Richter			
Rieber	Wolfgang	StUffz d.R.	Vors RKTettng
Roduch	Lothar	OTL d.R.	Vorsitzender BezGrp Stuttgart
Rohr	Josef	OGefr d.R.	SchrF RK Bissingen
Römer	Toni	StFw d.R.	Vors RK Eschach
Ropertz	Harry-Rolf	OTL d.R.	SchrF BezGrp Tübingen
Roser	Manfred	Hptm aDdR	Stv Vors BezGrp Stuttgart
Ruppert	Karl-Ludwig	OFw d.R.	Stv Vors KrsGrp B-O-S
Sauer	Michael	OTL d.R.	Vizepräsident VdRBw
Schaub	Gerald	Olt d.R	Vors RK Wiesloch
Schaubhut	Günther	OTL d.R.	BezOrgLtr Freiburg
Scheuer, Dr.	Gerhard		CDU-LFA Sicherheitspolitik
Scheuermann	Theo	StFw d.R.	KrsOrgLtr Lauda
Scheurer, Dr.	Hans		Regierungsvizepräsident Karlsruhe
Schick	Werner	Maj d.R.	Bereichsgeschäftsführer
Schleyer	Bernhard	OTL d.R.	GfW
Schmeja	Nikolaus	0 a.D.d.R.	Landesvorsitzender GfW
Thaysen-Schmeja	Hiltrud		President G-A Women's Club
Schmelz	Wolfgang	HptFwd.R.	Stv Vors BezGrp Karlsruhe
Schmidt, Dr. med.	Wilhelm		
Schmidt	Theo	OTL a.D.	
Schmieder	Richard	StFw d.R.	Beauftr RU BezGrp Freiburg
Schob	Olaf	Major	Ltr LwWerft 32
Scholz	Patric M.	Olt d.R	Vors KrsGrp Mittlerer Neckar Nord
Frau Schreiber			
Schreiber	Jürgen	StBtsm d.R.	RK Konstanz
Schudt	Ludwig	OTL a.D.	
Semmler	Heinz O.	StFw d.R.	Vors RK Eppingen
Slawik	Werner	Hptm a.D.	
Sölter	Horst	HptFwd.R.	Vors RK Weil a.Rh.
Spier	Stefan		Bayr Hypo- und Vereinsbank Konstanz
Steinbeck	Raimund	Major	Vertr BwV
Steinhauer	Joachim	StUffz d.R.	SchrF KrsGrp B-O-S
Stephan	Chr.	OTL	Kdt TrUebPI Heuberg
Sterzenbach	Walter	OTL a.D.	
Steusloss, Prof. Dr.			Fraunhofer-Institut
Stumpf	Wilhelm	OFw d.R.	Vors RK Neureut
Frau Stumpp			
Stumpp	Ulrich	OTL i.G.	
Thomas	Fritz E.		Parrer i.R., Alt-Stadtrat
Thumfart	Jörg Oliver	Lt d.R.	
Trzetzziak	Georg A.	OTL d.R.	Landespressereferent
Tscharntke	Claus-Jürgen	Maj d.R.	GfW + Ltr AKRO KrsGrp Neckar-Alb
von Hülsen		Oberst a.D.	
von Hopffgarten	Horst-Henner	Oberst	Kdr VBK 54
Vana	Milan	Maj i.G.	Stv VertAtt Botsch Tschech. Republik
Vogel	August		Stadtrat Karlsruhe
Vogelhuber	Hans	OTL a.D.	GfW

112

Wallat	Helmuth	Hptm a.D.	
Walz, Dr.	Manfred	Oberst d.R.	MDirig Staatsministerium B.-W.
Wandel, Dr.	Rudolf	Oberst d.R.	Ehrenlandesvorsitzender GfW
Weiß	Christian	OFw d.R.	SchrF KrsGrp Schwarzwald-Baar-Heub.
Wening	Johann-Ulrich	Maj d.R.	Beauftr VertPol BezGrp Karlsruhe
Wenzel	Reinhold	OTL d.R.	Bereichsorganisationsleiter
Widmaier	Peter	Olt d.R.	
Wohlmut	Christian	OTL	Offiziersgesellschaft Vorarlberg
Wolf	Erich	StFw d.R.	Vors RK Walldorf
Wolff	Hans-Rüdiger	Gefr d.R.	Vors RK Stuttgart-Vaihingen
Wondra, Dipl. Ing.	Andreas	Hptm a.D.	
Wörner	Rolf	ORR a.D.	
Wucherer	Siegbert	OTLd.R.	Landesbeauftragter RAG Schießsport
Würz	Karlheinz	Olt d.R.	Vorsitzender KrsGrp Rhein-Neckar
Zelenka	Hans	Hptm d.R.	Stv Vors BezGrp Karlsruhe
Zimmermann	Gerhard	HptFw d.R.	SchrF KrsGrp Rhein-Neckar
Ziolkowski	Gustav		WBKV
Zitelmann	Erwin	HptGefr d.R.	Vors RK Emmendingen